grosse freiheit

ZEITUNG FÜR HAMBURG UND UMGEBUNG

18. Februar 77
Fünf Groschen

NR.1

FRAUENHÄUSER

Frauen helfen Frauen

Täglich werden tausende von Frauen geschlagen, mißhandelt und vergewaltigt – nicht etwa vom „bösen fremden Mann" auf der Straße, sondern auch und vor allem vom eigenen Freund oder Ehemann, unabhängig von der Bevölkerungsschicht.

In der Presse spricht man von einer Zahl von 4 Millionen Frauen die jährlich vom eigenen Mann mißhandelt werden (laut Aussage der Polizei ist die Dunkelziffer sogar noch wesentlich höher).

In fast jeder Familie gibt es mindestens einmal im Monat Krach, und in 5 Millionen Familien endet er in einer Prügelei.

Frauen werden mit Fußtritten, Fäusten und Gegenständen mißhandelt.

Folgen davon sind Nasenbein- und Rippenbrüche, ausgeschlägene Zähne, Brandwunden, Schnittverletzungen durch Messer, Rasierklingen oder Flaschen bis hin zu tödlichen Verletzungen. Dazu gehört, daß jede 5. Frau in der BRD zum Sex gezwungen, jede 3. Frau von ihrem eigenen Mann vergewaltigt wird.

Einige Frauen aus der Hamburger Frauenbewegung wollten diese unzumutbaren Zustände nicht mehr länger hinnehmen und sind dabei, in Hamburg ein Frauenhaus für mißhandelte Frauen und ihre Kinder aufzubauen.

Fortsetzung Seite 6/7

Mieterhöhungen sind da

In vielen Hamburger Haushalten sind jetzt die Ankündigungen für Mieterhöhungen eingetroffen. Der oft existenzbedrohliche Anstieg, der nach Aufhebung der Mietpreisbindung möglich geworden ist, war im Januar noch ausgeblieben, weil der Mietpreisspiegel noch nicht vorlag und recht kompliziert zu verstehen war. Die Mieterinitiativen sind aktiv geworden; vielen Mietern der betroffenen Altbauwohnungen ist klar, daß sie sich gegen diese Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse wehren müssen.

Auf Informationsveranstaltungen in den Stadtteilen legen die Initiativen den Schwerpunkt zunächst auf Aufklärung darüber, ob ein Mieterhöhungs-Verlangen gültig oder ungültig ist. Ganze Hausgemeinschaften kommen zur Beratung. Noch einmal die wichtigsten rechtlichen Punkte:

1. Eine Mietererhöhung kommt nicht infrage, wenn die Miete bereits in den letzten 12 Monaten erhöht wurde (Wertverbesserungs – Zuschläge) durch Modernisierung oder Erhöhung der Umlagen gelten nicht als Mieterhöhungen in diesem Sinn).
2. Die Mieterhöhung muß schriftlich und begründet sein.
3. Die Begründung kann nur erfolgen durch.:
   a) ein Sachverständigen-Gutachten oder
   b) Angabe von mindestens drei Vergleichwohnungen gleicher Art, Beschaffenheit, Lage und Ausstattung, oder
   c) Bezugnahme auf den Mietenspiegel.
4. Der Mieter hat eine gesetzliche festgelegte Überlungsfrist von zwei Monaten, beginnend mit dem Monat, der auf das Mieterhöhungsverlangen folgt. Also auf keinen Fall sofort bezahlen oder schriftlich zustimmen, sondern erst prüfen, mit Nachbarn, Initiativen oder Anwälten.
5. Nicht gleich den Hausbesitzer auf eventuelle Formfehler aufmerksam machen weil er diese durch ein neues Schreiben beseitigen kann. Wartet man die Frist ab, zögert sich die ganze Sache zugunsten des Mieters hinaus.
6. Eine Erhöhung braucht erst ab 1.5.77 gezahlt zu werden und nur dann, wenn das Erhöhungsschreiben in gültiger Form bereits im Januar eingetroffen ist. Trifft es z.B. erst im März ein, braucht erst ab Juli die höhere Miete gezahlt werden.

Mietenspiegel ist mieterfeindlich

Bezahlt man auch nach dem Gesetz nicht gerechtfertigte Mieterhöhungen, schadet man sich nicht nur selbst, sondern auch anderen: der vorliegende Mietenspiegel wird fortgeschrieben, es werden immer neue Daten aufgenommen; zahlen jetzt viele Mieter überhöhte Mieten, wird sich das auf längere Sicht für alle Mieter negativ auswirken; das Mieten-Niveau im Mietenspiegel wird angehoben. Der Mietenspiegel ist ein mieterfeindliches Produkt. Das ist vielen Mietern dadurch deutlich geworden, daß nicht vorgesehen ist, ihn auch umgekehrt anzuwenden: Ein Mieter, dessen Miete höher ist als im Mietenspiegel, kann sich nicht auf ihn berufen, um weniger Miete zu zahlen.

Tausende von Mieten in Hamburg müßten gesenkt werden, wenn eine Klage Erfolg hatte, mit der erreicht werden soll, daß der Mietenspiegel nicht nur für Erhöhungen gültig ist. Die Klage wird von einer Mieterin in Ottensen angestrebt, die Teilnehmerin einer Veranstaltung am 9. Februar der Ottenser Mietergruppen war. Was die ca. 80 erschienenen Einwohner dort über Mietererhöhungen berichten konnten, ging weit über die Darstellung in einem übertrieben gemeinten Theaterstück hinaus, das von Mitgliedern der Initiativen aufgeführt worden war. Für Einfachstwohnungen in verkommenen Häusern wurde von einigen Hausbesitzern sogar der Höchstwert aus dem Mietenspiegel ausgesetzt. Besonders ältere Bewohner mit niedrigen Einkommen können solches Vorgehen nicht hinnehmen.

Wenn jetzt von Mietern oft gesagt wird: „Wir sind nicht gewillt, jede Erhöhung einfach hinzunehmen, denn sonst müssen wir hier ausziehen", dann ist es erforderlich, nicht nur sämtliche juristische Mittel auszuschöpfen sondern auch alle anderen Möglichkeiten des Widerstands auszunutzen, um nicht nur noch für Unternehmer, Steuer, Versicherungen und Hausbesitzer arbeiten zu müssen.

I.F. / Mietergruppe Ottensen

Für alle Mieter, die inzwischen Erhöhungen bekommen haben, sich informieren wollen oder andere Probleme mit ihren Wohnbedingungen haben, hier nochmals Kontaktadressen von Initiativen:

Mietergruppe Ottensen
Arnemannstr. 4 / Laden HH 50,
Mieterberatung:
Di. und Fr. 17 – 19 Uhr;
Tel.: 3909046 / priv. Ingo Freytag)

Mietervertreter Karl-Th.-Str.
Karl-Theodor-Str., HH 50,
tägl. 17 – 19 Uhr,
Tel.: 38 60 52 oder 311 03 201
(Willi Brocke)

Mietergruppe in der „Motte"
Ecke Rothestr. / Eulenstr., HH 50,
Treff Di. 19 Uhr, Tel.: 39 32 31

Mieterinitiative St. Pauli / Alona
c./o. Jürgen Gehrs,
Am Brunnenhof 33, 2 HH 50,
Tel.: 43 71 14

Mieterinitiative Eppendorf,
„Wolke", kl. Eppendorfer Landstr.
129, HH 20, Tel.: 47 79 27
Treff jeden 2. und 4. Di., 20 Uhr

Mieterinitiative Eimsbüttel,
Schwenckestr. 5, HH 19,
Tel. 40 27 16
Treff Mo. 19.30 Uhr,
Gemeindehaus Apostelkirche,

Bürgerausschuß Karolinenviertel e.V.
Turnerstr. 14,
Tel.: 34 64 06

Mieterinitiative Dithmarscher Str.,
Duisberg, Dithm. Str. 45,
Tel.: 652 23 90 o. 652 73 32
Treff Mo. 19 Uhr

Mieterinitiative Hohenhorst,
c./o Bernd Förster,
Lentersweg 27, HH 63

Mörder weil sie Linke sind ?

Karl-Heinz Roth und Roland Otto als „Gesinnungstäter"

Zu einem eindrucksvollen Beweis der Solidarität mit den in Köln angeklagten Karl Heinz Roth und Roland Otto wurde die Veranstaltung am 9. Februar im Audi Max der Universität Hamburg. Fast 2000 Leute waren dem gemeinsamen Aufruf des Unterstützungskomitees Roth / Otto, der Arbeiterhilfe und des KB gefolgt. In Liedern von Walter Mossmann, einem von Erich Fried vorgetragenen Gedicht von Peter Paul Zahl und Beiträgen von Christian Geissler (Hamburger Schriftsteller), Sebastian Cobler (Autor) sowie einem Bericht von Armin Golzem (Rechtsanwalt) wurde sowohl die Unterdrückung in der BRD analysiert als auch versucht, Perspektiven zum Kampf gegen diese Repression zu entwickeln. Dabei wurde den Teilnehmern die politische Bedeutung des geplanten Russell-Tribunals deutlich.

Die Vorgänge, die dem Prozeß gegen Karl Heinz Roth und Roland Otto in Köln zugrunde liegen, dürften einem Teil unserer Leser bekannt sein: Am 9. Mai 1975 gegen 1 Uhr nachts gerieten Roland Otto, Philip Sauber und Karl Heinz Roth mit dessen Auto auf einem Parkplatz in eine Polizeikontrolle. In deren Verlauf kam es aus bislang unbekannten Gründen zu einer Schießerei. Philipp Sauber und ein Polizeibeamter wurden getötet. In der Anklageschrift „verstarb" Sauber, während der Polizist „tödlich getroffen zu Boden sank". – Ein zweiter Polizist und Karl Heinz Roth wurden verletzt. Bekannt ist auch, daß weder Roland Otto noch Karl Heinz Roth geschossen haben. Gleichwohl sind sie des einfachen „gemeinschaftlich begangenen" und des zweifachen „gemeinschaftlich versuchten Mordes" angeklagt. Armin Golzem, einer der Verteidiger Roths, machte auf der Veranstaltung deutlich, wie in diesem Prozeß die Angeklagten bewußt von ihrer Gesinnung her als „linke Kriminelle" aufgebaut werden, die jederzeit bereit seien, für ihre politischen Ziele über Leichen zu gehen, unterstützt und gedeckt von einer großen Zahl von Gleichgesinnten.

Fortsetzung Seite 3

Aus dem Inhalt:

	Seite
Mieterinitiative Kaussen	2
Das neue Schulgesetz	4
Schulstreik	
Kinderhausprozeß	5
Diskussion: Arbeitslosigkeit	5
Tötet Nestlé Babies?	8
Brühwarm mit „Männercharme"	9
HAH – wieder aktiv!	9
Punk-Rock aus England	8
Berufsverbot gegen Anwalt	10
Russell-Tribunal in der BRD	10
Anti-AKW-Demonstration	12

Allerletzte Meldung:
Der FC St. Pauli spielt am 19.2. auf dem Bauplatz in Brokdorf zugunsten der „Fabrik"-Rettung.

Hausbesetzung – mal anders

Tatenlos müssen die Demonstranten vor dem zum Abriß vorgesehenen Haus in der Kunhardtstrasse zusehen, wie die Polizei vor ihnen das Gebäude „besetzt". Ausführliche Berichte zur Kunhardtstrasse und zu Kaussen auf Seite 2.

FABRIK-UN-GLÜCK?

Tränen über den Ruinen der „Fabrik": Von Udo Lindenberg bis zum „Hamburger Abenblatt", von der „Frankfurter Rundschau" bis Ruinenbesitzer Horst Dietrich – Trauer über ein „Wahrzeichen" Hamburgs, eine Brutstätte nordgermanischer Rockmusik, Treffpunkt der Altonaer Jugendlichen. Im Morgengrauen des 11. Januar 1977 lag das der ganzen Nation am Herzen liegende Kommunikationszentrum „Fabrik" in Schutt und Asche; Opfer eines infamen Brandstifters? Wenn der oder die ahnen würde, was da angerichtet worden ist. Unser Chefreporter hat aus dem Intimbereich der hamburger „Szene" sensationelle Informationen erhalten, die den Tausenden und Abertausenden von „Fabrik"-Besuchern die Tränen aus den Augen treiben werden.

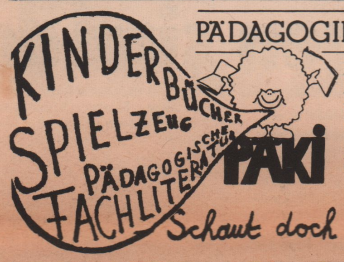
Vergißt man ruhig das zu erwartende Kleingeld von der Feuerversicherung, dann soll man selbst ohne Lupe neben dem weinenden Auge des Fabrik-Cäsars Horst Dietrich ein lachendes Auge gesehen haben. Höheres und Größeres stünde dem Chef nämlich schon lange im Sinn: der Speicher am Fischmarkt nämlich. Schwarz auf weiss konnte man es so ähnlich denn auch in den Tageszeitungen lesen. Ein Zirkuszelt dürfte Dietrich als „Übergangslösung" doch wohl nicht zuzumuten sein. Und so geht das Hörensagen: Dietrichs Herzenswünsche dürften wohlwollend geprüft werden.

Die Stadt nämlich, die sich bisher mit dem Projekt am Fischmarkt so schwer tat, braucht ja jetzt keine Zuschüsse mehr an die „Fabrik" zu zahlen. Vielleicht fällt es Prof. Biallas nun leichter, das Speicher-Projekt durchzudrücken. Denn abgerissen werden sollte der ehrwürdige Musen- und Konsumtempel an der Barner Straße sowieso irgendwann im Zuge von Sanierungs-Maßnahmen. Ob da nicht SAGA und/oder Neue Heimat dem Feuerteufel auch einen Blumenstrauß zukommen lassen?

Unter den Gerüchteverbreitern geht allerdings noch eine andere Mär. Ähnlich wie im amerikanischen Boxgeschäft wäre es schon lange Zeit gewesen, auch im Business der hamburger Szene mit harten Bandagen zu arbeiten. Erst der Brand im „Fährhaus", jetzt die „Fabrik".

Nun könne wohl erwartet werden, daß die „Markthalle" am Hauptbahnhof endlich genügend Aufmerksamkeit geschenkt werde. Tja, wer freut sich eigentlich nicht? Die Jugendlichen in Altona etwa, denen ihre Spielwiese nächtlich weggezündelt wurde? Da hat die Polizeidirektion West vorgesorgt. Sofort stellte sie Räumlichkeiten für Spiel und Sport zur Verfügung. Sollten die Altonaer Jugendlichen vergessen haben, daß Fabrikherr Dietrich sich von der Polizei vor einigen Jahren helfen ließ, als bei ihm angestellte Sozialarbeiter und hunderte von Jugendlichen den Kommerzschuppen „Fabrik" leid waren und ein Jugendzentrum forderten? Sie bekamen es nicht, und die „Fabrik" konnte sich weitgehend ungehindert als das Stadtteil- und Kommunikationszentrum ins rechte Licht der Öffentlichkeit setzen. Das alles ist vorbei. Die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum aber könnte kommen. Ob dann die Jugendlichen die Lacher auf ihrer Seite haben?

A. Pank



PÄDAGOGIK · KINDERBUCH

Fachbuchhandlung
Schlüterstrasse 86
2000 Hamburg 13
Telefon: 454340

Redaktionsschluß

für die Nr. 2 der „Grossen Freiheit" ist der 4. März 1977. Artikel, Meldungen, Fotos bitte abgeben bei unserer vorläufigen

Redaktionsadresse

Buchladen „Hälfte des Himmels", Schlüterstrasse 79, 2 Hamburg 13. Jeden Sonnabend von 11 bis 14 Uhr sind dort auch Mitarbeiter der Zeitung zur Kontaktaufnahme, für Informationen etc. anwesend.

Artikel

Unsere Arbeit wird sehr erleichtert, wenn Artikel so geschrieben werden, daß folgende Dinge berücksichtigt werden:
1. Zeilenbreite 35 Anschläge
2. Im ersten Absatz die wichtigsten Informationen aus dem Bericht zusammenfassen
3. Sätze und Absätze nicht zu lang werden lassen, Fremdworte vermeiden
4. Zitate von Betroffenen, Behördenvertretern etc. bringen
5. Fotos und andere Materialien dem Artikel beifügen; Fotogröße beliebig, Abzüge in Hochglanz.

Abo-Bestellungen

Ich abonniere die „Grosse Freiheit" ab Nummer . . . .'77 für

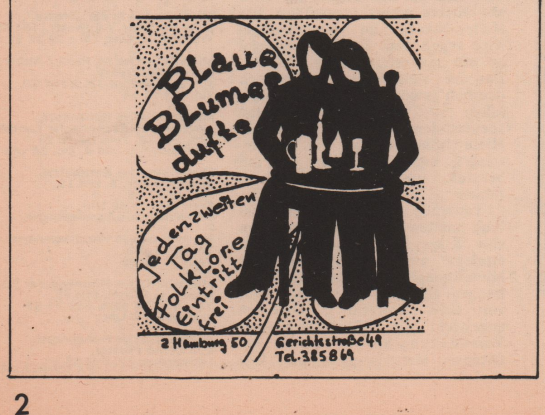
3 Nummern (2,40 DM incl.Porto)
6 Nummern (4,80 DM incl.Porto)
12 Nummern (9,60 DM incl.Porto)
Förderabo ab Nr. . . . . für . . . . . Nummern (minds. 1.– DM pro Nummer)

Name:

Anschrift:

Unterschrift:

Das Abo wird berücksichtigt, sobald der entsprechende Betrag bei uns eingegangen ist (in Briefmarken oder auf das Konto: E. Becker, PschA Hamb. 3485 34 - 202)
Diesen Abschnitt an: „Grosse Freiheit", c/o Buchladen „Die Hälfte des Himmels", Schlüterstr. 79, 2000 Hamburg 13.



Die Mieterinitiative Kunhardtstrasse hatte am 29. Januar aufgerufen, die im Haus leerstehenden Wohnungen an Bedürftige zu vergeben. Dieses Vorhaben wurde von der Polizei vereitelt.

POLIZEI 'BESETZT' HAUS

Der Häuserblock Kunhardtstrasse 1 - 4 ist für die Hamburger Behörden ein wohnungspolitischer Alptraum. Eigentümer Ruppert hat vor 7 Jahren damit begonnen, die Mieter rauszuwerfen. Wegen Umbau, hieß es damals. Gemeint war die Verwandlung der Wohnungen in Büros. In einem Haus (Nr. 4) fing er auch an zu bauen, ließ aber bald davon ab. Heute ist das Haus eine Ruine. Nebenan stellte er, sobald die Wohnungen leer waren, diese dem Studentenwerk zur Verfügung. Vor zwei Jahren meinte er dann, nun sei es soweit, und kündigte auch dem Studentenwerk. Ziel war diesmal Abbruch des gesamten Blocks. Eine Genehmigung dazu fehlte ihm zwar, aber das störte ihn nicht.

Die Behörden sahen das alles, wie es so schön heißt, „mit Sorge". Sorge hauptsächlich ums eigene Image. Mittlerweile hatten nämlich die studentischen Mieter gemeinsam mit der Mieterinitiative Eppendorf in Flugblättern und Offenen Briefen, auf Informationsveranstaltungen und Sitzungen des Bezirksparlaments ihr Problem bekannt gemacht und überall in der Bevölkerung Unterstützung gefunden. Wenn die Behörden nicht das Gesicht verlieren wollten, wußten sie etwas tun.

Und sie taten etwas. Die Liste der behördlichen Maßnahmen füllt, wenn sie heute im Bezirksparlament hergebetet wird, schon immer eine Fragestunde.

Nur, eine ernsthafte Maßnahme war nie dabei. Versteht sich, denn die Behörden wollen ja den Eigentümer nicht ganz und gar vergraulen. Sie bezeichnen ihn gern als „Auswuchs". Das System, dem er „ausgewachsen" ist, ist selbstverständlich in Ordnung, und auch als „Auswuchs" genießt Ruppert immer noch den Schutz unseres Rechtsstaates.

Die Mieter genießen diesen Schutz natürlich nicht. Das wurde deutlich am Samstag, 29. Januar. Der behördlichen Hinhaltetaktik müde und um das inzwischen leerstehende Haus Nr. 2 nicht verfallen zu lassen, hatten Mieterinitiative Eppendorf und Bewohner von Kunhardtstr. 1 und 3 zur öffentlichen Reparaturaktion aufgerufen.

Der Staat witterte Hausbesetzung und kam mit 160 (!) Polizisten, ausgerüstet als gelte es den Bürgerkrieg. Nach einer kalten Nacht, die sie im leeren Haus verbringen mußten, zogen die Polizisten wieder ab.

Nun bereitet sich die Kunhardtstr. auf die nächste Runde vor. Das Studentenwerk, an Schlappheit den Behörden gleich, hat den Räumungsprozeß verloren, die Räumungsfrist ist am 3. Februar abgelaufen. Die Mieter beziehen das Urteil nicht auf sich, sie bleiben.

Inzwischen verteilt die SPD Flugblätter, gegen Ruppert, gegen den Polizeieinsatz. Sie hat gemerkt, daß gleichgültig wie der Kampf in der Kunhardtstr. ausgeht, ihr Staat gewaltigen Schaden nimmt. Eppendorf ist auf Seiten der Mieter, und wenn auch die Verhältnisse noch nicht so sind, daß daraus ein aktives Eingreifen werden könnte, so erkennen doch die Menschen am Beispiel Kunhardtstr., wie wenig Mieterinteressen von denen vertreten werden, die sich immer als einzig berechtigte Hüter und Wahrer aufspielen.

Kaussen-Mieter ergreifen die Initiative

„Ich wohne in einem Kaussenhaus." Dieses ist eine Feststellung, die viele Leute mit einem mitleidigen Kopfnicken quittieren. Nur allzu verbreitet ist das Wissen um die rücksichtslosen Praktiken des Günter Kaussen aus Köln, dem hier in Hamburg allein ca. 2.000 Wohnungen gehören, im ganzen Bundesgebiet sogar an die 50.000. Es läßt sich einfach nicht verhindern, mit diesem Vermieter in Konflikt zu geraten, wenn man erst einmal eine seiner Wohnungen bezogen hat.

Das bekamen z.B. auch die Mieter eines Hauses in Eimsbüttel zu spüren. Um sich besser wehren zu können gegen die üblichen Schikanen – überhöhte Nachzahlungsforderungen, Vernachlässigung längst fälliger Reperaturen zu hohe Mieten etc. –, kamen sie zusammen und berieten gemeinsam auf einer Hausversammlung, was zu tun sei. Vorher waren aber noch etliche Barrieren zu überwinden, da die eine Hälfte der Mieter Deutsche, die andere Hälfte Türken sind. Im Oktober vorletzten Jahres bereiteten deshalb die deutschen Mieter ein Hausfest vor, zu dem alle ausländischen Mitbewohner eingeladen wurden. In entsprechend angenehmer Stimmung überwand man schnell die üblichen Schranken der Anonymität. Im Haus entstand eine offene, freundliche Atmosphäre.

Bei der folgenden Hausversammlung wurde dann beschlossen, nicht nur die Mißstände im eigenen Haus zu bekämpfen, sondern gemeinsam mit anderen Kaussen-Mietern aktiv zu werden. Über die Mieterinitiative Eppendorf / Eimsbüttel wurden weitere Kaussen-Mieter gefunden. Schon bald wurde es notwendig, an die Öffentlichkeit zu treten. Kaussen wollte in vielen seiner Häuser unrechtmässigerweise die Pauschale der monatlichen Wassergeldvorauszahlung erhöhen. Die Gruppe verfaßte ein Flugblatt, auf dem die Rechtslage und Maßnahmen gegen eine solche Erhöhung erklärt wurden. Nachdem in allen bekannten Kaussen-Häusern Flugblätter verteilt worden waren, meldeten sich viele Mieter am Telefon oder kamen zur nächsten Gruppensitzung, um über ihre Schwierigkeiten mit diesem Vermieter zu berichten und sich beraten zu lassen.

Einige arbeiten seither regelmäßig in der Kaussen-Gruppe mit.

Da mittlerweile der Platz in den Wohnungen der Mitglieder, wo man sich sonst traf, nicht mehr ausreicht, trifft sich die Kaussen-Gruppe nun jeden Donnerstag, 20.oo Uhr, in der Gaststätte „Ostereck" (Ecke Osterstr. / Schulweg). Es sind aber noch längst nicht die Mieter aller Kaussenhäuser vertreten, und so bleibt noch viel zu tun!

Kontaktadresse:
M. Meschonat
Von der Tannstr. 7
2000 Hamburg 19
Tel.-Nr. 491 29 43

FRAGEN AN DIE „GROSSE FREIHEIT"

Diskussion mit Lesern + Mitarbeitern der Stadtzeitung

Fragen zur Zielsetzung der Hamburger Stadtzeitung „Grosse Freiheit" standen im Mittelpunkt der ersten öffentlichen Veranstaltung, zu der die Redaktion der Zeitung eingeladen hatte. Anhand der im Dezember erschienenen Null-Nummer informierten wir die etwa 80 Interessierten über unsere Absichten und unsere Praxis.

Einige Fragen wollen wir an dieser Stelle nochmals aufgreifen, um auch Nicht-Teilnehmer der Veranstaltung über unsere Selbstdarstellung in der Nr. 0 hinaus anzusprechen. Die auch im Redaktionsplenum ständig zu diskutierende Frage, wie wir nicht nur die „linke Szene" erreichen, kann nicht in erster Linie von der Redaktion aus beantwortet werden. Die Verbreitung und Wirksamkeit der Zeitung hängt ab von einem breiten Angebot an Informationen, Artikeln und Kommentaren aus den verschiedensten Bereichen unseres Lebens. Diese Vielfältigkeit wiederum hat zur Voraussetzung die Mitarbeit vieler Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, vom Artikelschreiben und Fotografieren bis zum Verkauf der Zeitung.

Wer entscheidet, was in die Zeitung kommt und was nicht? Dazu: Wir sind eine Gruppe, in der jeder nach einer bestimmten Zeit der praktischen Einführung als Mitarbeiter stimmberechtigt wird. Diesem Mitarbeiterplenum liegen vor jeder Ausgabe alle Artikel zur Abstimmung vor. Nicht jeder x-beliebige Beitrag wird in die Zeitung veröffentlicht; in der Auswahl der Artikel dokumentiert sich der politische Wille des Redaktionsplenums. Inhaltliche Kürzungen werden mit den Autoren abgesprochen.

Problematisiert wurde von einigen Teilnehmern der Veranstaltung auch die Schwierigkeit der Aktualität in der Stadtzeitung. Die zunächst monatliche Erscheinungsweise bringt sicher die Gefahr des „Hinterherhinkens" mit sich. Wir wollen deshalb vermeiden, ohnehin bekannte Informationen zu wiederholen; wir legen den Schwerpunkt auf Erfahrungsberichte aus der Sicht von Betroffenen und Beteiligten, damit die Leser nicht abstrakte Fakten schlucken müssen sondern verstehen lernen, warum und wie andere Menschen bestimmte Erfahrungen gemacht haben und machen wollen. Darüberhinaus versuchen wir umfangreichere Hintergrundberichte und Kommentare zu bringen, als es die bürgerliche Presse oder die einschlägigen linken Blätter tun würden.

Die Entwicklung unserer Zielsetzung für die „Grosse Freiheit" kann weniger von Grundsatzdiskussionen her bestimmt werden, sondern muß vor allem auf der Grundlage praktischer Erfahrung diskutiert werden. Das zeigte sich auch nach Ende des offiziellen Teils der Veranstaltung, als sich kleinere Gruppen zusammensetzten, um über einzelne Artikel, die Herstellung der Zeitung und über die Möglichkeiten der Mitarbeit zu sprechen. Insofern wünschen wir uns von der nächsten öffentlichen Diskussion – am 28. Februar im Martin-Luther King Haus, Grindelallee 9 – ein am „Gebrauch" der Zeitung orientiertes Treffen.

★

Impressum
„Große Freiheit"
Zeitung für Hamburg und Umgebung
erscheint monatlich, Auflage 5.000.
Herausgeber: Hamburger Zeitungsinitiative

Redaktionskollektiv für die Nr. 1
C. Behnke — S. Teicher —
A.Le Roux — U. Emmenthal
E. Becker — A. Pank

Druck: „Die Druckerei", 2351 Hardebek Anschrift: c/o Buchladen „Die Hälfte des Himmels", Schlüterstr. 79, HH 13. Konto: PschA Hamburg 3485 34—202, E. Becker V.i.S.d.P. für diese Nummer: E Becker, Redaktionsschluß für Nr. 2: 4. März, öffentliche Veranstaltung: 28. Februar, Nr. 2 erscheint am 18. März.

Januar 1977: Karl-Heinz Roth (sitzend) als Angeklagter im Kölner Gerichtssaal. Links neben ihm der vom Gericht nicht zugelassene Gutachter Beck, rechts die Verteidiger.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Walter Mossmann, Liedermacher aus Freiburg, singt bei der Solidaritätsveranstaltung für Karl Heinz Roth und Roland Otto.

Lied von den politischen Gefangenen

Die Gefangenen in Knästen
Ossendorf und Santa Fu
Oder sonst im Freien Westen
Geben immer noch nicht Ruh
Denn in den Gefängnis-Gängen
Schlurft der Tod sehr laut und nah
Ja man sah schon manche hängen
Und kein Henker war nicht da.

Doch bei uns herrschen Angst und auch Selbstbetrug
Und die Hoffnung s' wär alles halb so schlimm
Und wir tragen an unserem Leid genug
Und so haben wir die auch mit
Lebendig begraben

Diese Leiche auf Plakaten
Halb noch Mensch und halb Skelett
Ohne Urteil Tod auf Raten
Im Stammheimer Folterbett
Vornehm lächeln seine Richter
Während Holger Meins verreckt
Hat uns das vielleicht paar Lichter
Übern Staatsschutz aufgesteckt?

Ach bei uns herrschen auch Angst und
Selbstbetrug . . .

Und der Zahl in seiner Zelle
Der die frechen Verse kräht
Und mit kluger Narrenschelle
Seine Knast-Hofrunden dreht
Den hat man, weil er noch schrein kann
Zu zehn Jahren mehr verdammt
Wer hat da dem Richterschwein dann
Seine Bude eingerannt?
Ach bei uns herrschen Angst . . .

Karlheinz Roth, unsern Genossen
Machen die in Ruhe kalt
„Die Gesinnung hat geschossen"
Sagt die herrschende — Gewalt
Und als Karlheinz fast krepiert wär
Hat der Knastarzt bloß gegrinst
So als ob das nicht sein Bier wär
Und der Kerl ist noch im Dienst

Und bei uns herrschen Angst . . .

Und was ist mit all den andern
Deren Name niemand kennt?
Die so lang im Kreis rumwandern
Bis ihr Ofen nicht mehr brennt
Sehr viel schlimmer als das Fressen
Im Gefängnis ist die Wut
Daß die draußen dich vergessen
Wenn sich drinnen nichts mehr tut

Denn bei uns herrschen Angst . . .

Mensch, das Unrecht hier im Rechtsstaat
Trifft nicht nur einen Verein
Frag nicht bloß, ob einer recht hat,
Frag: Wen machen sie da ein?
Diese Schlinge aus Gesetzen
Paßt doch auch auf unsern Hals
Und wenn die das Messer wetzen
Trifft's uns später — bestenfalls!

Nein uns schützen keine Angst und kein Selbstbetrug
Denn in Wahrheit ist alles grad so schlimm!
Und wer's Maul hält und taub ist und blind, ja so klug
Hat sich selber — mit den andern
Lebendig begraben

Walter Mossmann 9.2.77

Axel und Kristina's
Eppendorfer Kneipe
mit kleiner Küche

FRICKE 46

Frickestr. 46 · 2 Hamburg 20
Telefon 47 21 15

DER STAAT BRAUCHT 'GESINNUNGSTÄTER'

Forts. v. S. 4

Schon die Isolationshaft und die skandalöse medizinische Versorgung des schwerkranken, um 30 kg abgemagerten Karl Heinz Roth die von der bürgerlichen Presse wie dem „Hamburger Abendblatt" bereitwillig übernommene Konstruktion der Gesinnungstäterschaft, bedeuten die Vor-Verurteilung. Golzem mate an Beispielen klar, wie mit dem bis zum 9. Mai 75 in Köln praktizierenden Arzt Karl Heinz Roth nach dem Vorfall umgesprungen wurde. Aus der Narkose der ersten, verspäteten Operation erwachend, blickte Roth in Maschinengewehrmündungen und wurde bedrängt: „Sagen Sie, so ganz privat, warum haben Sie geschossen? " Immer mehr Polizisten drängen ins Krankenzimmer, ein Schuß ist von draußen zu hören. Ein Polizist: „Eine linke Gruppe will Sie liquidieren. Sie wissen zuviel!"

Alle Bemühungen um eine Haftentlassung des bis in den Gerichtssaal von Koliken gequälten Roth bleiben bisher erfolglos. Wenn Justizminister Posser (Nordrhein - Westfalen) öffentlich „klarstellt", daß der Angeklagte Roth für seinen Zustand selbst verantwortlich sei, er sozusagen ein Recht auf korrekte medizinische Betreuung verwirkt habe, dann fügt sich das ein in die von Golzem geschilderte Atmosphäre im Gerichtssaal, die vom Vorsitzenden Draber konsequent gegen die Verteidigung geschaffen wird (siehe auch SPIEGEL 6/77). Die Demonstration der Macht durch die Justiz zieht sich auch durch die Anklageformulierung hindurch. Dort wird die Tatsache, daß Roth und Otto nicht geschossen haben, als nebensächlich bewertet. Die Gemeinschaftlichkeit der „Täter wird jedoch geschlossen aus ihrer angeblich dunklen Kleidung, aus dem Besitz von Waffen, aus dem Recken der Wageninsassen „wie nach langer Fahrt" usw. Selbst ein Schreiben der italienischen politischen Organisation Lotta Continua und Briefwechsel mit anderen Personen während der Haft werden von der Anklage als „Beweis" einer „Gesinnungstäterschaft" herangezogen.

Die Sprache der Macht

Präzise analysierte dann Sebastian Cobler die Sprache der Anklageschrift als die Sprache der Macht und wies deren gezielt angewandte Wortwahl als Konstruktion nach. Kritische Leser der Anklageschrift müßten auch den angeblichen Mordversuch Philip Saubers an einem Polizisten bezweifeln, denn man könne nicht annehmen, daß der Staatsschutz auch in diesem Punkt die Wahrheit wiedergebe. Cobler ging dann auf die politischen Zusammenhänge der Kölner Ereignisse anhand anderer Beispiele ein: „Der Tod von Günther Jendrian in München, des Motorradfahrers beim „Elefantentreffen" auf dem Nürburgring,der Tod des Autodiebs bei der lebensverachtenden Verfolgungsjagd, begründen diese nicht eine allgemeine Angst vor den Staatsschützern, denen der Todesschuß erlaubt und eine spätetstens in zweiter Instanz erfolgende Freisprechung gewiß ist?" Cobler zitierte dann den Chef des Bundeskriminalamtes, Herold, der die Polizei als „gesellschaftssanitäre Einrichtung" gefordert habe. Dieses Organ werde von der moralischen Verantwortung freigestellt.

Weitergehender noch als im Fall des Lyrikers Peter Paul Zahl, wo behauptet wurde, daß der bei seiner Flucht schießende Zahl gegen diesen Staat eingestellt sei und deshalb ohne Skrupel einen Polizisten erschießen würde, wird im Prozeß gegen Roth und Otto aus der „Täterpersönlichkeit" heraus behauptet, diese Leute würden einfach einen Menschen erschießen. Und wie es dem Denken der Gerichte und Staatsschützer und ihrem Verhalten entspreche, werde Philip Sauber unterstellt, er habe das so einfach und im gemeinsamen Einverständnis getan.

Cobler erinnerte an die vielen Teilnehmer der Veranstaltung unbekannte Geschichte dieser Konstruktion von Mittäterschaft. Sie wurde 1941, im Dritten Reich, von Schmidt-Leichner und Freisler in die Neufassung des Mordparagraphen aufgenommen und bestimmt. Mord ist seither nicht nur die vorsätzliche, überlegte Tötung eines Menschen, sondern diese ist bestimmt durch Habgier, sexuelle Motive und niedere Gesinnung des Täters. Genau hierum geht es nach den Ausführungen Coblers in diesem Kölner Prozeß seit zwei Wochen und schon lange vor Eröffnung: Systemkritikern, Kommunisten, Linken eine niedere Gesinnung nachzuweisen und sie damit zu Mördern zu stempeln.

Wird Zeit, daß wir leben

Seine Solidarität mit den Angeklagten , vor allem mit dem politischen Autor Karl Heinz Roth, bewies Christian Geissler mit einer Lesung aus seinem Buch „Wird Zeit, daß wir leben". In seiner Einleitung dazu, beschrieb Geissler seine Position und seine Aufforderung zur Gemeinsamkeit mit einer scharfen Analyse der Verhältnisse. Das Recht auf Leben, das Recht auf Wahrhaftigkeit, sei in einer Klassengesellschaft, einer Zerstörergesellschaft, ein Recht, das erkämpft werden müsse. Zwischen Mündungsfeuer und Aufschlag, so Geissler, gebe es keinen dritten Platz und schon gar kein Recht, daß der Kriegführende anzuerkennen bereit sei.

In der Geschichte der Personen Roland Otto und Philip Sauber, von Angelika Ebbinghaus vom Unterstützungskomitee vorgetragen, wurde ein Einblick in Erfahrungen sichtbar, die den Kampf für ein Recht auf Leben vor allem auch als persönliche Geschichtedokumentieren. Nicht nur von Isolation, Vernichtung, Bewegung und Linie zu sprechen sondern mit einer Politik konfrontiert zu werden, die auf den Menschen zurückgeführt wird, war für viele der Zuhörer im Audi Max gerade an diesem Punkt sicher ungewöhnlich. Das Betroffensein und die konkreten Gemeinsamkeiten auch über die Veranstaltung hinaus war für die Leute im Saal stärker und persönlicher als Erich Fried, in London lebender Schriftsteller, ein bisher unveröffentlichtes Gedicht Peter Paul Zahl vortrug. Zahl gelingt es darin, über die Beschreibung des Ich des Gefangenen, seiner Wünsche, seiner Erinnerungen, den Zuhörer spüren zu lassen, daß er selbst in den Betonbunker zurückgebombt sei. Der NDR II wird am 8. März einen Beitrag über P.P. Zahl mit diesem Gedicht senden.

Informationen zum Verfahren gegen den hamburger Anwalt Kurt Groenewold (wir werden darüber in Nr. 2 berichten), zum Prozeß Borvin Wulf / B. Geburtig und über die Vorbereitungen zum Russell-Tribunal gegen die politische Unterdrückung in der BRD schlossen die Veranstaltung, in der eine für manchen Teilnehmer bis dahin nicht erfahrene Klarheit über die politische Entwicklung in der BRD vermittelt wurde.

J.C. / A. P.

Hinweis: Informationen zur Anklage, zur Isolationshaft, zum Kranheitsverlauf von Roth und zum bisherigen Prozeßverlauf sind in einigen Dokumentationen enthalten (u.a. Materialien zum Prozeß in Köln). Die Entwicklung der politischen Person Karl Heinz Roth wird in der Zeitschrift „Autonomie" Nr. 5 sichtbarer.

Heinrich-Heine-Buchhandlung
Grindelallee 26 2000 Hamburg 13

Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, 9,–
Jean Elleinstein: Geschichte des „Stalinismus", 16,80
Stefan Heym: 5 Tage im Juni, 7,80
Robert Havemann: Dialektik ohne Dogma, 4,80

040/44 97 78

DAS SCHULGESETZ MUSS AUF DEN MÜLL, WEIL DER SCHÜLER ES SO WYLL !

Springers „Welt" empörte sich: Sexualkunde als Pflichtfach an Schulen – das darf nicht sein! Dies sieht nämlich der Entwurf zum neuen Hamburger Schulgesetz vor, dessen 3. Fassung am 7.2. im „Mitteilungsblatt des Amtes für Schule" veröffentlicht wurde.

Auf der anderen Seite stehen die massiven Proteste der Betroffenen Sie wenden sich gegen andere Regelungen als die von der Rechten bemäkelten. Daraufhin wurden im 2. Entwurf einige Umformulierungen angebracht. So sollen die Schüler jetzt wieder zu „Solidarität und Toleranz", und nicht mehr, wie vorher in den allgemeinen Erziehungs- und Bildungszielen zu lesen stand, zu „Gerechtigkeit, Achtung und Duldsamkeit" erzogen werden. Wahrhaftig eine fortschrittliche Formulierungsänderung.

Die meisten Schüler empfinden diesen zweiten Entwurf als arge Augenwischerei, als glättendes Öl auf die Wogen des Protestes, der von der eintretenden Verschlechterung ihrer Bildungsmöglichkeiten ablenken soll.

Ihr Protest also geht weiter, denn sie sagen mit Recht, Schönheitsoperationen verändern den Charakter dieses Entwurfes nicht, er muß ganz zurückgezogen werden.

Aber nicht nur die Schüler sind sauer! Ihr Protest wird unterstützt von Eltern und Lehrern, die das Machwerk der Behörde als das erkennen was es ist; der Versuch, den sich immer mehr verschärfenden Bildungszustand festzuschreiben:

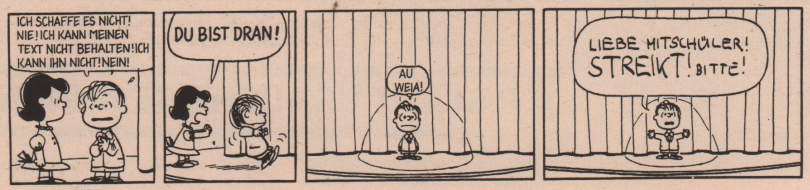
Scheinzugeständnisse

Im zweiten Entwurf sind rückschrittliche Bildungs- und Erziehungsziele formuliert, wenn auch die schon erwähnten Passagen in § 2 neu gefaßt wurden und außerdem der Begriff „Staatliche Gemeinschaft" durch „Gesellschaft" ausgetauscht wurde. § 2,1 sieht heute so aus: „Die Schule soll dem Schüler helfen, seine Fähigkeiten und Neigungen zu entwickeln, selbständig zu denken, zu urteilen, und zu handeln so wie sein Leben in eigener Verantwortung zugleich Gesellschaft (ehem. staatliche Gemeinschaft) und Staat verpflichtet zu führen."

Durch diese Verkürzung von Erziehungszielen gegenüber den allgemeinen Lernzielen von 1973, ergibt sich die Gefahr von dirigistischer Einflußnahme auf den Unterricht und auf fortschrittliche Ansätze in den Einzellehrplänen der Schulen. Wenn man sich die Disziplinierungen politisch aktiver Schüler und Lehrer (Berufsverbote) ins Gedächtnis ruft, sind die angedeuteten Befürchtungen durchaus realistisch.

Den Schülern „Grenzen setzen"!

Weiterhin bleibt der umfangreiche Katalog von Ordnungsmaßnahmen (§ 32 bis 34), die den reibungslosen Ablauf des Schulbetriebes garantieren sollen, erhalten. Mit diesem Ordnungsrecht, das keine pädagogischen Möglichkeiten mit in Betracht zieht und sich über die individuelle Problematik des einzelnen Schülers hinwegsetzt, zeigt die Behörde deutlich, welche Vorstellungen sie vom Bildungsauftrag der Schule hat. Hier sollen Untertanen herangezogen werden, keine kritikfähigen Individuen. Aber auch die Erziehungsberchtigten sind von den Disziplinierungsmaßnahmen betroffen. Sie können, genauso wie volljährige Schüler, mit behördlicher Zwangsvorladung und Bußgeldern rechnen (§ 34,3), wenn sie nicht dafür Sorge tragen, daß ihre Kinder der Schulpflicht nachkommen. Demokratischer Widerstand, z.B. Schulstreiks, sollen somit unterbunden werden. Die Entscheidung über die Anwendung von Ordnungsmaßnahmen ist in die Hände der Klassen- bzw. der Schulkonferenz, ggf. in die der Behörde gelegt. Das Mitbestimmungsrecht von Schülern und Eltern, eines der großen Versprechen der Schulreform, ist somit praktisch ausgeschlossen. Auch die schulische Selbstverwaltung ist vom Schulgesetz einschränkend betroffen. Fehlt im ersten Entwurf jeglicher Hinweis auf die im Schulverfassungsgesetz festgelegten Einwirkungsmöglichkeiten der am Schulwesen Beteiligten, so wurde durch den Protest der organisierten Lehrer die Formulierung „unter Berücksichtigung der Grundsätze der Selbstverwaltung" im 2. Entwurf erneut aufgenommen. Trotz dieses Zugeständnisses bleibt diese Ergänzung sinnleere Phrase, der Staat behält sich in § 37,2 umfassende Eingriffsmöglichkeiten in den Schulbetrieb vor.



Das Recht . . .

auf Bildung auf dem Altar der Krise geopfert

Die einschneidenste Veränderung, die Neufassung enthält, besteht in der rechtlichen Absicherung der ehemal als Übergangslösung bezeichneten Sparmaßnahmen. Das Recht auf Bildung (§ 20) wird reduziert, indem es von den „finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten" der Hansestadt abhängig gemacht wird (§§ 21 - 25). Der Staat ist nicht mehr verpflichtet, den Ausbildungsbedürfnissen seiner Bürger entsprechende Qualifikationsmöglichkeiten zu schaffen, um-gekehrt – der Bürger hat sich in seinen berechtigten Ansprüchen an eine angemessene Ausbildung dem Wellental der kapitalistischen „Konjunktur" anzupassen! Oder der jeweiligen Interessenlage der Hamburger Wirtschaft: Unter diesem Aspekt ist die Festschreibung von Zulassungbeschränkungen an den meisten berufsbildenden Vollzeitschulen zu sehen.

Weiterhin wird die Durchlässigkeit des 2. Bildungswesens stark eingeengt. Die Aufgaben der Berufsfachschulen und Fachschulen, ihre Eingangsvoraussetzungen und Abschlußqualifikationen, wurden in Anlehnung an die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz v. 3.12.75 über die „Bezeichnungen zur Gliederung des beruflichen Schulwesens" neu definiert.

Nach dem neuen Entwurf kann der Schüler an der Berufsfachschule zwar eine Berufsausbildung erhalten, bekommt aber nicht mehr wie früher den Realschulabschluß mitgeliefert. Für die Fachschüler ergeben sich folgende Konsequenzen: Genügte nach dem alten Schulgesetz die Mittlere Reife zum Eintritt in die Fachschule, so benötigt man jetzt eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Schule führt lediglich zu einer Spezialisierung und Vertiefung des Fachwissens, eine volle Berufsausbildung ist also nicht mehr möglich. Außerdem erhält der Fachschüler bei Abschluß nicht mehr die Fachhochschulreife wie es heute noch der Fall ist.

Der Ausbildungsweg „Lehre – Fachschule – Fachhochschule – Universität" ist damit nicht mehr gangbar. Allein über die Fachoberschule soll Schülern, die nicht von vornherein die Möglichkeit hatten, eine weiterführende Ausbildung zu bekommen, der Weg zum Studium offenstehen. Das bedeutet, daß der Andrang an der Fachoberschule noch stärker wird und der Numerus clausus für die FOS (Erlaß v. 12.11.75) zur Anwendung kommt, was bis heute wegen „mangelnder Bewerber" noch nicht der Fall war.

Das Ergebnis läßt sich vorhersagen: Noch mehr Schüler werden – dann schon in der Mittelstufe – an der Schulwirklichkeit zerbrechen! Im erbarmungslosen Kampf um den Platz an der Sonne (weiterführende Bildungseinrichtungen) wird die soziale Vereinzelung des Schülers zunehmen – gesetzlich abgesichert – und das eingangs formulierte Erziehungsziel „Solidarität und Toleranz" durch die Schulorganisation ad absurdum geführt.

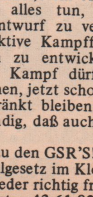
Ein heißer Frühling!

Der Entwurf für ein neues Schulgesetz verwirklicht weder die Gewährleistung eines umfassenden Rechts auf Bildung noch eine Weiterentwicklung des Schulwesens, sondern schränkt die Rechte aller am Schulwesen Beteiligten ein.

Daher müssen wir in unserem Kampf gegen das Schulgesetz, die gesamte Bildungspolitik des Hamburger Senats mit Lehrerarbeitslosigkeit, Hochschulgesetz und Berufsverboten für Lehrer im Zusammenhang sehen und dagegen angehen.

Für einen 14-tätigen Streik aller Schüler und Studenten gegen die Bildungspolitik des Senats.

A.B.G.



Schulstreik - Gymnasium Hartsprung

Schüler wehren sich gegen das neue Schulgesetz

Wir sind Schüler des Gymnasiums Hartsprung, einer kleinen Schule, die neu aufgebaut wird (bislang Klasse 5 – 10). Wir wollten eine zunehmende Repression in der Schule, die das neue Schulgesetz absichern soll, nicht wortlos hinnehmen: Ordnungs- und Disziplinarmaßnahmen, sogar Knast für unliebsame und schwänzende Schüler. Wir wollen auch nicht eine Streichung der kleinen Lehrmittelfreiheit noch Numerus - Clausus - Maßnahmen an Schulen unterschreiben.

Am Donnerstag, den 27.1.77 streikten die Klassen 8 – 10, später solidarisierten sich Teile der Klassen 5, 6, 7; damit wurde der Streik inoffiziell zum Schulstreik.

Während des Streiks: „Ringelpitz" auf dem Schulhof

Wie kam es dazu?

In der Woche vorm Streik machten sich einige Schüler der 10ten Gedanken über eine Aktion gegen den Schulgesetzentwurf. Sie redeten mit der Klasse: Der Streik der 10ten Stand fest. Konturen nahm die Sache am Montag an, in der Schülerratssitzung am selben Tag forderten wir alle auf, Papier, Pappen, Laken, Farben etc. mitzubringen, um Wandzeitungen, Transparente und Umhängeschilder zu basteln.

Es herrscht Hochstimmung

Die Bastelei begann gleich am nächsten Tag: Wir wurden von Materialien überschwemmt, wie wir uns es nicht vorzustellen gewagt haben, in den Pausen wurden ununterbrochen Wandzeitungen etc. angefertigt.

Wir waren voll drauf! Die Solidaritätserklärungen der Neunten und einer Achten kamen, die zweite achte Klasse schloß sich am Donnerstag an. Unsere Erklärungen für die Lehrer über die Gründe des Streiks druckten wir am Dienstag; dabei blieb aus Versehen ein Flugblatt im Lehrerzimmer liegen, wodurch unsere Aktion ziemlich früh bekannt wurde, gerade bei der Direktion . . .

Hoffmann – unser Schulleiter – versuchte noch am Mittwochmorgen uns vom Streik abzuhalten, er benutzte geschickte Demagogie, um die Schüler einzuschüchtern. Vergebens! Am Mittwoch Abend dann, fand eine Elternratssitzung statt, auf die wir auf unseren Wunsch hin eingeladen wurden, um über den Schulgesetzentwurf zu berichten. Völlig überraschend wurden wir dort von den Eltern auf den Streik am nächsten Tag angesprochen. Wir erklärten dann offiziell, entgegen Hoffmanns Erwartungen (er glaubte wohl, daß er mit seinen billigen Sprüchen Anklang fände – mitnichten), daß der Streik stattfände. Von den Eltern bekamen wir die nötige Unterstützung.

Der Streik

In der ersten Stunde befestigten wir Wandzeitungen und Transparente im Gebäude (z.B. weg mit Schulgesetzentwurf für das Recht auf Schulstreik – Zurücknahme aller Sparmaßnahmen. Apel heißt er, uns bescheißt er. Gegen Leistungsdruck und Schulstreß) In der zweiten Stunde lief die erste Aktion. Wir bildeten eine Polonaise, stark lang, und sangen ein Anti-Schulgesetz-Entwurfs-Lied, während wir durchs gesamte Gebäude und über den Schulhof gingen und stetig mehr wurden. In der großen Pause kamen auch kleinere Schüler in den Streikraum, wir hielten dort gerade eine Informationsveranstaltung ab, so daß alle (gerade die Kleinen) genauso übers Schulgesetz Bescheid wußten.

In der darauffolgenden Stunde, der vierten, sangen wir Lieder und riefen Parolen. Auch die Presse wurde benachrichtigt, war jedoch leider ein Fehlschlag. In der großen Pause dann machten wir eine Demo übern Schulhof, an der sich nahezu alle Schüler beteiligten. Die Stimmung war sehr gut. Während all dieser Aktion kam laute Kritik der Kleinen auf, die nicht mitstreikten. Wir ließen sie nicht, da mit den gesamten Eltern nichts abgesprochen war und wir echt Angst vor Konsequenzen hatten, im Nachhinein natürlich Quatsch: Sie äußerten, daß sie der Schulgesetzentwurf genauso angeht (Bücher müssen sie auch schon selbst kaufen) und daß sie auch mitstreiken wollten – sie waren berechtigterweise sauer auf uns! Es ist jedoch zu sagen, daß nach der dritten Stunde nur Teile der offiziell nicht mitstreikenden Klassen zum Unterricht erschienen, die anderen streikten mit.

Der Tango des Direktors

Am Mittwoch nach dem Streik an unserer Schule rief uns unser werter Schulleiter zu sich. Er wollte mit dem Schulsprecherkollektiv noch einmal über den Streik reden. Dieses „Reden" artete in eine geschickt auf freundlich und wohlwollend aufgemachte Einschüchterung der „Rädelsführer" aus. Er wies uns ungefähr zehn mal darauf hin, daß ein Streik unrechtmäßig sei und damit der falsche Weg. Wir sollten uns doch an die Parteien wenden, ha,ha.

Die für seine Einschüchterungsversuche notwendigen Gesetzesgrundlagen lagen ausgebreitet vor ihm, darunter auch – selbstredend – der Disziplinarkatalog. Im Zusammenhang mit dieser geschickt versteckten Drohung erklärte er uns, daß er einen sauberen Bericht an ein sehr hohes Tier der Schulbehörde geschrieben habe. Von ihm hätten wir keine Strafen zu erwarten, aber wer weiß, vielleicht von jenem hohen Tier, wer weiß.

Ich glaube, Ihr habt so einen ganz guten Überblick bekommen. Zum Schluß wäre noch zu sagen, daß die gesamte Sache in drei Tagen organisiert wurde, daß der Streik nur ein Warnstreik war, und daß die Stimmung gegen den Schulgesetzentwurf, gerade auch der Kleinen, sehr stark und gut ist. Wir werden uns auch künftig wehren und fordern alle auf, das gleiche zu tun.

Schüler vom Hartsprung

Gesamtschülerrat ist da!

Wir haben es endlich geschafft! Alternativ zu Apel's Spielwiesen gibt es jetzt eine autonome Schülerinteressenvertretung, die Gesamtschülerräte (GSR). Im Augenblick müssen wir alles tun, um den Schulgesetzentwurf zu verhindern. Es gilt, effektive Kampfformen in den Schulen zu entwickeln. Diskussion und Kampf dürfen nicht auf die gleichen, jetzt schon aktiven Leute beschränkt bleiben. Deshalb ist es notwendig, daß auch ihr aktiv mitmacht!

Kommt alle zu den GSR'S!
Erst das Schulgesetz im Klo
macht uns wieder richtig froh!
Kontakt: Carsten 43 61 82

Kinderhaus - erster Erfolg

Senator Apel zog vor Gericht den Kürzeren

Gegen die skandalöse Entscheidung der Behörde, daß der Bedarf an Kindertagesplätzchen in der Umgebung des Kinderhauses Heinrichstraße gedeckt sei und finanzielle Unterstützung versagt werde, haben Kinderhaus und Eltern juristische Schritte unternommen. Anfang Januar kam es zur ersten mündlichen Verhandlung im Verfahren „Ole (ein fünfjähriges Kind aus dem Kinderhaus) gegen Apel" – und zum ersten Teilerfolg für das Kinderhaus. Das Verwaltungsgericht erließ eine einstweilige Anordnung, derzufolge die Jugendbehörde verpflichtet wird, vom 17. Januar an für ein halbes Jahr die Unterbringung Oles im Kinderhaus zu bewilligen.

Ein Teilerfolg ist diese Anordnung deshalb, nur weil es sich hier um eine Einzelfallentscheidung handelt. Das Hauptverfahren vor dem Verwaltungsgericht steht noch aus und die Richter konnten sich nicht dazu durchringen, der Behörde aufzuerlegen, rückwirkend ab August, dem Beginn der Unterbringung Oles und unbefristet zu zahlen, wie es von Ole und seinen Eltern beantragt war.

Es sind noch Plätze frei – Aber wo?

Hauptgegenstand der Verhandlung „Ole gegen Apel" war die Frage, ob tatsächlich im Umkreis des Kinderhauses Heinrichstraße der Bedarf an Kindergartenplätzen gedeckt ist. Um einen Beweis für ihre kühne These „Wir können alle Kinder unterbringen" gebeten, stand die Behörde ziemlich bloß dar. Zwar hatte sie vorher nach Schriftsätzen angeblich unbesetzte Plätze genannt, in der mündlichen Verhandlung mußte sie allerdings zugeben, daß in Eimsbüttel alle Heime zu 110% belegt sind, ja drei Kinder noch auf einen Platz warten. Einziger Notnagel in dieser Situation war für sie ein noch nicht ganz belegtes Heim in Lokstedt.

Vielleicht war die Peinlichkeit dieser dürftigen Beweislage einer der Gründe, warum die Behördenvertreterin zu Beginn der Verhandlung auf Ausschluß der Öffentlichkeit, vor allem Kinder und Eltern des Kinderhauses, bestand. Der schlechte Eindruck, den die Behörde bei der Offenlegung der tatsächlichen Lage in den Tagesstätten hinterließ, wurde allerdings wohl für die Richter dadurch etwas ausgebügelt, das die Behördenvertreterin darauf verwies: In zehn Jahren ist alles anders – zumindest wenn der Geburtenrückgang so anhält wie jetzt. Dann haben wir weniger Kinder und unsere Heime reichen aus. Für Kinder, die heute in Altona, St. Pauli oder Eimsbüttel dringend einen Platz brauchen wahrlich rosige Aussichten.

Die zweite wesentliche Frage im Prozeß wurde demgegenüber nur am Rande gestreift. Die Eltern des Kinderhauses bestehen auf ihrem Recht, die Grundrichtung der Erziehung ihrer Kinder frei wählen zu können. Sie halten die pädagogische Richtung im Kinderhaus für alternativ zur Konzeption anderer Heime. Die Jugendbehörde bestreitet das und die Richter des Verwaltungsrechtes hielten diese Frage für zu kompliziert, um sie im Rahmen einer einstweiligen Anordnung zu behandeln. Im folgenden Hauptverfahren wird sie zur Sprache kommen. Wer sich davon überzeugen will, daß das Kinderhaus Heinrichstraße eine alternative Erziehung betreibt, kann sich den Betrieb (nach Vor-an-meldung) anschauen. In der „großen freiheit" Nr. 2 werden wir über unsere pädagogische Arbeit berichten.

Zugunsten des Kinderhauses veranstalteten Schauspieler im Malersaal eine Morgenvorstellung

Wenn der Herr Senator erzählt

Die Teilniederlage vor Gericht hat – so scheint es – die Behörde noch nicht zum Nachdenken gebracht. Wenige Tage nach der Urteilsverkündung wurde in der Hamburger Bürgerschaft, ausgelöst durch den „Fall Kinderhaus"über die Bedarfssituation auf dem Sektor „Kindertagesstätten" diskutiert. Senator Apel erzählte den Bürgerschaftsabgeordneten, 40% aller Drei- und Vierjährigen seien heute schon mit Kindergartenplätzen versorgt; der anhaltende Geburtenrückgang würde – selbst wenn neue Tagesstätten nicht geschaffen würden – bis 1985 zu einer 70% Versorgung führen. Daß gerade Altona, Eimsbüttel und St. Pauli bei Tagesheimplätzen weit unter dem Hamburger Durchschnitt liegen, daß dort der Geburtenrückgang geringer ist als in ganz Hamburg, daß der Anteil berufstätiger Mütter dort besonders hoch ist – und eben heute viele Kinder den größten Teil des Tages unversorgt sind – das „vergaß" der Herr Senator.

Mit Blickwinkel auf's Kinderhaus meinte er noch, daß Leute wie die Eltern des Kinderhauses, die Kindergartenplätze aus eigener Initiative bauen (und damit seine Pläne, keine oder kaum neue Plätze zu schaffen, durchkreuzen) natürlich nicht mit finanzieller Unterstützung rechnen können.

Wir machen weiter!

Den ersten Erfolg im Verfahren „Ole gegen Apel" wird eine eventuell noch längerwierige juristische Auseinandersetzung folgen. Deshalb ist das Kinderhaus weiter auf jede Form der Unterstützung angewiesen. Auch von dieser Seite ist gleich im neuen Jahr Positives zu berichten. Am 16. Januar gestalteten Schauspieler zu Gunsten des Kinderhauses eine Morgenvorstellung im Malersaal des Schauspielhauses mit Texten von Brecht u.a. Der Erfolg: 400 begeisterte Zuschauer und 3000 Mark fürs Kinderhaus.

Um die Unterstützungsarbeit für das Kinderhaus voranzutreiben, werden wir demnächst eine dritte Dokumentation veröffentlichen, die die Entwicklung seit Oktober darstellt. Darüberhinaus ist vom Medienpädagogik Zentrum Hamburg ein Film über Entstehung, Arbeit und Probleme des Kinderhauses Heinrichstraße gedreht worden, den wir zur Verfügung stellen und bei einer geplanten Großveranstaltung zeigen werden.

Unsere Adresse:
Verein Kinderhaus e.V.
Heinrichstraße 14 a
2000 Hamburg 50
Tel.: 43 39 49Spendenkonto: Bank für Gemeinschaft 12 44 44 61

Meinungen zum Thema Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit

„Ich bin arbeitslos" – unter dieser Überschrift hat Ulla in der Nullnummer der „Grossen Freiheit" über ihre Situation als arbeitslose Lehrerin berichtet: arbeitslos zu sein, darunter aber nicht zu leiden, sondern die Arbeitslosigkeit als Möglichkeit zu sehen, andere, sinnvollere und schönere Sachen zu machen.

Gerade auf diesen Artikel sind wir häufig angesprochen worden. Von begeisterter Zustimmung bis zu ehrlicher Entrüstung waren alle Reaktionen vertreten. Auch in der Redaktion sind die Meinungen über den Artikel geteilt.

Von mehreren Briefen und Beiträgen, die wir dazu erhalten haben, drucken wir hier zwei ab, von denen wir meinen, daß sie die Diskussion weiterbringen können.

Die beiden Artikel zeigen schon, daß sich mit der Frage Arbeitslosigkeit viele Einzelfragen verbinden. Schickt uns weitere Diskussionsbeiträge, denn die Auseinandersetzung soll weiter gehen. Die Redaktion bereitet für die Nummer 2 der „Grossen Freiheit" einen größeren Beitrag zur Krise und Arbeitslosigkeit vor.

die Redaktion

Auch ich bin arbeitslos . . .

aber doch nicht ganz einverstanden mit dem Artikel dazu in Nr. 0. Sicher, die Leidens- (oder Freudens-)genossin hat völlig Recht, wenn sie fragt, was das denn für eine Arbeit ist, deren Verlust beklagt wird. Ich glaube auch, daß es kaum jemanden gibt, der nicht froh wäre, wenn er die tägliche Plackerei, die Antreiberei und Vorschriften der Chefs, das für - nichts - Zeit - haben und die oft sinnlose Tätigkeit los wäre.

Und daß man, gerade wenn man schon jahrelang den Trott mitmacht, sich mal hinsetzen und überlegen sollte, ob man nicht nur ein Recht auf Arbeit, sondern vor allem ein Recht auf ein Leben, und zwar ein angenehmes, hat.

Nur – und da liegt der Hase in der Soße – ich glaube, die wenigsten können die Arbeitslosigkeit so richtig genießen. Wenn man schon keine Familie hat, wo die Kinder zu versorgen, die Wohnung zu bezahlen ist, die Abzahlungen drücken, auch dann bleibt noch einiges an Problemen. Z.B. die psychischen, die viele Arbeitslosen haben, weil sie irrtümlicherweise meinen, selber schuld an ihrer Lage zu sein, die Ungewißheit, was auf einen zukommt, manchmal die erneute Abhängigkeit von den Eltern. Und nicht jeder findet die Gelegenheitsjobs, mit denen er sich durchschlagen kann. Und da sind diejenigen, die wenig oder gar keine Ausbildung bekommen konnten, noch erheblich schlechter dran.

Ich fürchte, nur wenige sind in der Lage, sich an Ulla ein Beispiel zu nehmen – aus ganz handfesten Gründen. Und was da so im Hintergrund anklingt, so etwa: wenn uns die Scheiße nicht paßt, dann machen wir uns eben unabhängig von der kapitalistischen Knechterei, z.B. mit einer selbstorganisierten Elektrowerkstatt, oder so . . .; ist das nicht eine Illusion?

Können wir wirklich reihenweise einen kollektiven Laden, eine genossenschaftliche Fabrik, vielleicht eine selbstorganisierte Schule aufmachen? Vielleicht gibt es die ein oder andere Nische, aber: jeder kollektive Laden oder Betrieb unterliegt genauso den Konkurrenzzwängen der kapitalistischen Gesellschaft, wie der Tante-Emma Laden von Nebenan, die auch nicht zumachen müssen, weil sie zu viel verdienen wollten, sondern weil Ihnen das Kapital fehlt, um ein großes Angebot zu führen, Maschinen zu kaufen etc. Bestenfalls wird der Druck, der im kapitalistischen Betrieb von oben kam, nun von der Macht der Verhältnisse kommen, und kollektiv verschönt werden, aber die Plackerei bleibt dieselbe.

Es bleibt uns also, glaube ich, gar nichts anderes übrig, als uns in irgendeiner Weise politisch zu organisieren und zusammen für ein Recht auf Arbeit zu kämpfen –, und dabei den Kampf für ein angenehmes Leben mit weniger Arbeit nicht zu vergessen.

Was sich ja z.B. in der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ganz gut verbinden läßt – weniger Arbeit, dafür aber für alle. Nur geht es natürlich nicht so, wie es die Herren Wirtschaftler gerne hätten, daß wir mit Lohnkürzungen auch noch die Pleiten des Systems bezahlen. Dafür sollen sie gefälligst selber aufkommen. Schließlich wird genug Geld für unnütze Dinge verpulvert; wieviel z.B. schon in Brokdorf investiert wurde, wo doch der Bauplatz demnächst wieder zur Wiese gemacht werden soll . . .

A.H.

„Durch Roboter ersetzt"

Die Beschreibung des Zustandes arbeitslos zu sein, habe ich gelesen, mit Interesse – aber, nicht jeder, der seine Arbeit nicht ausüben kann, ist Akademiker, zum Beispiel Lehrer.

Ich will nicht den Eindruck entstehen lassen, einen Groll gegen diese Berufsgruppe zu pflegen, trotz meiner Negativerfahrung mit ihr. Über die Probleme, was die Berufsausübung auf Dauer, überhaupt die Einstellung in den Dienst und die Maulkorbgesetze betrifft, bin ich im Bild, nicht durch „Bild".

Der Beschreiberin dieser, also ihrer Situation wünsche ich, sie möge ihren Mut behalten, Mut ohne Bitterkeit und die positive Ausnutzung ihrer Situation, auch wenn diese bei aller Hingabe Abnutzungserscheinungen mit sich bringt.

Um auf meine Situation zu kommen, ich bin ebenfalls arbeitslos! Meine Arbeit machte ich im graphischen Gewerbe seit 15 Jahren als Schriftsetzer, in den letzten Jahren merkbar ungebrauchter und ungewollter von der Unternehmerseite. Die Ursache dafür ist wie heute überall, wo „gespart" werden muß, die Rationalisierung, und mit Fachkräften wird reichlich gespart. Eines Tages kommt so ein Roboter (sehr schick) in die Firmen, den Arbeitern sagt man durch nette Worte Dank für ihre lange Mitarbeit und nach und nach werden sie glatt aber endgültig entlassen. Zu diesen Kollegen gehörte ich auch, mit dem Vorteil jung zu sein, also noch voller Hoffnung, die jetzt abnutzt, durch die Erkenntnis, man ist wirklich über und hat bisher einen Beruf ausgeübt, überwiegend beteiligt und interessiert, den es nicht mehr gibt, eben ersetzt durch Roboter. Ich bezeichne mich nicht als Maschinenstürmer, aber als Alternative bietet das Arbeitsamt Jobs an, die durch höhere Qualifikation Aussicht auf eine Anstellung geben, was das Leistungsdenken beinhaltet und den Egoismus unter den Arbeitslosen fördert. Dagegen wehre ich mich, leider vergeblich, denn überhaupt sind die Maßnahmen des Arbeitsamtes ziemlich repressiv. Stehe ich allein gegen eine Entwicklung, von der man nicht weiß, wohin sie geht – oder bin ich von gestern? Mit höherer Qualifikation ist nur etwas geflickt, worauf bei Entlassungen keine Rücksicht genommen wird. Hier werden nicht Menschen durch Menschen, sondern Menschen durch Roboter ersetzt. Im Sinne der Menschen? – welcher Sarkasmus! Vielleicht bin ich zu zerstört, mir persönlich ging der Mut aus, in der ideellen wie materiellen Situation, wichtiger aber wohl diese Zukunftslosigkeit.

Es ist für mich kein Trost oder Ansporn auf einen Beruf oder bessere Tätigkeit umsteigen zu müssen, was mir nicht liegt und zusagt, nur weil ich und viele andere existieren wollen, in dieser Gesellschaft, die Arbeitslosigkeit produziert und den Arbeitslosen diskriminiert.

Was für die Zukunft auf mich wartet – ich muß wohl völlig umdenken lernen. – Hinein ins Leben, was für ein Leben mit dieser Zukunft?

Manfred B.

Situation mißhandelter Frauen

Täglich werden tausende von Frauen geschlagen, mißhandelt und vergewaltigt – nicht etwa vom „bösen fremden Mann" auf der Straße, sondern auch und vor allem vom eigenen Freund oder Ehemann, unabhängig von der Bevölkerungsschicht.

In der Presse spricht man von einer Zahl von 4 Millionen Frauen, die jährlich vom eigenen Mann mißhandelt werden (laut Aussage der Polizei ist die Dunkelziffer sogar noch wesentlich höher).

In fast jeder Familie gibt es mindestens einmal im Monat Krach, und in 5 Millionen Familien endet er in einer Prügelei.

Frauen werden mit Fußtritten, Fäusten und Gegenständen mißhandelt. Folgen davon sind Nasenbein- und Rippenbrüche, angeschlagene Zähne, Brandwunden, Schnittverletzungen durch Messer, Rasierklingen oder Flaschen bis hin zu tödlichen Verletzungen. Dazu gehört, daß jede 5. Frau in der BRD zum Sex gezwungen, jede 3. Frau von ihrem eigenen Mann verwaltigt wird.

Einige Frauen aus der Hamburger Frauenbewegung wollten diese unzumutbaren Zustände nicht mehr länger hinnehmen und sind dabei, in Hamburg ein Frauenhaus für mißhandelte Frauen und ihre Kinder aufzubauen.

Mißhandlung an Ehefrauen kommt in allen gesellschaftlichen Kreisen vor – nicht nur in Arbeiterehen, wie viele annehmen. Erin Pizzey, Gründerin des bekannten Londoner Frauenhauses in Chiswick, gibt an, daß Frauen von Polizisten, Rechtsanwälten und Ärzten das Frauenhaus am häufigsten aufsuchen.

Meistens werden die Frauen nicht nur einmal zusammengeschlagen, sondern immer wieder auf die brutalste Weise und schon bei geringsten Anlässen. Sie brauchen nur etwas zu tun, was dem Mann nicht paßt. Sehr häufig werden die Männer gewalttätig, wenn sie betrunken sind und schlagen dann auch ohne Anlaß zu.

Frauen, die solchen Mißhandlungen ausgesetzt sind, leben in ständiger Angst, vom Ehemann erneut geschlagen zu werden. Viele haben die gesellschaftliche Frauenrolle, die ihnen vorschreibt, für die Befriedigung der Bedürfnisse des Mannes im Privatleben zu sorgen, soweit verinnerlicht, daß sie die Schuld für die erfahrene Mißhandlung bei sich selbst suchen. Dazu eine betroffene Frau: „Jede Zeitschrift, die du liest, jeder Artikel, sagt dir, wie du deinen Mann behandeln sollst. Sobald wir lesen können, werden wir auf diese Weise indoktriniert – daß Männer behandelt werden müssen, daß eine Frau es lernen muß, im Umgang mit ihnen gewandt zu sein. Und das glaubst du dann auch. Wenn es nicht funktioniert, schämst du dich zutiefst, weil du glaubst, daß du gescheitert bist, wo Tausende und Tausende von Frauen es schaffen. Du schämst dich, es nicht zu schaffen, du glaubst irgendwie alles falsch zu machen, daß es alles deine Schuld ist." Aus diesem Grunde trauen sich viele Frauen nicht, andere ins Vertrauen zu ziehen, leugnen häufig sogar selbst mißhandelt worden zu sein und bleiben beim Ehemann. Auch die Existenz von Kindern hält viele Frauen davon ab, sich vom Ehemann zu trennen, weil sie nicht wissen, wohin mit den Kindern.

Können sich Frauen heute gegen Mißhandlung in der Ehe wehren?

Formaljuristisch gesehen kann sich jede Frau gegen den Ehemann wehren, wenn er sie mißhandelt. Sie kann die Polizei rufen, wenn er sie bedroht, sich von ihm trennen oder sich scheiden lassen. Praktisch sieht das jedoch ganz anders aus:

Die Polizei greift nur ein, wenn der Mann die Frau vor ihren Augen verprügelt. Verhält er sich friedlich, so beschränkt sie sich auf Ermahnungen. Ist die Polizei dann wieder weg, so ist die Frau ihrem Mann weiter ausgeliefert.

Die Frau kann sich vor der Scheidung von ihrem Mann trennen, ohne später wegen böswilligen Verlassens schuldig geschieden zu werden, wenn sie auf dem Wege der einstweiligen Verfügung über einen Anwalt einen Antrag auf Getrenntleben stellt. Damit werden auch die Unterhaltsfrage und das Sorgerecht für die Kinder vorübergehend geklärt. Das Ganze scheitert jedoch häufig an der Tatsache, daß die Frau für sich und die Kinder keine Unterkunft findet, weil Verwandte und Bekannte sie wegen Raummangel nicht aufnehmen können.

Die Frau kann auch die Scheidung einreichen. In der Regel erklären sich die gewalttätigen Ehemänner jedoch nicht damit einverstanden. Deshalb muß sie beweisen, daß sie mißhandelt worden ist. Dazu braucht sie ärztliches Attest und Zeugen. Das ärztliche Attest allein wird nicht als Beweis anerkannt, nur in Verbindung mit Zeugenaussagen. Nachbarn oder Verwandte lassen sich in der Regel jedoch nicht zur Zeugenaussage bewegen, weil sie sich aus der Angelegenheit raushalten wollen und Kinder werden erst ab 16 Jahren als Zeugen anerkannt. So kann es passieren, daß eine Frau mehrere Scheidungstermine hat und trotz wiederholter aber nicht beweisbarer Mißhandlung nicht geschieden wird, weil der Mann die Ehe aufrecht erhalten will. Hinzu kommt, daß der Mann die Frau während des langen Scheidungsverfahrens weiter mißhandeln kann – und häufig verstärken die Männer die Gewalttätigkeit gegen die Ehefrau noch bis hin zu Morddrohungen und Mordversuchen.

Von Ärzten, Polizisten und Rechtsanwälten erfahren die Frauen oft einen nicht anders als fahrlässig zu betrachtenden Mangel an Unterstützung angesichts der Gefährdung, in der sie sich befinden und werden sogar offen diskriminiert. Ein Kripobeamter zu einer Frau: „Ja, ich geh auch mal einen trinken, und wenn meine Frau dann mosert, muß sie ein paar hinter die Ohren kriegen."

Die Kompliziertheit der Gerichtsverfahren und der Mangel an Unterstützung, sowie das Problem, eine Unterkunft zu finden, erschweren den Frauen die Trennung vom Ehemann so sehr, daß es vielen nicht gelingt, daß Verfahren erfolgreich durchzustehen.

Frauenhäuser

Das größte Problem für mißhandelte Frauen, die sich von ihrem Mann trennen wollen, ist die Schwierigkeit, eine andere Wohnung zu finden.

Gerade das sofortige Verlassen der ehelichen Wohnung würde den wirksamsten Schutz für Leben und Gesundheit der Frau und der Kinder bedeuten.

In England, Frankreich, Dänemarkt und Holland gibt es zum Teil schon seit mehreren Jahren Frauenhäuser, die mißhandelte Frauen und ihre Kinder direkt und unbürokratisch aufnehmen. Neben dem vom Bund finanzierten Modellversuch in Berlin gibt es auch in anderen Städten der BRD, Köln, Bremen, Bielefeld, bereits Frauenhäuser, die von Frauen der Frauenbewegung aufgebaut worden sind. Dort wird mißhandelten Frauen und ihren Kindern Wohnmöglichkeit gegeben und bei der Lösung der anfallenden Probleme (Wohnraumbeschaffung, Scheidung, Arbeitsstunde, Schul- und Erziehungsfragen) geholfen.

Staatliche Frauenheime: Vom Regen in die Traufe

In Hamburg gibt es mehrere staatliche Frauenheime, die aber nicht auf die Situation mißhandelter Frauen mit Kindern zugeschnitten sind. In der Regel werden Mütter und Kinder getrennt, die Kinder kommen ins Heim. Das hält viele Frauen davon ab, sich an die Behörde zu wenden und ist tatsächlich unzumutbar, weil die Heimsituation für die Kinder denkbar ungeeignet ist, den Schock, den sie durch das Erlebte erlitten haben, zu bewältigen.

Die staatlichen Frauenheime sind im allgemeinen sehr streng durchorganisiert. Gerade diese Struktur erschwert es den Frauen, die nach der Mißhandlung durch den Ehemann meist ein stark angeknackstes Selbstbewußtsein haben, eigene Entscheidungen zu fällen und auf diese Weise selbständig und unabhängig zu werden. Die Frau kommt praktisch vom Regen in die Traufe – vom Ehemann, der ihr Verhalten kontrolliert hat, ins Heim, in dem sie ihr Verhalten den Hausregeln anpassen muß.

Ursachen der Gewalt

Dagegen ist es unserer Meinung nach gerade notwendig, mißhandelten Frauen alle Möglichkeiten zur freien Entfaltung der Persönlichkeit zu lassen, da sie während ihrer Ehe brutal unterdrückt wurden.

Die Anwendung körperlicher Gewalt durch den Ehemann ist ein besonders auffälliger und brutaler Ausdruck der umfassenden Unterdrückung der Frau in Gesellschaft, Beruf und Familie. Frauen werden im Berufsleben offen diskriminiert. Sie werden schlechter bezahlt, bekommen für die gleiche Arbeit weniger Lohn oder es werden an sie nur schlecht bezahlte Arbeiten vergeben. Frauen haben miesere Aufstiegschancen als Männer. Von den Unternehmern werden sie als riesiges Potential an billiger Arbeitskraft geschätzt. In Zeiten der Hochkonjunktur werden sie gerne für unqualifizierte Arbeiten eingestellt, in Krisenzeiten werden sie als erste „in die Familie" entlassen. Hinter allem steckt die selbstverständliche Annahme, die Frau sei verheiratet, und damit nur Zusatzverdienerin. Diese Unsicherheit und Diskriminierung zwingen viele Frauen, eine Ehe aufzunehmen, weil sie sich dann sicherer versorgt fühlen.

Dieser Zwang wird durch Ideologie und Erziehung der Mädchen noch verstärkt. Die Ehe wird als höchste Erfüllung der Frau dargestellt und das Mädchen wird durch die Erziehung auf die Rolle der Ehefrau festgelegt. Mädchen müssen mehr im Haushalt helfen als Jungen, dagegen wird auf ihre berufliche Ausbildung weniger Wert gelegt.

Die Ideologie von der Erfüllung der Frau in der Ehe verschleiert die Tatsache, daß die Ehe ein Gewaltverhältnis zu ungunsten der Frau ist. Juristisch ist festgelegt, daß die Ehefrau ihre Arbeitskraft in den Dienst des Mannes stellen muß, ohne daß sie dafür als Gegenleistung Geld zu ihrer Verfügung bekommt, wie das im Lohnverhältnis der Fall ist – wenn sie nicht Ehefrau, sondern Haushälterin wäre. Nach § 1356 BGB ist es ihr gestattet, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist", d.h. wenn sie es schafft, trotz des Berufes, den Haushalt in Ordnung zu halten. Andererseits ist sie nach § 1360 sogar zum Geldverdienen verpflichtet, „soweit die Arbeitskraft des Mannes und die gemeinsamen Einkünfte zum Unterhalt nicht ausreichen." Also auch rechtlich gilt die Familie als eigentlicher Tätigkeitsbereich der Ehefrau. Der Mann ist der Ernährer der Familie, die Frau ist nur Zusatzverdienerin. Ein Recht auf Ausübung des Berufes, wann immer sie will, steht ihr nicht zu.

Ebenso wie ihre Arbeitskraft muß die Frau auch ihre Sexualität in den Dienst des Mannes stellen.

Misshandelte Frauen und ihre Kinder brauchen Frauenhäuser

Warum wird geschlagen: Aussagen von betroffenen Frauen.

Frau C.: Grund zum schlagen war, wenn sie zehn Minuten später als sonst von der Arbeit kam oder: „Wehe, das Essen war nicht so, wie er es wollte! Einmal waren die Schinkenscheiben auf der Stulle nicht durchgeschnitten, da hat er mir die Stulle ins Gesicht geschmissen samt dem Teller."

Frau D.: Ständige, unbegründete Eifersucht und: „Es hat halt ausgeklinkt, als ich anfing, mich selbständig zu machen, ein bißchen unabhängig."

Frau G.: „Er kam mit dem Schlüssel nicht in die Tür rein, weil er so besoffen war, ich mach die Tür auf, krieg ein paar gepellt und hab gleich sechs Meter weiter gelegen. Ich wußte gar nicht warum. Und dann haben sie mir am nächsten Tag erzählt: Ja, der wollt sich schon wieder in der Kneipe prügeln. – Ja, wenn der sich in der Kneipe nicht prügeln konnte, hab ich das immer abgekriegt. Wenn er sich prügeln konnte, war's gut gewesen."

Aber Frau G. sagt auch: „Er konnte sehr zärtlich sein und war ein guter Kamerad, wir haben uns auch sexuell gut verstanden – wenn er nüchtern war. „Mit dem Messer ist er ja auf mich losgegangen, weil er sich nicht scheiden lassen wollte. Ich nehme an, das ist eine bestimmte Bequemlichkeit, die die Männer haben und deswegen. Die haben ihre saubere Wäsche, ihr Essen und trinken, pünktlich, die können sich abends ins Bett legen, haben ein Dach überm Kopf . . .

So „halfen" eine Richterin und ein Arzt

Frau B.: „Beim vorletzten Termin hab ich der Richterin gesagt, daß er alles vertrinkt, schlägt die Wohnung kurz und klein, mißhandelt uns, schmeißt uns nachts auf die Straße, daß wir nicht wissen wohin. Wissen Sie, was die Richterin zu mir sagt? – Daß ich das Geld zum Leben vom Sozialamt kriege, dann könnte ich ihm ja auch ein bißchen Essen mitkochen, und seine Wäsche könnte ich ja auch machen. Das war alles. Bums aus, wir vertagen den Termin."

Eine Frau: „Schon die Art wie du angefaßt wirst, wie er dich untersucht . .„ , . So so, Sie sagen also, Ihr Mann hat sie geschlagen. Ja, wo hat er sie denn geschlagen, wo haben Sie denn Verletzungen?" Verstehst du, wenn du SO ein Veilchen hast!"

Nun hörst eine wahre Geschichte
wie sie jeden Tag passiert.
Es war einmal ein junges Mädchen,
Susanne rief man sie.

Sie träumte von der Liebe
vom großen Glück zu zweit,
das alles hat Kalle ihr versprochen,
als er um sie gefreit.

5 Jahre sind seither vergangen,
nun sind sie schon zu viert.
Susanne ist 'ne brave Hausfrau
wie sich das so gebührt.
Ein Sohn und eine Tochter,

ein Auto obendrein;
ihr Häuschen, das ist sehr gemütlich,
doch sie ist viel allein.

Der Kalle geht morgens zur Maloche
und schafft die Kohle ran.
Er geht auch gern mal einen hebe,
er ist ein ganzer Mann,
Die Ehe war so glücklich,
das finden die Nachbarn auch.
Nur manchmal hat er sie verdroschen,
weil das 'ne Frau so braucht.

Sie schämte sich und dachte für sich:
Ist alles meine Schuld.
Wenn ich nur schöner und tüchtiger wäre,
verlor er nicht die Geduld".
Nur leider wurde er immer brutaler.
er brach ihr das Nasenbein.
Die Nachbarn wollten nichts davon wissen
und ließen sie allein.

Da konnte sie es nicht mehr ertragen
und ging zur Polizei.
Dort hatten sie gar viele Fragen –
ein Zeuge sollte herbei
Den konnt sie nicht beschaffen,
sie waren ja allein,
die Bullen konnten ihr nicht helfen,
der Kalle holte sie wieder heim.

Beim nächsten Krach mit ihrem Kalle,
da packte sie die Wut.
Da nahm sie ihre sieben Sachen,
doch dann verließ sie der Mut.
Wo sollte sie denn bleiben.
mit Kindern und ohne Geld?
Eine Frau in dieser beschissenen Lage
ist verlassen von aller Welt.

Das ist das Ende der Geschichte,
denn noch sieht's traurig aus.
Doch Frauen könnten Frauen helfen
in einem Frauenhaus.
Wir brauchen viele Moneten
und noch viel drum und dran.
Es hilft nicht, wenn wir dafür beten –
Drum Frauen, packt jetzt an!

(Melodie: „Sabinchen war ein...)

Der Mann kann SEINE Frau sogar ungestraft vergewaltigen, weil es laut Gesetz den Tatbestand der Vergewaltigung in der Ehe nicht gibt, d.h. der Mann hat mit dem Ehevertrag das Recht, die Erfüllung der ehelichen Pflicht von der Frau zu erzwingen.

Das Zusammenschlagen der Ehefrau ist eine besonders brutale Ausprägung der Gewalt, die das Eheverhältnis von Grund auf bestimmt und wird sogar noch gesellschaftlich legitimiert. Das kommt zum Ausdruck in Sprüchen wie„Gehst du zum Weibe, so vergiß die Peitsche nicht".

Auch die mangelnde Unterstützung mißhandelter Ehefrauen ist ein Indiz dafür, daß die Mißhandlung der Ehefrau als weniger schwerwiegend gilt als ein Überfall. So berichten Frauen, daß ihnen vor Gericht oder bei Gesprächen mit Behördenpersonen weniger als ihren Männern geglaubt würde. Häufig werden sie auch noch auf ihre Pflichten als Ehefrauen hingewiesen. Darin kommt die Haltung zum Ausdruck, eine mißhandelte Ehefrau habe die Prügel selbst verschuldet.

Die Arbeitsteilung der Geschlechter – Mann als Ernährer, Frau im Haushalt – wird als naturgegeben dargestellt. Tatsächlich ist die Rolle der Frau, innerhalb der Familie die Kinder aufzuziehen und dem Mann die Bedingungen für seine seelische und körperliche Wiederherstellung in der Freizeit zu schaffen, von fundamentaler Bedeutung für das reibungslose Funktionieren unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Familie in der heutigen Form ist auf Kosten der Frau eine billige Quelle zur Herstellung und Pflege von Arbeitskraft.

In diesem Interesse wird von staatlicher Seite der Erhalt der Ehe über das Recht der Frau auf körperliche Unversehrtheit gestellt, deshalb wird es ihr so schwer gemacht, die Ehe aufzulösen, selbst wenn der Mann sie mißhandelt.

Trotz aller Vorbehalte müssen mißhandelte Frauen unbedingt versuchen sich gegen ihren Ehemann schon jetzt zu wehren. Sie sollten unbedingt mit anderen über ihre Probleme sprechen und sich über Scheidungsverfahren, gute Ärztinnen und Rechtsanwältinnen informieren, da es um ihr Leben und ihre Gesundheit geht. Wenden Sie sich an die Telefonnummern auf der nächsten Seite. Unser Verein Frauen helfen Frauen e.V. wird demnächst umfangreiche Beratungen über diese Fragen durchführen. Ansonsten können sich Frauen an die öffentliche Rechtsberatung, den Verband alleinstehender Mütter, das Müttergenesungswerk oder die Familienberatungsstelle wenden.

„Geschlagene Frauen brauchen ein Zuhause"

Spendenkonto: 1281 / 120 152, Haspa, „Frauen helfen Frauen e.V."
Wir benötigen dringend alle möglichen Sachspenden: Betten, Schränke, Lampen, Geschirr, Bettwäsche, Handtücher, Farben, Tapeten, Matratzen, Teppiche, Linoleum, Waschmaschine, Nähmaschine, Kleidung, Spielzeug, Abzugsmaschine, Staubsauger.
Ruft uns an, wir holen die Sachen selbst ab.
Kontakt: Marianne, Tel.: 49 89 19
Barbara: Tel.: 439 72 33

Frauen helfen Frauen e.V. Entwicklung und Ziele

Mit der neuen Frauenbewegung begannen Frauen, sich zu fragen, wie lange sie all das noch hinnehmen sollen und müssen. Guter Rat allein nützt da nichts. Ja, er wird sogar kriminell, wo sich bedrohte Frauen aufgrund fehlender Alternativen wieder den Mißhandlungen aussetzen müssen – oft sogar mit tödlichen Folgen. So griffen auch in Hamburg einige Frauen aus der Frauenbewegung im Sommer 1976 zur Selbsthilfe.

Zunächst fuhren einige Frauen nach England um sich an Ort und Stelle über die englischen Frauenhäuser zu informieren. Sie sprachen mit den Bewohnerinnen und der Sozialarbeiterin Erin Pizzey, die entscheidend zur Frauenhausbewegung in England beigetragen hat, machten dabei erste Erfahrungen und sammelten viele wichtige Informationen.

In der BRD gab es bis zu diesem Zeitpunkt wohl Publikationen über die Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft, nicht aber über Aufbau und Konzept von Frauenhäusern; lediglich den Film von Sarah Haffner über die englischen Frauenhäuser, den das Fernsehen vor rund einem Jahr gesendet hat.

Kurzfristiges Ziel unserer Gruppe ist, möglichst viele Frauenhäuser in Hamburg aufzubauen, ein öffentliches Bewußtsein für die umfassende Gewalt gegen Frauen herzustellen, um u.a. mehr Druck auf den Gesetzgeber ausüben zu können und um letztlich eine Stärkung der autonomen Frauenbewegung zu erreichen. Dies kann jedoch nur Nahziel sein, denn an der Gewalt wird sich nichts ändern, solange die Männerherrschaft und Familie in ihrer jetzigen Form bestehen bleiben.

Wir gründeten den „Verein Frauen helfen Frauen e.V.". Seit Dezember '76 stehen wir im Vereinsregister. Inzwischen haben wir auch den Antrag auf Gemeinnützigkeit gestellt. Außerdem streben wir an, Mitglied in eines Dachverbandes zu werden, da wir erfahren haben, daß wir dadurch „förderungswürdiger" erscheinen."

Mit dem Stand auf dem HFBK-Frauenfest im letzten Jahr richteten wir uns zunächst mal eine weibliche Insiderinnen - Öffentlichkeit. Ergebnis war ein bißchen Geld für den Anfang und eine Stärkung unserer Initiativgruppe.

Auf einem Wochenendtreffen Anfang dieses Jahres bereiteten wir u.a. unseren Stand auf dem Winterflohmarkt vor, mit dem wir uns das erstemal an eine breitere Öffentlichkeit wandten. Wir erarbeiteten unser erstes Flugblatt und einen Spendenaufruf, der demnächst an verschiedene Firmen und Institutionen gesendet wird. (Wenn ihr noch förderungswillige Firmen, Vereine, Institutionen kennt, teilt sie uns doch bitte möglichst bald mit.) Außerdem entwickelten wir unser Frauenhauszeichen, das wir für Plaketten, Aufkleber und Plakate etc. verwenden wollen, da wir jetzt massiv an die Öffentlichkeit treten werden.

Auf unserem Flohmarktstand am 22. Januar verkauften wir Bücher zur Gewalt gegen Frauen, Klamotten, die uns Frauen unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatten und verteilten Flugblätter. Allgemein kann frau sagen, daß trotz des reichlich konsumgeilen Publikums unser Stand relativ gut „angekommen" ist. Nicht selten machten wir allerdings die Erfahrung, daß Frauen, die näher an unseren Stand rankommen wollten, der durch ein großes Transparent und mehrere große Stellwände eindeutig gekennzeichnet war, von ihren Männern am Stand vorbeigezogen wurden und sich dem Verhalten ihrer Macker mehr oder weniger willig beugten. Auch dies ist ein Ausdruck der täglichen Gewalt gegen Frauen und zeugt von einer verinnerlichten, unselbständigen Männerabhängigkeit, zu der wir mit dem ersten Augenaufschlag erzogen werden. Dies nennt man(n) dann wissenschaftlich - emotionslos „frauenspezifische Sozialisation". Aber nicht nur unserer männerfixierten Erziehung sondern auch dieser Sprache haben wir längst den Kampf angesagt.

Ein Frauenhaus aufzubauen macht unerhört viel Arbeit. Es fängt ja nicht erst mit der Häusersucherei an. Wir haben zwar ein erstes Haus in Aussicht, aber wären Euch reichlich dankbar, wenn ihr euch mal nach Häusern umhören würdet. Schließlich soll es ja auch nicht bei einem bleiben. Trotz unserer bisher geringen Öffentlichkeitsarbeit hat sich die Existenz unserer Gruppe schon rumgesprochen. Wir erhalten praktisch täglich Anrufe von Frauen, die verzweifelt eine geeignete Einrichtung suchen. Das Problem ist wirklich dringend.

Wir sind auf breiteste Unterstützung angewiesen. Wir brauchen viel viel Geld und Sachspenden. Zur effektiveren Arbeit brauchen wir auch dringend eine Abzugsmaschine.

Wenn noch Frauen in unsere Gruppen einsteigen wollen, ist dies durchaus möglich. Frauen, die jedoch bloß mal reinschnuppern wollen, weil sie diese Problematik auch interessiert, sollten lieber wegbleiben, denn ein Frauenhaus aufzubauen erfordert eine ernsthafte und längerfristige Mitarbeit.

Da wir innerhalb und außerhalb der Frauenhäuser eine umfangreiche Beratungstätigkeit aufbauen wollen und uns selbst noch Informationen fehlen, suchen wir interessierte Fachfrauen wie Juristinnen, Ärztinnen, Psychologinnen, Sozialarbeiterinnen etc., die bereit sind, das Projekt längerfristig zu betreuen.

Frauenhäuser für ein selbstbestimmtes Leben

Wir stellen uns vor, daß jede Frau – und zwar zusammen mit ihren Kindern – sofort und unbürokratisch aufgenommen wird. Problematisch wird eine solche Forderung zwar dann, wenn das Haus überfüllt ist, aber die Entscheidung darüber, w a n n es aus den Nähten platzt, muß von den dort wohnenden Frauen gefällt werden, nicht von uns oder einer „Heimleitung" oder sonstwem. Das gilt auch für den Auszug einer Frau.

Das Frauenhaus soll ein Ort sein, an dem die mißhandelten Frauen sich erholen, neue Kraft schöpfen, zu sich selbst finden und den Mut und die Energie finden können, ein selbstständigeres Leben anzufangen.

Das setzt voraus, daß in dem Haus nichts passiert, was die Frauen nicht selbst wollen. Wie anders sollten sonst Frauen, die jahrelang unselbständig gehalten worden sind, lernen, eine eigene Identität zu finden, selbstbestimmt zu handeln?

Jede Entscheidung, die das Haus und seine Bewohnerinnen betrifft, muß von den Frauen mitgetragen werden. Praktisch stellen wir uns das so vor, daß in regelmäßigen Hausversammlungen und Gruppengesprächen mehrheitliche Entscheidungen gefällt werden. Aber auch zur Teilnahme an diesen Versammlungen soll keine Frau gezwungen werden.

Wichtig ist, daß die Frauen immer Ansprechpartnerinnen finden. Darum halten wir es für gut, wenn eine hauptamtliche Sozialarbeiterin regelmäßig im Haus anwesend ist – im „Schichtwechsel" mit anderen Frauen aus der Frauenhausinitiative. Für die Beantwortung von „Fachfragen" sollen dann auch z.B. Ärztinnen, Rechtsanwältinnen, Psychologinnen zur Verfügung stehen. Außerdem sind wir aus der Frauenhausinitiative zur Zeit dabei, uns mit Ehe- und Scheidungsrecht, Wohn- und Sorgerecht auseinanderzusetzen, um die Frauen gezielt beraten zu können. Selbstverständlich wollen wir Ihnen auch bei der Wohnungs- und Arbeitssuche helfen.

Sehr wichtig ist uns auch, daß wir Kinder- und Jugendgruppen schaffen, um die Mütter von der Betreuung der Kinder weitgehend zu entlasten und den Kindern einen eigenständigen Freiraum zu geben. Optimal wäre natürlich ein eigener Kinderladen oder ähnliches und ein separates Haus für die älteren Jugendlichen, so wie es das in Chiswick in England z.B. gibt. Aber das wird erstmal wohl ein Wunschtraum bleiben.

Männer sollen bei uns im Frauenhaus grundsätzlich nicht mitarbeiten. Allerdings sollen auch hier – vor allem in Bezug auf die Erzieher der Kinder – die Frauen selbst die letzte Entscheidung treffen.

Wichtig ist das Prinzip der Selbsthilfe im Frauenhaus, d.h., daß die Frauen sich gegenseitig unterstützen und ihr Verhalten miteinander verändern.

Obwohl wir schon ganz bestimmte Vorstellungen davon haben, wie unsere Frauenhäuser aussehen sollen, ist eines sicher: diese Konzepte müssen immer an der Wirklichkeit – das heißt vor allem an den Bedürfnissen der Frauen – gemessen werden. Nur so kann das Haus ein autonomes Frauenhaus für autonome Frauen werden.

Barbara und Marianne haben für das Frauenhaus die Artikel geschrieben.

Anzeige

FRAUEN KNEIPE
2000 HAMBURG 50 – REEMTSMASTR. 39 – B.R.D.
Tel. 436377

jeden Montag, 18.30 Uhr – MASSAGE LERNEN
13.2.–18.2. Ökologie-Ausstellung
jeden Freitag 14.–16 Uhr TANZGRUPPE
23.2. 15.30 Uhr Kaffeetrinken für ältere Frauen
täglich geöffnet ab 10.00 Uhr

Scheidungsratgeber

Endlich haben wir unseren Scheidungsratgeber fertig!
Der sagt etwas über das alte und neue Scheidungsrecht und die Scheidungsfolgen und soll Frauengruppen bei ihrer Frauenberatung helfen, auch die rechtliche Seite der Scheidung einzubeziehen. Der Ratgeber soll aber auch einzelnen Frauen helfen, die mit der Frage der Scheidung konfrontiert sind.
Bezug: Gina Holz, c/o Petra Ewe, Neuenfelderstr. 4, 2102 HH 93. 1,50 DM + 0,70 DM. Porto pro Ratgeber, nur gegen Vorkasse. Konto: Postscheck HH 3543 29 — 202 (BLZ 200 100 20), Petra Ewe, Stichwort Scheidungsratgeber.
Hamburger Jurafrauengruppe

Rock'n Roll Rebellion

Punk Rock aus England in Hamburg

Ende Februar werden Hamburger Jugendliche und Rock'n Roll-Anhänger mit einer aus England importierten, neuen Musik-Welle konfrontiert. Der „Punk -Rock" machte nach einigen spektakulären Ereignissen zwar Schlagzeilen in den Tageszeitungen, seine Entstehung, Ausdrucksformen und Folgen blieben jedoch so gut wie unbeachtet. Als ich einige der Punk-Bands in London erlebte, hatte ich angesichts von Kurzhaarschnitten, Rasierklingen und Hakenkreuzen schnell eine Einschätzung zur Hand: Rock'n Roll-Faschismus. Daß es so einfach nicht ist, zeigt ein Blick unter die Oberfläche.

In Krisenzeiten werden besonders Jugendliche aus den Unterschichten aufnahmebereiter für Ideologien und Erscheinungsformen gegensätzlicher gesellschaftlicher Richtungen: die Vergnügungsindustrie macht ihre Profite. Wie schon in den USA der 50er und 60er Jahre mit seinen Massen unterdrückter Jugendlicher, versuchen jetzt im krisengeschüttelten Vereinigten Königreich, ebensolche Jugendliche ihre Gefühle, ihre hoffnungslos erscheinende Situation z.B. als Arbeitslose, mit der Gitarre auszudrücken. Der Punk-Rock mit seiner kompakten Mischung aus Lautstärke, Aggressivität, Spontaneität und einfachen, direkten Texten vermag wohl am ehesten das Lebensgefühl illusionsloser Jugendlicher anzusprechen. Viele Musiker haben die Schnauze voll von einschläfernder Pop-Musik, die in großen Hallen weit weg vom Publikum produziert wird. Diese Rebellion läßt sich an zwei widersprüchlichen Extremen beschreiben. Die eine Richtung: Bands greifen zu naheliegenden, emotionalisierenden Shows, in denen der Fan sich wiederzufinden meint. Die Zerstörungswut, die der Punk -Held auf der Bühne vormacht, wird blind auf die eigene Umwelt, auf das eigene Verhalten angewandt und mit Stärke-Symbolen wie Hakenkreuzen stilisiert. Wer lange Haare hat und z.B. einen Auftritt der „Damned" besucht, muß mit handgreiflichen Aggressionen rechnen.

Die andere Richtung: Musiker und Publikum versuchen, „ihre" Musik auf ihre Entstehungszusammenhänge in den gesellschaftlichen Verhältnissen zu beziehen und diese zu verändern. Einige Punk-Rock-Gruppen in London treten bei Stadtteil - Veranstaltungen oder für Komittees von Farbigen auf. Die Polizei versucht, gegen fortschrittliche Gruppen vorzugehen. Punk Gruppen wie The Clash und The Stranglers unterstützen sich auch finanziell und organisatorisch. Anders als intellektuelle Politrock-Gruppen in der BRD sind einige Punks in der Lage, ihr Publikum in der Kneipe um die Ecke direkt anzusprechen.

Unter Berücksichtigung der englischen Verhältnisse ist die Frage schwer zu beantworten, was die Punk-Bewegung für uns bedeutet, ob sie z.B. eine kommende und integrierte Mode-Erscheinung wird. Derartige Probleme können – neben der Lektüre englischer Musik-Zeitungen – am ehesten durch die Erfahrung von „live"-Auftritten diskutiert werden; dieser Artikel will keine fertige Analyse sein sondern will Fragen stellen, bevor es losgeht: Patti Smith aus New York kommt, die berüchtigten Sex Pistols und andere aus England sollen kommen. Die ersten sind die vier Jungs der Londoner Gruppe „The Vibrators", die sich den, wie sie sagen, „aufgesetzten Ideologien" des Punks nicht verpflichtet fühlen. Ihre Auftritte waren musikalisch das Spannendste, was ich in der Londoner Punk -Szene erlebt habe; sie knüpfen an die frühen Rolling Stones, die Stooges, Doors und MC 5 an. Termine: 24. Februar im Winterhuder Fährhaus und 27. Februar im Grünspan.

A. Pank

Patti Smith, Punk-Rock-Star aus New York, wird mit ihrer Gruppe am 13. März in Hamburg sein. Siehe auch unseren Bericht.

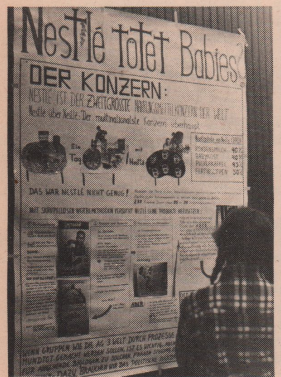
TÖTET NESTLÉ BABYS ?

Nestlé ist verantwortlich für den Tod von Babies.

Die Frauengruppe-Biologie, der Uni Hamburg, veranstaltete am 26.1.77 einen Informationsabend über den Nestlé Konzern. Thema der Veranstaltung war „Nestlé sei durch ihre Verkaufspraktiken für den Tod oder die bleibende geistige und körperliche Schädigung tausender von Kindern verantwortlich."

Die effektivste Form, die Armut zu beseitigen, ist die Vernichtung der Armen –
Die eleganteste Form ist, Ihnen Mittel zu geben, sich selbst zu vernichten –
Die wirtschaftlichste Form ist, Ihnen diese zu verkaufen –
Die sicherste Form ist, Ihnen Kredite dafür zu geben –
Die gebräuchlichste Form hierfür nennt man wirtschaftliche Zusammenarbeit."

Terre des Hommes



1974 erschien die Broschüre „Nestlé tötet Babies", die von der Berner AG 3. Welt publiziert und vertrieben wurde. Diese Dokumentation deckt die Machenschaften der Milchkonzerne in der 3. Welt auf. Prompt erhob Nestlé Ehrenklage in vier Punkten.

Drei Punkte, auch oben genanntes Zitat, zog der Konzern vor Prozeßbeginn zurück. Die Verurteilung der AG 3. Welt erfolgte dann aufgrund der Argumentation: der Titel, „Nestlé tötet Babies" heiße, Nestlé habe vorsätzlich oder fahrlässig strafbare Handlungen begangen. 1975 entstand der Film „Flaschenkinder", der die Praktiken Multinationaler Nahrungsmittelkonzerne, wie Nestlé, in Entwicklungsländern am Beispiel Kenias aufzeigt.

Wir, die Biologie-Frauengruppe zeigten diesen Film während des Streiks im Dezember 1976. Nach dem Aufhängen einer Wandzeitung, die den Film ankündigte, reagierte Nestlé durch Fernschreiben mit dem ASTA und der Rechtsstelle der Uni. Im Fernschreiben vom 1.12.76 hieß es: „Wir sind zu jedem sachlichen Gespräch bereit und geben jedem Interessenten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Informationen . . ."

Dies nahmen wir wörtlich und organisierten die Veranstaltung für den 26.1.77, zu der wir einen Vertreter des Nestlé-Konzerns einluden. Mit dem Schreiben vom 24.1.77 sagte Nestlé ab. Sie machten:

„. . . diesen konstruktiven Vorschlag: Wählen Sie aus Ihrer Mitte einige Komilitoninnen . . . als Diskussionspartner . . . Auf diese Weise käme dann ein kleiner Kreis zusammen „. . Sie alle . . . hätten mehr davon . . . denn es bedeutet den Dialog. Das erscheint uns besser als Monologe über viele Köpfe hinweg."

Die Uni-Verwaltung teilte uns einen Tag später mit, daß beleidigende oder verleumderische Inhalte Schadenersatzforderungen nach sich ziehen könnten. Sie orientierte sich am Jahresumsatz, Nestlé 18 Mrd. Franken, des Unternehmens. Offensichtlich bevorzugt Nestlé durch Druck auf Behörde und Verwaltungen derartige Informationsveranstaltungen zu verhindern. So ist z.B. das zeigen des Films an der Uni Göttingen kurzfristig abgesagt und an den Schulen in Baden-Würtenberg gänzlich verboten worden.

Wer ist Nestlé?

Die „angesehene" Firma Nestlé Alimentana S.A. ist der zweitgrößte Lebensmittelhersteller der Welt und der multinationalste Konzern überhaupt. Wem das nichts sagt, dem seien die bekanntesten Nestlé-Produkte aufgezählt:

Bärenmarke	Goldener Oktober
Chambourcy	Lactogen
Findus	Langnese
Beba	Libby
Caro	Maggi
Nescafé	Nidina
Nesquick	Blaue Quellen
Nestlé	Montblanc
Sarotti	Gervais
Thomy	Frisco

Enthalten sind ebenfalls Produkte der Tochtergesellschaften und der Firmen, an denen Nestlé beteiligt ist).

In den Industrieländern hat Nestlé einen Marktanteil von 40%.

Entwicklungshilfe durch Nestlé?

Im Rahmen seiner Ausdehnung fand Nestlé in den Entwicklungsländern einen schier unerschöpflichen Absatzmarkt. Hierbei konzentrierte sich Nestlé unter anderem auf den Sektor der Babynahrung, was von den Ärzten und Regierungen in den Entwicklungsländern zunächst durchaus begrüßt wurde. Nestlé galt fortan auch in Europa als ein Konzern, der vorbildliche Entwicklungsarbeit leistete, zumal große Mengen Babynahrung kostenlos abgegeben und Fortbildungsmöglichkeiten für Ärzte im Rahmen von Kongressen finanziert wurden.

Daß Nestlé nicht allein aus humanitäten Beweggründen einen derartigen finanziellen Aufwand u.a. durch den Bau von 95 Fabriken in 30 Entwicklungsländer betreibt, läßt sich daran erkennen, wie Nestlé ihre Produkte vertreibt. Mit groß angelegten Werbekampagnen, unter Ausnutzung von Radio, Fernsehen, Plakaten und Babykalendern versucht der Konzern, seine Produkte an neue Kunden zu bringen, Sogenannte „Milchschwestern", von Nestlé angeworbene staatliche Krankenschwestern, fahren von Dorf zu Dorf, erklären den Gebrauch der Milchflasche und lassen kleinere Mengen Trockenmilch zurück. Verbraucht die Mutter nur versuchsweise die Proben, so muß sie auch weiterhin Trockenmilch füttern. Denn bei Ausbleiben des Saugreizes hören bereits nach drei Tagen die Milchdrüsen zu arbeiten auf.

Infolge der unsterilen Flaschenernährung erkranken und sterben tausende von Kindern an Magen- und Darminfektion. Abwehrstoffe gegen diese Krankheiten können die Kinder nichtalleine entwickeln, sondern nehmen sie normalerweise mit der Muttermilch auf. Außerdem beträgt der Kostenanteil für Baby rockenmilch auf. Außerdem beträgt der Kostenanteil für Babytrockenmilch bis 63,3% (Ägypten) des Nettoeinkommens einer Familie. Daher verdünnen die Mütter die Trockenmilch so stark, daß ihre Kinder regelrecht an die Babynahrung verhungern.

Frauengruppe Biologie
Kontakt über die Redaktion

Weitere Inforamtionen und Adressen von Gruppen sind in den Taschenbuch: Exportinteressen gegen Muttermilch, rororo 4065 enthalten. (Preis 4,80)
Der Film „Flaschenkinder" ist über den „Zentral Film Verleih" Karl Muck Platz 9, 2000 Hamburg 36, Tel.: 34 55 44 auszuleihen.

Verlag Association GmbH

M. Grüttner
Wem die Stadt gehört
Stadtplanung und Stadtentwicklung in Hamburg 1965 - 1975

Warum ist gegenwärtig um Hamburg herum die größte Konzentration von Atomkraftwerken in der BRD geplant? Werden dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen? Ist die Umstrukturierung von Sanierungsvierteln nur das Werk privater Einzelspekulanten? Welche Rolle spielen dabei „gemeinnützige" Wohnungsbaugesellschaften wie die Neue Heimat? Fühlen sich 80 % der Bewohner neuer Schlagstädte wohl, wie von Behörden und Baugesellschaften behauptet wird? Gibt es Zusammenhänge zwischen Industrieansiedlungspolitik, Sanierung der Altbauquartiere und dem Bau neuer Stadtrandsiedlungen? Welche Widerstandsformen haben die Bewohner der Region gegen die kapitalistische Umstrukturierung ihrer Umwelt entwickelt?
Zu diesen und vielen anderen Fragen versucht das Buch Material zu liefern, Zusammenhänge aufzuzeigen, Antworten zu geben.
„Die anschauliche Vermittlung von ‚hard facts', die Analyse größerer Zusammenhänge und neuer Trends, vermischt mit Material über ‚handfeste' Alltagserfahrungen machen Grüttners Buch besonders lesenswert."
Szene-Hamburg, Nr. 8/1976
„Dieses brisante Buch sollte von möglichst vielen Mitgliedern von Bürgerinitiativen gelesen werden."
Umweltschutz-Informationen, Nr. 8/1976

Hamburger
Referendarbuch
für Referendare und solche, die es werden wollen

Verfasser dieses Buches ist eine Gruppe von Referendaren und Junglehrern. Sie hoffen, mit ihren Erfahrungsberichten, strategischen Überlegungen und praktischen Tips das (auch politische) Überleben in der zweiten Ausbildungsphase zu erleichtern. Die Hinweise
– zum personalärztlichen Dienst
– zur Organisierung der Seminararbeit
– zum Umgang mit allen Arten von Vorgesetzten und Ausbildern in Seminar und Schule
– zur Hospitations- und Prüfungsbewältigung
– zur Gewerkschaftsarbeit
– zur Arbeitslosigkeit u.v.a.
sind auch für den täglichen Kleinkrieg des Referendaralltags in anderen Bundesländern zu gebrauchen. A6 176 S., DM 6,–

2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
(040) 417484

KLEINANZEIGEN

Kostenlos sind Kleinanzeigen, wenn jemand etwas verschenken möchte und 1 Zimmer, 1 Wohnung oder 1 Mitfahrgelegenheit anbietet. Andere Anzeigen sind spottbillig: 2.– DM in Briefmarken. DIE ANZEIGEN SIND AUF 8 ZEILEN beschränkt. Alle weiteren angefangenen 5 Zeilen kosten 5. – DM. Telefonisch werden keine Anzeigen angenommen! In die Rubrik Kleinanzeigen nehmen wir keine gewerblichen Anzeigen auf. Wir behalten uns vor Anzeigen nicht zu veröffentlichen.

Wir, Jan, Götz, Bärbel, wollen gern eine Freak-,Sponti-, Frauen-, Schwulen- und Anarchosauna aufbauen (mein Gott). Uns stinken die teuren und piekfeinen Clubsaunen. Wie, wo und wovon wissen wir selbst noch nicht. Erstmal wollen wir rauskriegen, ob auch noch andere Leutchen Bock darauf haben. Ruft mal an, um einen Termin abzumachen:
Tel. 43 98 940

WG gesucht: 4 Berliner (1 Mann, 1 Frau, 2 Kinder, 6 Jahre und 6 Monate) suchen große Wohngemeinschaft in Hamburg (möglichst zentral). Bitte anrufen: Dorle, Tel. 030/612 65 41 oder Jens, HH/34 55 44.

Suche Mitfahrgelegenheit nach Paris am 20. Februar. Habe auch Führerschein. Samy, Tel. 58 63 19.

Wer schenkt mir eine elektrische Schreibmaschine? Brauch endlich mal schreibwaren Untersatz. Tel.58 63 19.

Anita 26, Rainer 28, — wir möchten Leute kennenlernen, die mit uns ab Sommer ein längerfristiges Projekt auf dem Lande (evtl. auch südl. Ausland) aufbauen. Geplant: handwerkl. Arbeiten, Kinderspielzeug und —bücher, später auch Ferien — arbeit mit Kindern, landwirtschaftl. Selbstversorgung. Wer weiß einen größeren Hof, den wir günstig pachten können. Suchen auch Kontakte zu ähnlichen Projekten. Anita Gruner, 1 Berlin 44, Maybachufer 8, Tel. 030/693 16 97

Die „Große Freiheit" braucht für geschenkt eine Abzugsmaschine, Schreibmaschine.

Suche längerfristigen Job 25 Stunden wöchentlich mind. 10.— DM / Std. mögl. Innenstadt, Altona oder Eimsbüttel. Führerschein K l. 3; Uwe 49 93 10.

Schwulenzentrum
Am 25.Febr. 77 ist wieder große Fete im Schwulentrum. Ab 20.00 Uhr Remmidemmi auf allen Rängen. Carsten-Rehderstr. / Buttstr. 50 im KC am Fischmarkt.

Auto zu verkaufen!
R 4, Bauj. 69, techn. 1a-ansonsten 1 b, zu verkaufen. Preis 750.— DM. Tel.: 410 42 62.

Jugendzentrum Hamm Süd, Ausschlägerweg 88
26.2. Eine Woche nach der Brokdorf Demonstration. Augenzeugenberichte und Aufnahmen um 17 h.
25.2. Frauenfete um 19 Uhr.
4.3. ein Film über Rocker um 19 h.
18.3. vermutlich der Film „Salz der Erde", um 19 h.

Ausstellungen
ZUM GREIFEN NAH, szenische Fotografien zwischen Traum und Wirklichkeit, von Jaschi Klein, sind vom 10.2. — 10.3. im Borchers Cafe und Destilation, Geschwister Scholl Str. 1 zu sehen. (Von 12.00 bis 1.00).

Veranstaltungen
„Jour fixe"
Buchvorstellungen und Autorenlesungen jeden 1. Dienstag im Monat bei PAKI, Schlüterstr. 86, 2000 Hamburg 13.

Termine
Jeden Montag treffen sich um 19.30 Uhr Zivildienstleistende im Martin-Luther-King - Haus, Grindelalle 9, Raum 201. Schwerpunkt Ihrer Informationsarbeit ist zur Zeit die für 1. April vorgesehene Kasernierung von ca. 380 Zivildienstleistenden in Castrop-Rauxel.
Selbstorganisation der Zivildienstleistenden ZDL, Gruppe Hamburg, Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13.

Europäische Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus

– Arbeitsmaterial –
Gegen 2.60 DM in Briefmarken ist diese Broschüre bei der Antifaschistischen Gruppe c/o Schwarzmarkt Bundesstr. 9, 2000 Hamburg 13 erhältlich.
Sie enthält den Text der Konvention, Anmerkungen belg. Juristen, franz. Zeitungsartikel und eine Chronologie der Entstehungsgeschichte.

Brühwarm mit Männercharme

Hamburger schwules Theater in der Markthalle

Am 17.2.77 geht mann /frau um 20.30 Uhr in die „Markthalle" am Hbf. Dort könnt ihr nämlich an einer Uraufführung ganz besonderer Art teilnehmen. Die Gruppe „Brühwarm" wartet mit dem „schamlos schwulen" Theaterspiel MÄNNERCHARME auf, einem Spektakel mit Farbe und Knallern in Szenen zum (Nach-)Denken und freuen, eine glitzernde Show im Fummel, Leder und Stöckelschuh, ein Spiel für Leute mit Leuten. Die „Brühwarms" sind die erste bundesdeutsche Schwulentheatergruppe, sie erarbeiten und produzieren ihre Stücke in Eigenregie. Vorverkaufskarten könnt ihr Euch in der „Hälfte des Himmels", Schlüterstr. und im „Revoltshop", Pulverteich besorgen. Am So., 27.2. gibt es eine Matinee-Vorstellung (Beginn 12.oo Uhr) nur für Männer. Weitere Aufführungen in der „Markthalle" -Klosterwall 9 – 21 Uhr am Hbf. –
im Februar: 18./19./25./26.
im März: 2./3. jeweils 20.30 Uhr.

„Brühwarm" – ein schwuler Jahrmarkt, so hieß ihr erstes glamouröses Theaterstück, das mit viel Erfolg vor ca. einem Jahr von der Gruppe uraufgeführt wurde. Mit dem „schwulen Jahrmarkt" zogen sie einige Monate im In- und Ausland umher – und schockierten, sensibilisierten, agitierten, emotionalisierten und faszinierten sie, da sie sich in poweriger Manier, lustvoll – offen und aggressiv zu ihrem Schwulsein bekannten. Ähnliche Reaktionen sind wohl auch mit dem neuen Stück zu erwarten, aber in „Männercharme" wird doch anders getönt, getöllt und gefummelt werden, denn bei „Brühwarm" hat sich im letzten Jahr so einiges getan und „Männercharme" drückt sie so aus wie sie heute sind. Sie haben versucht, sich ein bißchen mehr aus ihrer eigenen schwulen linken Maske hervorzuschälen und bleiben stärker an sich selbst dran. Ihre Auseinandersetzung mit Realität und Vergangenheit findet auf einer subjektiveren, emotionaleren Ebene als beim „schwulen Jahrmarkt" statt, in dem sie uns u.a. den Rosa Winkel* in unser Bewußtsein spielten. „Alles wird gleich analysiert und hinterfragt, wir wollen uns einfach so geben wie wir sind, wie wir uns empfinden und das versuchen, was uns Spaß macht."

das hamburger „Brühwarm"-Kollektiv beim Abendessen.

Von der alten Brühwarm-Besetzung (Ödipuskollektiv) sind nur noch Ralph und Corny übriggeblieben. Hinzugetraut haben sich Danny, Lutz, Götz und Ralph von „Ton Steine Scherben", der die Musik für „Männercharme" kompniert. Danny, einer aus dem Cola-Kultur-Land, lebt seit einigen Jahren in der BRD: „Theater ist für mich kein unprobiertes Medium, dennoch bedeutet Arbeit an einem schwulen Theaterstück das erste Mal, wo ich dieses Medium mit persönlichen Erfahrungen und Engagement füllen kann." Hans kommt aus Aachen, hat Städteplanung studiert (um was in petto zu haben): „ . . . dazu kommt, daß ich durch das mitspielen endlich einmal in der Situation bin, mich als schwul öffentlich darzustellen. „Danny und Hans sind seit März bei den Brühwarms und waren auch schon bei der Tournee mit dem ersten Stück von der Partie. Götz ist im Herbst dazugestoßen, er hat als Diakon gearbeitet und Sozialarbeit studiert, ein Jahr Körperbewegung in Frankfurt haben ihm das Theater nahegebracht: „Ich habe einfach Lust Theater zu machen und schwules Theater hängt nahe bei mir, so ist das auch mit dem neuen Stück."

Brühwarm mit Männercharme

Als Folge der gemeinsamen Theaterarbeit sind alle sechs zusammengezogen, leben von der gemeinsamen Kasse und müssen ab und zu, wenn's Geld knapp wird Jobben gehen, auch um Kostüme u. Ausrüstung des neuen Stücks zu finanzieren.

Nach wenigen Wochen des Zusammenlebens haben sie ihre Individualbereiche zugunsten eines großen gemeinsamen aufgegeben. „Das hat sich halt alles so ergeben, auch unterstützt durch die Tournee. Ob das alles in einer anderen Besetzung klappen würde, wissen wir nicht."

In Männercharme wird schwules Leben und Denken auf die Bühne gebracht,
„Das was ruberkommt, das sind wir".
Also: Put a little colour in your life
. . .probiers mit dir
machs Dir mal
richtig warm
mit Männercharme . . .

bis, Marianne

*
Der Rosa Winkel war das Zeichen der Schwulen in KZ. Sie waren die Häftlingsgruppe, die in der Gefangenenordnung an unterster Stelle stand und in keinem Geschichtsbuch erwähnt werden.

Wir Schwulen sind wieder aktiv

Homosexuelle Aktion Hamburg

Homosexuelle Aktion Hamburg

Es gibt jetzt das Schwulenzentrum (SZ) im Kommunikationszentrum am Fischmarkt (Carsten-Rehder-Str. / Buttstr. 50).
Bis auf weiteres haben wir freitags abends ab 20.00 Uhr und sonntags ab 15.00 Uhr geöffnet. Freitags gibt's laute (starke) Musik zum rumhoppeln und mitgröhlen. Sonntags wird's dann (be)sinnlich, bei Tee, Tratsch und Talglichtern.
Das Schwulenplenum (Achtung: politisch!) findet an jedem zweiten Freitag des Monats statt. Zu den großen Feten wird gesondert gebeten. Soweit der Formalkram.
Natürlich haben wir die dicken Rosinen im Kopf mit großen Aktionen, Emanzipation, politischer Arbeit und neuen Beziehungsformen. Die Schwierigkeit ist bloß, daß ach so viele Schwestern nur durch fertig vorfabrizierte Dinger hinter ihren Öfen vorgelockt werden können. das heißt, daß wir – der Orgasmusausschuß (O.A.!) – fast alles allein anleiern müssen. Ob es der Dienst im Schwulenzentrum ist (Heizen, Dasein, Tee kochen etc.) oder ob eine Aktion geplant werden soll, immer sitzen wir fast alleine da. Nur zum Plenum kommen viele Herrschaften und scheißen klug. Was uns nottut sind energiegeladene Schwule und Seelenverwandte aller Schattierungen, die die Röcke raffen und mittun.
Folgende Dinger stehen an:

1. konkrete Diskussion zum Thema Tunte – Sozialismus (und Aktionen dazu).
2. Schwulenunterdrückung – Lust am Schwulsein
3. Schwule Männergruppen und Lust, Geilheit, Spaß und Theorie (?)

zu 1. es geht um die zwar nicht neue, aber anscheinend immer noch nicht völlig ausgeklüngelte Frage, ob die Tunte ein guter Sozialist sein kann; ob es gut ist die Werktätigen mit tuntigem und offen schwulem Verhalten zu erschrecken; ob der Schwule überhaupt mit nichtschwulen Genossen zusammenarbeiten kann oder ob die Ablehnung der Schwulen durch die „Heterolinke" zu stark und die „Toleranz" zu oberflächlich ist. (Ich glaube, daß es mit Spontis am besten geht!) zu 2. es gibt bei uns eine starke „Lustschwestern-Fraktion, die trotz der beschissenen Lage der Schwulen – Unterdrückung am Arbeitsplatz (Lehrer !), Schweißsubkultur und Ablehnung allerwegen –, meinen, daß es doch auch tierisch Spaß macht, schwul zu sein: mit Männern, Jungs und Tunten zu ficken, zärtlich zu sein, rumzukreischen, sich im Fummel (Kleider) zu schmeißen und auf windschiefen Pumps durch die Gemeinde zu staken. Ich gehöre zu dieser Fraktion und finde es Krönung im Frühjahr eine Straßenaktion zu machen, die die „schönen Seiten" des schwulen Lebens vorführt. 1. aus Bock sowieso, und 2. um den Schwestern, die sich noch nicht trauen, denen es schlecht geht, auch ein bißchen Auftrieb zu geben: wenn es einmal raus ist, daß du eine schwule Sau bist, dann genieße dein Schwulsein auch nach besten Kräften. Zu 3. in den schwulen Männergruppen wollen wir uns zum einen (wiedermal) emanzipieren, d.h. etwas zusammen machen, zusammen reden und möglichst auch lieb zueinander sein; zum anderen zu Problemen arbeiten wie: Schwuler Lehrer sein, in einem Russel-Tribunal zur Unterdrückung in der BRD einen Schwulenbeitrag leisten, schwules Kinowochenende organisieren und was uns und vielleicht Euch sonst noch einfällt. Ach ja:

Unser neuer Spruch ist: lieber schwul als cool!

BERUFSVERBOT FÜR RECHTSANWALT ?

Anfang Oktober 1976 begann vor dem Ehrengericht für die Bezirke der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer das Ehrengerichtsverfahren gegen RA. W.D. Reinhard mit dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verhängung eines vorläufigen Berufsverbotes. Am 11.10.76. dem 3. Verhandlungstag, verkündete das Ehrengericht den Beschluß, das Verfahren bis Mitte Januar 1977 auszusetzen. Seit dem 13. Januar 1977 wird das Verfahren fortgesetzt.*

*Die endgültige Entscheidung wird am 1. März 1977 erwartet.

In der Antragsschrift der Staatsanwaltschaft auf Verhängung eines vorläufigen Berufsverbotes werden Reinhard im wesentlichen folgende Vorwürfe gemacht:

1. Reinhard soll in dem Ermittlungsverfahren in der Mordsache Ulrich Schmücker die Aussagen seiner damaligen Mandanten (u.a. Ilse Jandt, Jürgen Bodeux), die als Zeugen vernommen werden sollten, aufeinander abgestimmt haben sowie versucht haben, seine Mandanten zu einer Aussageverweigerung zu bestimmen;
2. Reinhard soll gegenüber seinen Mandanten in dem damaligen Ermittlungsverfahren geäußert haben, daß es nicht richtig sei, daß die Rechtsanwälte erst ihr Honorar bekämen, wenn ein Prozeß anstünde; sie sollten vielmehr gleich an der Verteilung der Beute aus Banküberfällen beteiligt werden;
3. Reinhard habe unzulässigerweise unter dem Mantel der „Verteidigerpost" (damals noch unkontrolliert!) Lesestoff an seine in Untersuchungshaft sitzende Mandantin Ilse Jandt geschickt, so u.a. ein im Auftrage der Rechtsanwaltskammer in Stuttgart erstelltes Gutachten über die Zulässigkeit der damals in Stammheim eingerichteten Panzerglaskäfige für Verteidigergespräche.

In der Nacht vom 4. zum 5. Juni 1974 wurde Ulrich Schmücker im Berliner Grunewald erschossen. Unmittelbar nach der Auffindung der Leiche Schmückers hatten die Ermittlungsbehörden eine Verbindung Schmückers zur sog. „Wolfsburger Gruppe", bestehend aus Ilse Jandt, Jürgen Bodeux, Wolfgang Weßlau, Wolfgang Strücken, Rudolf Löffler, Annette v. Wedel und Götz Tilger herausgefunden. Reinhard war zu diesem Zeitpunkt der Vertrauensanwalt von Ilse Jandt und einigen anderen der Gruppe (man beachte: damals war es auch noch möglich, daß ein RA. in einem Strafverfahren mehrere Angeklagte gleichzeitig vertreten konnte, denen dieselbe Tat vorgeworfen wurde!) Die Staatsanwaltschaft bediente sich nun des folgenden Tricks; obwohl von vornherein für die STA feststand, daß die Wolfsburger Gruppe zu dem engeren Kreis der Tatverdächtigen gehörte, wurde offiziell „gegen unbekannt" ermittelt. Das gab der STA die Möglichkeit, die unmittelbar Tatverdächtigen zunächst als „Zeugen" zu vernehmen und nicht als Beschuldigte. Der Vorteil dabei ist, daß ein Zeuge sich nur auf ein Aussageverweigerungsrecht berufen kann, wenn er angibt, daß die Antwort ihn selbst belasten würde oder er mit dem Beschuldigten verwandt ist. Wer aber ist schon mit „unbekannt verwandt? In dieser Situation erschienen bereits die ersten Berliner Morgenblätter mit einem Bild von Jürgen Bodeux und der Unterschrift, dies sei der Mörder. Die Berliner Staatsanwaltschaft hatte es also nicht einmal für nötig befunden, vor der Öffentlichkeit den Beschuldigtenstatus der Wolfburger Gruppe zu verbergen.

Nachdem nun einige Mitglieder die Ladung zur Zeugenaussage erhalten hatten, so die Antragsschrift der STA in Hamburg, solle Reinhard seinen Mandanten geraten haben, auch als Zeugen die Aussage zu verweigern und lieber Beugehaft in Kauf zu nehmen. Dies sei, so die STA, mit den standesrechtlichen Pflichten eines Anwaltes nicht vereinbar.

Wie sich im Laufe des Ermittlungsverfahrens zeigte, war die Aussagebereitschaft der Gruppenmitglieder unterschiedlich. Einer von ihnen tat sich besonders hervor: Jürgen Bodeux, damals ebenfalls Mandant von Reinhard. Aufgrund seiner umfangreichen Aussagen, die sich – ähnlich wie bei Ruhland und Müller – dadurch hervortaten, daß er die Mitglieder der Gruppe belastete und je nach Bedarf seine Aussagen wieder korrigierte, startete Ende November 1974 die „Aktion Winterreise."

Bei dieser bundesweiten Aktion wurde Reinhard früh morgens verhaftet, seine Privaträume und Büroräume, die er zu dieser Zeit mit den Rechtsanwälten Günnemann und Jacobi teilte, wurden ohne Rücksicht auf Proteste dieser beiden Anwälte durchsucht und auf den Kopf gestellt. Reinhard saß dann sechs Wochen lang in Haft in Karlsruhe. Die Ermittlungen führte damals der Generalbundesanwalt. Zentraler Vorwurf im Haftbefehl: Bodeux's Aussage, Reinhard wollte an der Verteilung der Beute aus Banküberfällen beteiligt werden. Der Ermittlungsrichter am BGH wies im Haftprüfungstermin die Aussage Bodeux's als unglaubwürdig zurück und ließ Reinhard Anfang Januar 1975 frei. Bereits zweieinhalb Wochen später erreichte der GBA die erneute Verhaftung von Reinhard. Diesmal dauerte es sieben Wochen, bis er wieder entlassen werden mußte.

Der Vorsitzende

Seit seiner letzten Haftentlassung übt Reinhard seinen Beruf unbeanstandet aus, also nunmehr seit über anderthalb Jahren. Das gegen Reinhard eingeleitete Ermittlungsverfahren der Generalbundesanwaltschaft wurde im Juni 1976 wegen minderer Bedeutung (!) an die STA in Hamburg abgegeben. Fast gleichzeitig, noch im Juni 1976, hat die Staatsanwaltschaft in Hamburg den Antrag auf vorläufiges Berufsverbot mit der Begründung gestellt, daß aufgrund der schwerwiegenden (!) Vorwürfe das Verbleiben Reinhards in der Anwaltschaft keinen Tag länger (!) mehr geduldet werden könne. Man beachte: alle Vorwürfe stammen aus dem Jahr 1974! Der Vollständigkeit halber sei noch anzufügen, daß der Verteidiger von Reinhard trotz wiederholter Anträge bis zum 11.10.76 die Akteneinsicht aus dem Ermittlungsverfahren von der GBA verweigert worden ist.

Diese Widersprüche mögen für sich allein schon Anlaß sein, um nachdenklich zu werden. Die konkrete Situation vor dem Ehrengericht hat für Reinhard indes noch eine andere Qualität. Wie aus Pressemeldungen bekannt ist, sind die Mitglieder der Wolfsburger Gruppe in der ersten Instanz zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden, Ilse Jandt als „geistige Urheberin" der Tat zu lebenslanger Freiheitsstrafe. Lediglich Jürgen Bodeux hat gute Aussicht, bald wieder zu Hause zu sein. Reinhard hat kurz nach seiner ersten Verhaftung das Mandat für seine Mandanten aus der Wolfsburger Gruppe niedergelegt, um Interessenkollisionen mit seinem eigenen Verfahren im Interesse der Gruppenmitglieder zu vermeiden. Dennoch ist Reinhard auch heute noch an seine Schweigepflicht als Rechtsanwalt gegenüber seinen ehemaligen Mandanten gebunden und hat sie bis heute gewahrt. Dies ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil alle Angeklagten im Schmücker-Prozeß in Berlin – bis auf Jürgen Bodeux – sich auf ihr Aussageverweigerungsrecht berufen und das erstinstanzliche Urteil noch nicht rechtskräftig geworden ist.

Damit steht Reinhardt vor folgender Situation: wollte er sich selbst entlasten, indem er Auskunft über die damals geführten Verteidigergespräche gäbe, müßte er seine Schweigepflicht brechen und seine ehemaligen Mandanten möglicherweise belasten. Nicht genug: es ist ihm darüberhinaus auch nicht möglich, die einzigen Entlastungszeugen, die es gibt, um Bodeux's Behauptungen zu widerlegen, laden zu lassen: denn gerade da sich die anderen Gruppenmitglieder auf ihr Aussageverweigerungsrecht berufen, müssen sie damit rechnen, daß jede Aussage, die sie in dem Ehrengerichtsverfahren gegen RA. Reinhard machen werden, in der zweiten Instanz ihres Verfahrens gegen sie verwendet werden kann!

Da aus diesen Gründen eine sachgerechte Verteidigung in dem Ehrengerichtsverfahren nicht möglich ist, hat die Verteidigung (RA. Gottschalk-Solger, RA. Hannover, RA. Niese) von Reinhard beantragt, das Ehrengerichtsverfahren solange auszusetzen, bis der Schmücker-Prozeß rechtskräftig abgeschlossen worden ist.

Diesem Antrag ist das Ehrengericht nicht gefolgt. Dennoch hat es gegen den Widerstand der Staatsanwaltschaft beschlossen, das Verfahren bis Mitte Januar 1977 auszusetzen, um der Verteidigung die Möglichkeit zu geben, weiteres, umfangreiches Aktenmaterial für ihre Vorbereitung auszuwerten. Dabei wurde beschlossen, daß die Staatsanwaltschaft alle Ermittlungsakten gegen Reinhard der Verteidigung zur Einsicht zu überlassen hat (bislang ist nur eine von der STA getroffene Auswahl der Ermittlungsakten dem Gericht und der Verteidigung vorgelegt worden). Außerdem werden die Akten aus dem Schmücker-Prozeß in Berlin zum Bestandteil des Ehrengerichtsverfahrens gegen Reinhard gemacht.

Dieser Beschluß ist als Teilerfolg der Verteidigung zu werten, da durch ihn das Hauptziel der Staatsanwaltschaft, Reinhard sofort in einem Schnellverfahren aus der Anwaltschaft zu entfernen, fehlgeschlagen ist. Dennoch hat sich noch nichts Grundlegendes verändert: Das Berliner Verfahren gegen Ilse Jandt ist noch nicht rechtskräftig abgeschlossen. Die Prozeßtermine sind öffentlich und werden stattfinden am

Mi. 23.2.1977 Zimmer 162 (Ziviljustizgebäude)
Mi. 23.2.1977 Zimmer 162 (Ziviljustizgebäude)
Fr. 25.1.1977 Zimmer 162 (Ziviljustizgebäude)
Di. 1.3.1977 Zimmer 162 (Ziviljustizgebäude)
Voraussichtliche Verkündung des Urteils.

Verlag Association GmbH

H. Strohm
Friedlich in die Katastrophe
Eine Dokumentation über Kernkraftwerke
Seit der 1. Auflage 1973 inzwischen zum Handbuch der Gegner der Kernenergie geworden, erscheint das Buch nun in der 4. Auflage im 21. Tausend. Wir konnten deshalb den Preis herabsetzen.
500 Seiten, statt DM 16,– nur noch DM 13,–

REIHE POLITISCHE ÖKOLOGIE

Heft Nr. 6 Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe
BROKDORF – Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!
Erfahrungsbericht über den Kampf gegen das KKW Brokdorf, bis hin zum (vorläufigen) Höhepunkt in dem spektakulären Marsch der 40.000 im November 76. Mit zahlreichen Fotos und Dokumenten, insbesondere über den brutalen Polizeieinsatz gegen die Demonstranten.
ca. 160 S., ca. DM 8,–

Heft Nr. 7 H. Strohm, Hrsg.
Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen
Mit Beiträgen von international anerkannten Wissenschaftlern, u.a. Gofman, Tamplin, Thürkauf, Wold...
176 S. DM 10,–

Heft Nr. 8 G. Dreyer/H. Vinke
Absolute Sicherheit oder verbrannte Erde
Der Kampf gegen die Atommülldeponie im Emsland
128 S. DM 9,–

Verlagsprospekt anfordern!
2 Hamburg 13 Postfach 13 22 51

RUSSELL-TRIBUNAL klagt BRD an

Am 28.11.76 einigten sich in Paris Vertreter von Organisationen und Komitees aus verschiedenen westeuropäischen Ländern darauf, öffentlich die Einberufung eines Russel-Tribunals zu fordern, das sich mit der Repression in der BRD – der neuen autoritären Ausrichtung von Staat und Gesellschaft, der Menschenrechte etc. – befassen soll.

Zur Unterstützung dieser Forderung hat sich Anfang Januar in Frankfurt ein Initiativkomitee aus verschiedenen Gruppen gebildet.

Die Initiative hat folgenden Aufruf an die Russel Peace Foundation geschickt:

„Ein Initiativausschuß, dem Personen aus den unterschiedl. Bereichen des politischen, kulturellen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Lebens angehören, hat sich am 8.1.77 in Frankfurt konstituiert.

Er befaßte sich mit Formen politischer Unterdrückung in der BRD und dem Modellchara kter, den diese für andere Länder anzunehmen beginnt.

Diskutiert wurden Berufsverbote und die strafrechtliche Verfolgung politischer Meinungsäußerung, Zensur und Disziplinierung in den Medien, in kulturellen, kirchlichen und anderen Institutionen, die Einschränkung von Rechten der Angeklagten und ihrer Verteidiger, die Verschärfung von Haftbedingungen, der besorgniserregende Ausbau des Polizeiapparates und der Geheimdienste sowie paramilitärische Einsätze gegen Bürgerinitiativen, die verschärfte Anwendung ausländerrechtlicher Bestimmungen, Berufsverbote gegen Frauen, die legal abgetrieben haben, die Aufstellung „Schwarzer Listen", in den Betrieben und die Bespitzelung Belegschaftsangehöriger auch durch private Detekteien, der zunehmende Druck auf die Gewerkschaften, u.a. durch die Anwendung eines „Verbändegesetzes", und die Praktizierung eines Radikalenerlasses in den Gewerkschaften selbst.

Der Initiativausschuß bittet die Bertrand-Russel-Stiftung im Hinblick auf ihre politische u. moralische Autorität, diese Entwicklung zu untersuchen und empfiehlt hierzu, ein unabhängiges Tribunal einzuberufen.

Frankfurt, 8.1.77"

Die Russell-Stiftung hat die Anfragen und Forderungen aus der BRD und Westeuropa geprüft und festgestellt, daß die Fakten ausreichend sind. Das Tribunal wird also in diesem Sommer stattfinden.
Bisher hat es 2 solcher Tribunale gegeben: eines über Vietnam unter Vorsitz Sartres, eines über politische Unterdrückung in Lateinamerika. Das Tribunal über die BRD kann also eine wichtige Funktion für uns haben. Es hat zwar keine executive Gewalt, aber doch eine stark moralische, an der die BRD mitsamt seiner Presse nicht so ohne weiteres vorübergehen kann.
Wir fordern alle auf, die von Repression betroffen sind (u.a. die Gruppen u. Komitees, die schon seit langer Zeit bei uns in der Adressenliste stehen), uns Material zu schicken, das dem Tribunal als konkrete Fälle der Repression vorgelegt werden kann.
(Grobe Kriterien siehe Aufruf.)

Um die Arbeit zu erleichtern, sollte ihr selbst eine grobe Auswahl treffen und die Fakten übersichtlich ordnen. Am 3. – 5. März findet dann in Frankfurt eine Arbeitskonferenz statt, an der sich alle Betroffenen beteiligen können. Wer da hin will, melde sich bei uns.

(Aus dem Münchener Blatt)

Inh. Klaus Tubbesing
2 Hamburg 36
Hütten 76-77, Ecke Ost-West-Straße
Tel. 31 45 17

STREIK IM HAFEN

1896/97 streikten in Hamburg 17 000 Hafenarbeiter

Sich heute genaue Vorstellungen zu machen über die Lebenssituation jener, die vor 80 Jahren in Hamburg arbeiteten, wohnten, kämpften, litten und lachten, das fällt nicht leicht. Von den Wohnstätten der Arbeiter z.B., den berühmt-berüchtigten Gängevierteln, deren Straßen oft so eng waren, daß nie ein Sonnenstrahl hineinfiel, den überfüllten kleinen Wohnungen, den Krankheiten und den langen Arbeitsstunden, die zum Leben keine Zeit und keine Kraft mehr ließen.

Viele Arbeiter wohnten 1896 noch in der Innenstadt, in Zimmern, die durchschnittlich mit 4 Personen belegt waren und deren Miete trotzdem noch etwa ein Viertel des Einkommens verschlang. Aber schon 1883/4 waren der Vergrößerung des Hafengebietes ganze Straßenzüge zum Opfer gefallen. Im Zuge dieser Sanierungsmaßnahmen verloren etwa 16.000 Menschen ihre hafennahen Wohnungen. Sie fanden sich am Straßenrand wieder, bei überhöhter Miete und größerer Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz.

Arbeitssituation im Hafen

Nur wenige Hafenarbeiter hatten damals überhaupt feste Arbeitsverhältnisse. Die meisten gingen morgens in aller Frühe in den Hafen, hielten nach Schiffen Ausschau und warteten auf die Arbeitsvermittler der Unternehmer, die sich ihre Leute meist nur für ein Schiff in den Kneipen zusammensuchten. Die Mehrzahl der Hafenarbeiter arbeitete deshalb im Jahr nur 150 – 180 Tage. Um aber überhaupt so viel beschäftigt zu werden, mußten sie meist auch in der übrigen Zeit in der Hafengegend anwesend sein, immer in der Hoffnung bei Ankunft eines Schiffes doch noch angeheuert zu werden. Der Durchschnittsverdienst betrug im Jahr etwa 1000 Mark, während selbst nach amtlichen Angaben das Existenzminimum bei 1500 Mark lag. Was heißt, daß in Familien, in denen die Frau nicht mitarbeitete der Hunger ein ständiger Mitbewohner war.

Waren die Arbeiter aber für ein bestimmtes Schiff angeheuert worden, so mußten sie darauf gefaßt sein, ihre physischen Kräfte bis aufs Letzte zu verausgaben. Der Normalarbeitstag dauerte von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, 2 Stunden Pause eingeschlossen.

Um die Zeit, in der das Schiff im Hafen festlag, kurz- und die Profite der Reeder entsprechend hochzuhalten, war es jedoch üblich geworden, nach einer kurzen Pause ab 19 Uhr bis 4 Uhr in der Frühe weiterzuarbeiten. Nicht selten wurde dann die Arbeit um 6 erneut aufgenommen. Arbeitszeiten von 24, 36 und mehr Stunden waren deshalb für viele Arbeiter nichts Ungewöhnliches. Eine nach dem Streik eingesetzte Senatskommission konnte sich dazu lediglich folgende Bemerkung abringen:

„Eine Arbeitszeit von 2 Tagen und der ganzen dazwischen liegenden Nacht . . . stellt zweifellos außergewöhnliche Anforderungen an die Arbeitswilligkeit und Arbeitsfähigkeit und sollte nicht überschritten werden."

Es wundert unter diesen Bedingungen nicht, wenn die Unfallzahlen im Hafen zwischen 1889 und 1893 auf mehr als das Doppelte stiegen, weit schneller als in anderen Hamburger Industriezweigen.

Auszahlung der Streikunterstützung.

Transport „Arbeitswilliger" zur Arbeitsstätte.

Im „Vorwärts", dem Zentralorgan der SPD, hieß es nach dem Streik:

Arbeiterschichten, „die trotz aller Anstrengungen der organisierten Arbeiter den Organisationen ferne blieben, keinen Pfennig für dieselben aufgebraucht haben, sich überhaupt nicht um die Arbeiterbewegung kümmern, kommen plötzlich in Bewegung, beherrschen durch ihre Zahl die Versammlungen und drücken Beschlüsse durch, für welche organisierte, mit den Verhältnissen vertraute und die entgegenstehenden Schwierigkeiten kennende Arbeiter nie zu haben gewesen waren . . . So ist es gewesen bei dem großen Bergarbeiter-Ausstand (1889), so beim Berliner Bierboykott (1894) so jetzt in Hamburg . . . Uns dünkt nun, es sei höchste Zeit, dafür zu sorgen, daß solche Vorgänge sich nicht mehr wiederholen. Wir können gewiß nicht verhindern, daß sich großer organisierter Massen plötzlich eine besondere Bewegung bemächtigt, wir können auch nicht verhindern, daß diese Massen sich in Versammlungen zusammentun und Beschlüsse fassen, aber unsere Arbeiterorganisationen haben keineswegs die Verpflichtung, für solche nicht genügend vorbereiteten Beschlüsse die moralische und materielle Verantwortung und damit das Risiko für das Endergebnis übernehmen."

Hier werden Überlegungen laut, die erst später zu praktischen Konsequenzen geführt haben. Die Organisation versteht sich nicht mehr als vorantreibendes Moment der Bewegung, sondern setzt sich selbst mit der Arbeiterbewegung gleich. Sie grenzt damit ihre eigenen Interessen von der wirklichen Bewegung ab. In den Jahren vor Ausbruch des 1. Weltkriegs gibt es zahllose Beispiele von Streikbewegungen, die von der Gewerkschaftsführung abgewürgt wurden, indem sie ihnen die finanzielle Unterstützung versagte.

Die Organisationen der Arbeiter

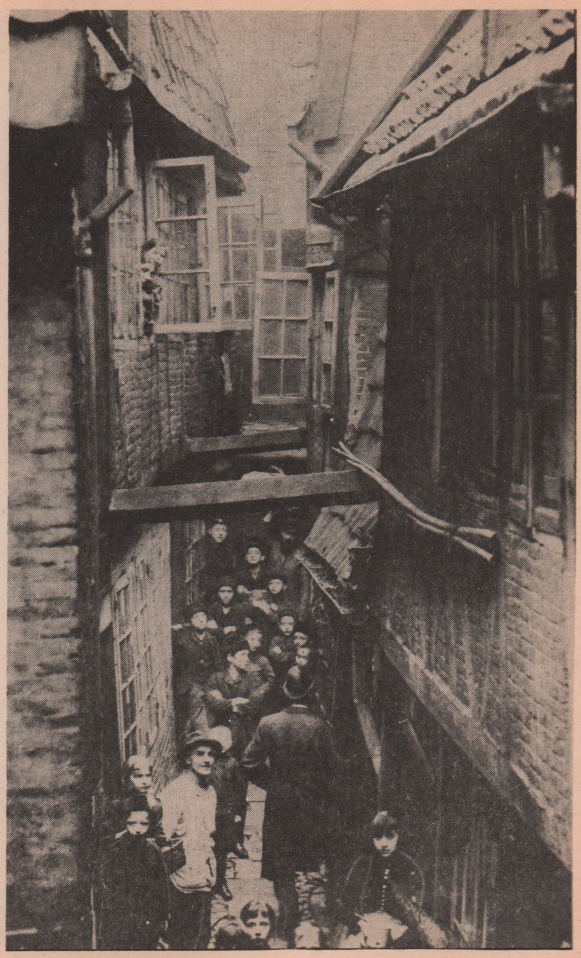
Die SPD war die stärkste politische Partei in Hamburg. Bei den Reichstagswahlen hatte sie mehr als die Hälfte der Stimmen und alle drei Hamburger Reichstagssitze gewonnen. Dennoch hatte der 1891 gegründete Verband der Hafenarbeiter Deutschlands nur etwa 15% Hafenarbeiter organisiert, wie überhaupt die Verankerung der Gewerkschaften in der Großindustrie damals schwach war. Das Interesse des Hafenarbeiterverbandes war in erster Linie darauf gerichtet, die eigene Organisation zu stärken. Sie sollte eines Tages so groß sein, daß die Unternehmer auch ohne Streiks zu Zugeständnissen gezwungen sind.

Demgegenüber drang die andere wichtige Hafenarbeiterorganisation, der Verein der Schauerleute mit seinen einigen hundert Mitgliedern auf direkte Aktionen. Die Schauerleute hatten sich 1892 vom Hafenarbeiterverband abgespalten. Sie kritisierten die hohen Mitgliedsbeiträge, die in eine aufwendige Verwaltungsarbeit flossen. Wollten sie streiken, so mußten sie erst auf die Einverständniserklärung des Zentralvorstands warten. Die Entscheidung wurde dann oft von Leuten gefällt, die selbst gar nicht mehr im Hafen arbeiteten, sondern nur noch als Funktionäre tätig waren.

In den Erklärungen der Unternehmer wurden die aktiven Arbeiter schlicht als „Terroristen" bezeichnet.

Es geht los

Schon am 10. September 1896 hatten die Kohlenschauerleute für einige Stunden gestreikt und sofort den geforderten Lohn bewilligt bekommen. Mehrere Kohlenschauerleute taten es ihnen wenig später nach und erkämpften sich ebenfalls eine Lohnerhöhung. Die Stimmung im Hafen stieg, die Hoffnung auf Veränderung wurde konkret, greifbar. Gleichzeitig wuchs aber auch die Erbitterung, als der Führer des Verbandes der Hafenarbeiter Englands, der auf einer Versammlung in Hamburg sprechen sollte, von den Behörden kurzerhand ausgewiesen wurde. Schließlich erhoben 2000 Schauerleute auf einer Versammlung die Forderung nach höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit. Als die Unternehmer ablehnten, war der Streikausbruch nur noch eine Frage der Zeit. Der Vorsitzende des Hafenarbeiterverbandes versuchte den Streik mit dem Vorschlag zu verhindern, das Hamburger Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Vergeblich. Am 21. November warfen 3500 Schauerleute die Brocken hin. Am Tage drauf folgten die Kornakkordarbeiter und die Kohlenarbeiter. Und so ging es weiter, bis schließlich fast 17.000 Hafenarbeiter die Arbeit niedergelegt hatten – einer der größten Streiks des 19. Jahrhunderts war im Gange.



So sieht es in den Gängevierteln aus.

Angesichts der schwachen Hafenarbeiterorganisationen und ihrer geringen finanziellen Rücklagen stand für die Unternehmer fest, daß der Streik nach 1 - 2 Wochen zusammenbrechen mußte. Aber es kam anders. In ganz Deutschland setzte eine beispiellose Welle der Solidarität ein. Allein im Streikgebiet wurden 646.000 Mark Unterstützungsgelder gesammelt, im übrigen Deutschland weitere 585.000. Die Zentralverbände der Gewerkschaften spendeten 50.000 Mark und auch aus dem Ausland gingen etwa 70.000 Mark ein. Und dies, obwohl der Senat schon Mitte Dezember alle Geldsammlungen zugunsten der Streikenden verboten hatte. Der Hafenarbeiterstreik war einer der ersten Streikkämpfe, in denen auch die Frauen der Hafenarbeiter aktiv wurden. Auf besonderen Frauenveranstaltungen formulierten sie ihre Betroffenheit, z.B. von den niedrigen Löhnen.

Eine Bedrohung ging von den Streikbrechern aus, die die Unternehmer in ganz Deutschland und einigen anderen Ländern anwarben. Denn die Hafenarbeiter waren fast ausschließlich ungelernte Arbeiter und daher für die Unternehmer leichter ersetzbar. Auf Bahnhöfen, in Kneipen und mit einer gemieteten Barkasse versuchten die Streikenden die fremden Arbeiter davon abzuhalten, ihnen in den Rücken zu fallen. Nicht ohne Erfolg, wie ein Telegramm bezeugt, das ein verzweifelter Bahnhofsvorsteher an die Polizei sandte:

„Mit 5 Uhr 26 Zug kommt nur ein Schiffer. Es sollten 20 Mann hier eintreffen, davon sind 19 unterwegs von den Agitatoren überredet worden, die Arbeit hier nicht anzunehmen. Infolgedessen traf nur ein Mann hier ein."

Die Unternehmer jedoch blieben hart, obwohl der Streik für sie mit erheblichen Verlusten verbunden war. Ihnen ging es darum ein Exempel zu statuieren, das den Arbeitern die Lust an der Rebellion auf absehbare Zeit austreiben sollte.

Deren Widerstandswille blieb monatelang ungebrochen. Zweimal am 19. Dezember und am 30. Januar, empfhal das Zentral-Streik-Komitee aufzugeben. Beide Male lehnten die Arbeiter den Vorschlag mit großer Mehrheit ab, obwohl sich ihre finanzielle Situation verschlechtert hatte. Lediglich die Ewerführer und die Staatskaiarbeiter, die als einzige festere Arbeitsverhältnisse hatten und zu größeren Teilen gewerkschaftlich organisiert waren, stimmten für Abbruch des Streiks. Trotzdem verhielten auch sie sich weiterhin solidarisch.

Erst am 6. Februar war die finanzielle Lage der Streikenden so unhaltbar geworden, daß 60% der Streikenden für Abbruch stimmten. Der Streik war beendet, Staat und Unternehmer konnten ihren Rache gefühlen freien Lauf lassen. Zahlreiche Hafenarbeiter wurden nicht wieder eingestellt. Polizei und Justiz verhängten insgesamt 28 Jahre Gefängnis und 5000 Polizeistrafen gegen Streikteilnehmer.

mrgr.

„Der Hamburger Hafen hat erhebliche Standortnachteile gegenüber anderen. Daß er sich trotzdem gut gehalten hat, ist nur dadurch zu erklären, daß dort seit dem Krieg nicht ein einziges Mal gestreikt worden ist. Es ist dort nicht gestreikt worden, weil die Gewerkschaften dort eine sehr aktive und eine erfolgreiche Politik betrieben haben."

Hans-Ulrich Klose
SPD-Parteitag Mannheim 1975

Eichenburg
Hamburg 19, Bismarckstraße 40 · von 19.30 bis 2.00

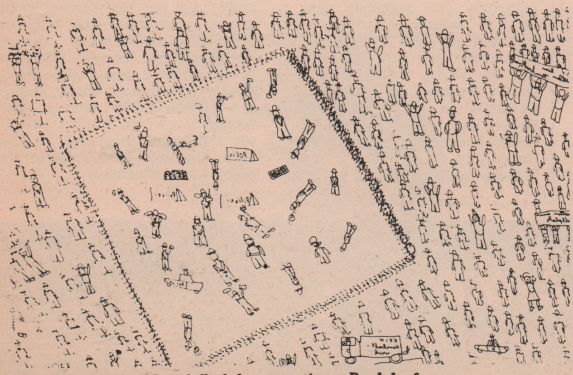
Farbbeutel und Obst verzieren die Schaufenster - Front des HEW-Gebäudes am Mönkebergbrunnen.

POLIZEI JAGD AUF BROKDORF-DEMONSTRANTEN

ROTER TERROR IN HAMBURG ?

Daß BILD lügt, wußte ich schon vorher. Noch nie aber ist es mir so klar geworden wie bei den Presseberichten über die „Ausschreitungen" bei der Anti-Brokdorf - Demonstration vom 22. Januar. Da die Presse, wenn überhaupt, nur total entstellend und unwahr über diese Demonstration berichtet hat, und da von den etwa 8000 Teilnehmern der offiziellen Demonstration nur etwa 800 die folgenden Geschehnisse wirklich miterlebt haben, will ich hier einen (subjektiven) Bericht von einem (der) teilnehmenden „Politrocker" bringen.

Polizei hat die Mönkebergstrasse vor dem HEW-Gebäude abgesperrt und die Demonstranten abgedrängt.



Schulkinder aus Wewelsfleth kommentieren Brokdorf

Das sorgsam abgeriegelte HEW-Kundenzentrum in der Mönckebergstrasse würde Agressionen auf sich lenken, das war klar.

Nach Beendigung der Kundgebung versammelten sich dort einige hundert Leute; und mit diversen Farbeiern wurde versucht, das Gebäude zu verschönern. Einige Flaschen und Knallkörper wurden auch geworfen in Richtung auf die schildbewehrten Polizisten. Steine habe ich keine gesehen.

Obwohl die Situation also für die Polizei in keiner Weise bedrohlich war, gab sie bald per Lautsprecher den Befehl, den Platz zu räumen. Da anscheinend die Wenigsten der Anwesenden auf eine brutale und hier sinnlose Konfrontation mit der Polizei Lust hatten, leerte sich der Platz direkt vor dem Kundenzentrum ziemlich bald.

Doch die Polizei ließ es damit nicht genug sein: Sie forderte auf, „langsam und ruhig" in Richtung Hauptbahnhof abzuziehen. Die Lautsprecherdurchsagen, daß man „ansonsten von Gewaltmitteln" Gebrauch machen werde, gingen zwar meist unter in dem Pfeif- und Buh-Konzert, das dem „Achtung, Achtung, hier spricht die Polizei" folgte – doch die Masse von schlagstock - bewehrten Bullen war deutlich genug.

Jetzt geschah, womit die Polizei wohl am wenigsten gerechnet hatte: Erst wenige, bald aber immer mehr Leute fingen an, nach der Melodie von „Wehrt Euch, leistet Widerstand" um die noch in vereinzelten kleinen Trupps stehenden Bullen herumzutanzen. Die Verunsicherung stand den Polizisten im Gesicht geschrieben.

Nach einer langen Weile des Zögerns fingen sie an vorzurücken, wobei aber vorerst nur vereinzelt vom Schlagstock Gebrauch gemacht wurde.

Die Demonstranten wichen zwar gezwungenermaßen etwas zurück; – sobald die Bullen anhielten, fingen sie jedoch wieder an zu singen und zu tanzen und Anti-Kernkraft-Fahnen den Polizisten vor der Nase herumzuschwenken.

Als die Polizei sah, daß auf diese Weise nicht allzuviel Raum zu gewinnen war, holte sie Wasserwerfer zu Hilfe, die sie dann ziemlich rücksichtslos auch auf Passanten einsetzte. Eine Stunde dauerte es, bis die Polizei uns auf diese Weise 300 bis 400 m zurückgedrängt hatte.

Während dieser Zeit führten wir viele Gespräche mit den zahlreichen Passanten, die mit wenigen Ausnahmen über das Vorgehen der Polizei entrüstet waren und den Demonstranten erstaunlich große Sympathie entgegenbrachten. Die einzigen Wurfgeschosse, die von uns Demonstranten verwendet wurden, waren zusammengeknüllte Papierkugeln. Die daraufhin krampfhaft mit ihren Schildern herumfuchtelnden Polizisten ernteten jedesmal große Lacherfolge. „Deutschlands Polizisten sind die Terroristen" war eine der häufigsten Parolen.

Nachdem wir so zurückgedrängt worden waren, hörten die Polizisten plötzlich auf, weiter vorzudringen. Es wurde uns klar, daß sie den Befehl hatten, zu warten, entweder darauf, daß sich die Demonstranten zurückziehen würden oder auf Provokationen, um dann umso härter durchgreifen zu können.

Um dieser Erwartung nicht zu entsprechen wurde die Parole „Demonstration zum Hauptbahnhof – Wandelhalle" durchgegeben. Tatsächlich formierte sich bald ein verhältnismäßig disziplinierter Demonstrationszug von 600 Leuten und setzte sich in Richtung Hbf. in Bewegung. Nach einigen Schwierigkeiten beim Überqueren des Steindamms kamen wir dort an und zogen geschlossen durch die Wandelhalle des Hauptbahnhofes. Dabei wurde in großer Einheitlichkeit fast so etwas wie ein Programm gebracht: Lied – einige Parolen – Lied. In der phantastischen Akustik des Hauptbahnhofes ergab das eine unwahrscheinliche Wirkung.

Mit einem Freund machte ich, nachdem wir an den S-Bahngeleisen angekommen waren, eine ansatzweise systematische Befragung von Passanten, wie sie dies nun fänden. Der größte Teil reagierte spontan positiv auf dieses „Happening" einige waren nicht interessiert, aber keiner pöbelte irgendwie herum, wie man es oft bei Demonstrationen gewohnt war.

Während wir „befragten", stürzte ein Trupp Bullen durch den Bahnhof und flippte nun vollkommen aus. Ohne jeden Anlaß wurden Demonstranten brutal verprügelt und z.T. sogar wieder aus der S-Bahn herausgezogen und durch den Bahnhof gescheucht. Vor dem Bahnhof ging das dann weiter – mit sinnloser und nicht einmal mehr mit Polizei-Logik faßbarer Brutalität.

Zwei Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe

Die in der Landeskonferenz zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe konnten sich auf ihren Treffen im Januar und Februar nicht auf ein einheitliches Vorgehen zur Verhinderung des AKW Brokdorf einigen. Am 19. Februar werden Demonstrationen in Itzehoe und Brokdorf stattfinden.

Die Mehrheit der Marschenkonferenz (Wilster Marsch) und eine Reihe anderer Untergruppen veranstaltet eine Großkundgebung am 19. Februar in Itzehoe. In einem Schreiben der Marschenkonferenz heißt es dazu u.a.: „Nach wie vor halten auch wir die Bauplatzbesetzung für ein legitimes Mittel zur Verhinderung von Atomkraftwerken. In Brokdorf sind die Bedingungen dafür aber sehr schlecht. Insbesondere dann, wenn man, wie wir, unter keinen Umständen Gewalt gegen Personen anzuwenden bereit ist . . . Die einzige dauerhafte Lösung unseres Problems sehen wir darum darin, die Bevölkerung, gerade auch die ansässige Bevölkerung zu mobilisieren. Nur so kann eine politische Lösung erzwungen werden. Kein Atomkraftwerk gegen den Willen der Bevölkerung!"

Mit den Stimmen der Hamburger Delegiertenkonferenz sowie den Stimmen einiger Delegierter der übrigen Regionalgruppen beschloß dagegen die „Wilster Landeskonferenz" am 6.2. eine Großkundgebung am 19. am Bauplatz in Brokdorf. Im Beschluß heißt es u.a.: . . . „Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei – wir wollen das AKW verhindern! Die Gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der Regierung und der Atomindustrie, die gegen den erklärten Willen der Bevölkerung das AKW bauen wollen. Den Drohungen und den von Verleumdungen begleiteten Spaltungsmanövern der Politiker und der Atomindustrie muß mit dieser Großkundgebung – am 19.2. in Brokdorf und nicht anderswo – eine klare Absage erteilt werden. Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Bau des AKW's verhindern und davon werden wir uns auch nicht durch Gerichtsbeschlüsse abbringen lassen . . ."

Zu beiden Veranstaltungen werden Zehntausende von Teilnehmern erwartet. Das Verwaltungsgericht in Schleswig hat am 9. Februar den Baustop für das AKW Brokdorf verlängert.

Die Auseinandersetzungen um die geeignete Fortsetzung des Kampfes hat bei Teilen der AKW-Gegner Unsicherheit ausgelöst. Bedingt durch den Erscheinungstermin der „Grossen Freiheit" werden wir Informationen und Einschätzungen zu dieser Spaltung sowie Berichte zu den Ereignissen am 19.2. erst in einem Extrablatt am 24.2. veröffentlichen.

Steine gegen KKW-Gegner!

Am Abend des 30.1.77 um 22.05 Uhr wurde die Fensterscheibe unseres Wohnraumes, an der mehrere Brokdorf-Plakate hängen, durch einen Steinwurf zerstört. Es handelte sich hierbei um einen ca. 2 kg schweren Pflasterstein. Daß hierbei keiner verletzt wurde ist nur dem Zufall zu verdanken.
Der Charakter der Tat läßt darauf schließen, daß es sich bei dem oder den Tätern um KKW-Befürworter handelt, deren besonderes Merkmal es wahrscheinlich ist, KKW-Gegner als radikales Gesindel zu bezeichnen.

ATOM-EXTRA

große freiheit

ZEITUNG FÜR HAMBURG UND UMGEBUNG

Februar 77
zwei Groschen

Warten auf die Sperre

Ein Samstag in Brokdorf

Die Situation war einzigartig. Noch nie ist in Hamburg vor einer geplanten Demo so heftig und breit diskutiert worden, was zu tun sei. Keine Kneipe, kein Treffen, in dem nicht Brokdorf Thema Nr. 1 war. Und in vielen Diskussionen herrschte Unsicherheit. Niemand vermochte eindeutig für Brokdorf oder Itzehoe zu plädieren, ohne nicht gewisse Zweifel an der eigenen Überzeugung einzugestehen. Uns war nur eins klar: nach Itzehoe wollten wir nicht. Das schien uns keine angemessene Aktionsform zu sein, um praktisch Widerstand gegen den Bau des AKW Brokdorf zu leisten.

Vor der geplanten Demo in Brokdorf hatten wir Angst. Unsere Einschätzung war, daß es dort ein Gemetzel geben würde, bei der die Linke nur verlieren könnte. Nicht nur weil der Polizeiapparat allemal stärker ist als wir, sondern weil durch die vorangegangene Pressekampagne, in der im voraus alle Brokdorf-Demonstranten als Chaoten usw. kriminalisiert worden waren, die Polizei praktisch einen Freischein für brutales Vorgehen bekommen hatte.

Diese Bedenken trugen wir dem BUU-Plenum von Hamburg am Donnerstag vor der Demo vor. Mit einer Gruppe von ungefähr 30 Leuten stiegen wir aufs Podium, um unsere Zweifel anzumelden. Daraufhin war das Plenum aus dem Häuschen. Wut verzerrte Gesichter, geifernde ML-Fratzen – uns ergriff das Schaudern. Mit diesen Leuten also, die keiner vernünftigen Auseinandersetzung mehr zugänglich waren, sollten wir nach Brokdorf ziehen.

Auf der anderen Seite wußten wir, daß die militanten Gruppen, die eine Besetzung des Platzes vorbereiteten, sich nicht so engstirnig verhalten würden, wie diejenigen, die uns auf dem Plenum am liebsten verprügelt hätten.

Wir haben diesen Gruppen, die in vorderster Reihe sich nicht nur militärisch, sondern auch politisch zu verhalten hatten, schließlich vertraut.

So landeten wir dann am Samstag um 5 Uhr morgens beim großen Treff am Heiligen-Geist-Feld. Unser Eindruck war begeistert und ängstlich zugleich: Es waren reichlich Leute da. Das war gut – das möbelte uns auf und wir fühlten uns schon ein bißchen stärker. Aus den entlegensten Winkeln der BRD standen da Busse. Die Leute waren schon eine ganze Nacht unterwegs gewesen. Nun mußte die Abfahrt organisiert werden. Das war ein einziges Chaos. Am Lautsprecherwagen ständig durchsagen. Ich suche die Gruppe ... Wo sind die Vertrauensleute? ... So ging das etwa 2 Stunden. Zwischendurch Horromeldung von der Fischmarkt-Gruppe: Die Bullen waren dabei, eine Razzia mit Verhaftungen zu veranstalten Da müßten wir eigentlich hin und helfen ... Nichts rührt sich.

Gegen 8 Uhr reihen wir uns dann in den Konvoi ein. Unsere Gefühle sind immer noch gespalten. Wir fühlen uns zwar durch die vielen Leute in unserer Entscheidung nach Brokdorf zu fahren, bestätigt, aber niemand weiß, was laufen wird.

Eigentlich dauert die Fahrt von Hamburg nach Brokdorf bzw. Wilster 1 Stunde. Wir sitzen an diesem Morgen 4 Stunden im Auto, um das Ziel zu erreichen. Dauernd wird gehalten. Keiner durchschaut ob es Sperren sind, die uns aufhalten, oder ob wir einfach zu viele sind. Wir sitzen im Auto, versuchen rumzuwitzeln, rauchen eine Zigarette nach der anderen. Schließlich, nachdem wir eine Stunde gestanden haben, legen wir uns in Schlafposition. Das müssen wir nach wenigen Minuten aufgeben. Wir sind viel zu aufgeregt.

Dann geht's weiter. Inzwischen gehört uns die ganze Straße. Wir rollen auf allen Spuren ohne Gegenverkehr Richtung Wilster. Plötzlich rasen mehrere Mannschaftswagen an uns vorbei. Hinter uns erkennen wir eine Sperre. Schlagartig wird uns klar, daß unsere Gegner voll im Einsatz sind. Später hören wir im Radio, daß ein LKW eine Sperre durchbrochen haben soll. In Wirklichkeit war's natürlich anders: Die Bullen haben ganz gezielt bestimmte Wagen nach Material durchsucht, ohne allerdings – wie wir hören – in vollem Umfang Erfolg gehabt zu haben.

In Wilster war dann endlich Schluß mit der Autofahrerei. Wir streiften unser Ölzeug über und bewegten uns auf den Marktplatz zu. Wir kamen kaum heran, er war überfüllt. Endlos viele Chaoten, wie die Presse uns nennt, viele mit Helmen und Mundschutz, andere nur mit Ölzeug. Unseren Treffpunkt, eine Fahne, suchten wir lange. Wir sollten warten auf die beständig weiter Einrollenden und auf die Leitung, die einen Beschluß über weiteres fällen sollte.

Was würde werden, Besetzungsversuch oder friedliche Demo?

FORTS. S.3,

Itzehoe: Bürger, Bauern und Chaoten

Itzehoe oder Brokdorf? Die Meinungen darüber waren vor dem 19. geteilt. Viele blieben aufgrund der allgemeinen Verunsicherungen zuhause. Verunsicherung, die nicht nur durch die Hetze in der Presse gegen Brokdorf – „Chaoten" entstanden war sondern auch durch die für manche nicht durchschaubaren Auseinandersetzungen in den Bürgerinitiativen. Wir entschieden uns, nach Itzehoe zu fahren. Wir wollten sehen, was dort ablaufen würde, weil wir mit einer Besetzung des Bauplatzes zum Zeitpunkt des Baustops nicht einverstanden waren, vor allem auch deshalb, weil uns dieses Vorhaben gegen die Polizeimacht aussichtslos erschien. Wir meinten, auch und vielleicht gerade in Itzehoe die Notwendigkeit einer Besetzung anderen klarzumachen, unsere Verbundenheit mit den Brokdorf - Demonstranten auszudrücken, auch wenn wir deren Einschätzungen für taktisch falsch hielten.

Mittags kamen wir in Itzehoe mit dem Auto an; Kontrollen wie viele andere erlebten wir nicht. Einige Hamburger die wir trafen, erzählten uns von ihrer Fahrt im überfüllten Zug, daß ihre Fahrkarten „so'n halbes Dutzend Mal" kontrolliert worden waren. Die wenigen Polizisten, die wir an den Einfahrten nach Itzehoe sahen: keine Kampfuniform, keine Schilder, kein Chemical Mace an der Hüfte. Der richtige Anblick also für die „braven" Bürger, die hier im Gegensatz zu den „Chaoten" erwartet wurden. Aus allen Richtungen strömen sie zum Kundgebungsplatz auf der Malzmüllerwiese: Viele Gruppen, Familien, bunt gekleidet, einige mit Transparenten, mit Anzug, den Sonntagsmantel darüber. Viele ältere Menschen sind darunter, Einwohner Itzehoes und Bauern aus der Wilster Marsch. Anhänger bürgerlicher Parteien sind da, die DKP auch. Nicht zu übersehen aber auch die Gruppen der „gefürchteten Radikalen" mit roten Transparenten und natürlich die Bürgerinitiativen. Eine Stimmung fast wie auf dem Weg zu einem Volksfest. An einer Seite des Platzes verkaufen Bauern Milch und Äpfel. Die Äpfel tragen kleine Fähnchen: „Wir wollen kein KKW" und „Sonnenstrahlen statt Atomstrahlen".

Die Kulturveranstaltung am Vormittag, mit einer Reihe von DKP-Liedermachern, hatten wir verpaßt. An den vielfach gelangweilten Gesichtern konnten wir ablesen, was sie gebracht hatte. 20.000 oder 30.000 waren inzwischen auf dem Platz. Die Redner wechselten sich auf der Tribüne ab: Heinz Brandt (Gewerkschafter), Freimut Duve (SPD), Sprecher der Bürgerinitiativen. Viele hörten nicht hin, sie waren gar nicht wegen der Politiker-Reden gekommen. Solidaritätsrufe mit den Brokdorf - Demonstranten kamen auf. Andere unterhielten sich miteinander, vertieften ihr Wissen über Kernenergie, sprachen mit den Nachbarn. Im Gegensatz zu denen, die bereits im vergangenen Jahr an den Besetzungsversuchen in Brokdorf teilgenommen hatten und die das hier „lahm" fanden, gab es für viele Bürger die erste Möglichkeit, mit anderen zu reden, Meinungen auszutauschen, aus der bisherigen Isolation rauszukommen.

Eine Frau, vielleicht Ende 30, kam aus einem Hauseingang. Wir kamen mit ihr sofort ins Gespräch. Gestern hatte man sie aus dem Krankenhaus entlassen, um Betten für verletzte Brokdorf - Demonstranten zu haben. Wer nicht einer ständigen ärztlichen Überwachung bedurfte, war nach Hause geschickt worden. Der Ehemann hatte ihr wegen angeblich drohender Gefahr verboten, sich an die Haustür des für Itzehoe typischen Vier-Familien-Hauses zu stellen. Sie war trotzdem gegangen, „um zu sehen, was los ist und mit den Leuten zu reden"

Im ungeordneten Zug der Demonstranten öffnet sich plötzlich eine Gasse, schließt sich wieder. Ein Haufen Faschisten rücken ein, mit Helmen, Uniformen. In Formation durchziehen sie die Straßen mit ihren schwarzen Fahnen und der Forderung „Schluß mit Polizeistaat". Ihr Auftreten erzeugt Angst, Erfahrungen an die Schrecken des Dritten Reiches werden wohl wach. Die DKP, die kurz zuvor versucht hatte, den Abmarsch der Demonstranten nach Wilster und Brokdorf handgreiflich zu verhindern, die Teilnehmer als „Chaoten" beschimpfte, verhält sich gegenüber den Faschisten ruhig.

Und die Forderungen nach einer Besetzung des Bauplatzes kommen immer wieder auf unter den 30.000, selbst ein Redner des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen muß solche Aktionen ankündigen. Wir fühlen uns nicht isoliert, inmitten, „friedlicher Bürger", wie „die da oben" uns vorher glauben machen wollten. Wenn der Baustopp aufgehoben wird, werden viele der „friedlichen" Bürger wissen, was zu tun ist.

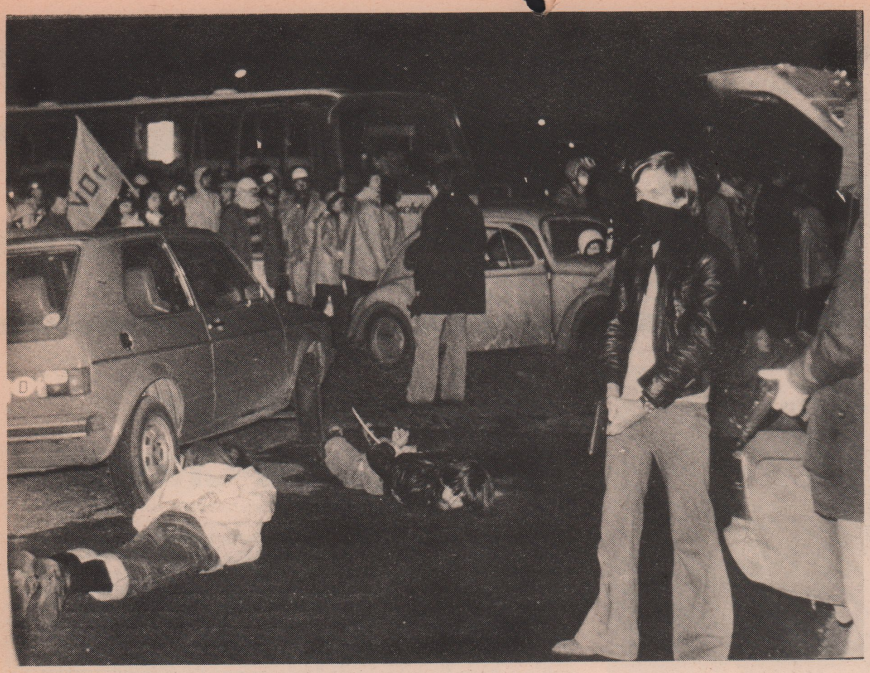
Uwe/Wilfried

Mit einer beispiellosen Hetze haben bürgerliche Zeitungen, Radio und Fernsehen vor dem 19. Februar dazu beigetragen, die Spaltung der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe auszunutzen und Verunsicherung der Bewegung gegen AKW's verschärft. Wie vor dem 19.2. befinden sich große Teile der AKW-Gegner in der öffentlichen Vermittlung ihrer Erfahrungen und Einsichten teilweise in der Defensive. Vor allem die Springer-Zeitungen machen nach Brokdorf und Itzehoe bruchlos weiter in ihrer Hetze gegen „Chaoten". Für alle, die nicht dabei waren, soll bewußt der Eindruck einer „Kapitulation" der Brokdorf-Demonstranten entstehen. Teile dieser relativ breiten Bewegung belügen sich jedoch auch selbst über den „Erfolg" dieses Tages.

Mit Hilfe der Möglichkeiten ihrer Presse verfahren Organisationen wie der Kommunistische Bund (KB) zum Teil – sicher ungewollt – wie der Gegner selbst. Widersprüchliches Verhalten der eigenen Organisation zur Besetzung des Bauplatzes wird verschleiert, die Spaltung in der BUU wird verniedlicht, auf Peter Boenisch & Co. werden die üblichen Jammer-Gesänge angestimmt. Der „Riesen - Erfolg" - Jubel aus dieser linken Ecke ist für eine offene und gründliche Auseinandersetzung zur Einschätzung der Bewegung und ihrer Widersprüche ebenso wenig nützlich wie auch die bisher mangelnde Durchsichtigkeit von Vorgängen in der Bürgerinitiative selbst.

Zur Herstellung einer sich unabhängig von den Interessen des Staates und den Vorgehensweisen z.B. der K-Gruppen selbst bestimmenden AKW-Bewegung, gehört die offene und öffentliche politische Auseinandersetzung. In ihr müssen die Schwierigkeiten gerade derer einbezogen werden, die sich – gleich aus welchen Gründen – nicht einer Organisation oder Linie zugehörig fühlen . Der Wille zur Fortsetzung des Kampfes ist stärker geworden, aber viele haben ihr Unbehagen trotz einer möglichen neuen Einheit in der BUU noch nicht verloren.

Diese Extra-Ausgabe der Hamburger Stadtzeitung „Große Freiheit" gibt deshalb nicht die Auffassung einer Redaktion „von oben nach unten" weiter. Wir wollen, auch wenn wir mit einzelnen Artikeln und deren Aussagen nicht unbedingt übereinstimmen, die Widersprüche der Bewegung anhand verschiedener Beiträge aufgreifen und zur Auseinandersetzung damit auffordern.



Fiete Volkszorn — Auf den Hund gekommen

Seit dem 13.11. war scheinbar allen Stadtteilgruppen der BUU Hamburg klar, daß für den 19.2. trotz Spaltung und Baustopp die Besetzung vorbereitet werden muß, weil die Zäune immer noch stehen, die Strafverfolgungen nicht eingestellt waren und teilweise weitergebaut wurde. Die Entschlossenheit war so groß, daß auch die K-Gruppen sich diesem Ziel zumindest verbal anschließen mußten.

Am 6.2. beschloß die Landeskonferenz in Wilster, daß für den 19.2. eine Demonstrationsleitung aus den Leuten gebildet wird, die sich auch aktiv auf eine Bauplatzbesetzung vorbereiten. Die entgültige Entscheidung — Besetzungsversuch ja oder nein — sollte erst vor der ersten wirklichen Polizeisperre getroffen werden. Wir haben auf diese Beschlüsse vertraut. Für uns und einige Leute aus anderen Stadtteilgruppen war da klar, daß wir uns hauptsächlich jetzt in die technische Vorbereitung stürzen. Das hatte erstens zur Folge, daß wir die Bestimmung der politischen Inhalte der Demonstration den K-Gruppen *(speziell KB)* überlassen haben, zweitens, daß die Zweifel und Ängste vieler von uns nicht mehr wahrgenommen und diskutiert werden konnten. So gab es nur noch die Möglichkeit, unsere Angst zu kompensieren. Wir haben total rigide an der Idee der Bauplatzbesetzung festgehalten und uns 24 Stunden am Tag in die technische Vorbereitung gestürzt, die anderen nahmen erleichtert das abwieglerische Umdenken der Ziele der Demonstration (statt Besetzung jetzt nur noch Durchbrechen des Demonstrationsverbots) durch den KB auf.

Am 18.2., also einen Tag vorher, gaben auch die Gruppen, die sich technisch vorbereitet haben, ihr Vorhaben auf: sie beschlossen, sämtliches Material von vornherein zu Hause zu lassen. Damit wurde endgültig dem KB das Feld überlassen. Die Entscheidung, die eigentlich erst an der ersten Straßensperre fallen sollte, wurde vorweggenommen. Auch die vorbereiteten Gruppen hatten sich damit praktisch der Linie des KB unterworfen. Für die Unentschlossenen gab es keine Alternative mehr.

So wurde es äußerlich zu einer einheitlichen Demonstration gegen das Demonstrationsverbot. Auch wenn durch die zwar technisch gute, aber politisch unzureichende Vorbereitung eine Bauplatzbesetzung vielleicht nicht möglich gewesen wäre, hätte zumindest die Demonstration den Willen dazu bekunden müssen.

Wie sie uns eingesackt haben

Die Entscheidung, das Material nicht mitzunehmen, kam am Fischmarkt nicht an. Das hatte zur Folge, daß wir als einzige ausgerüstete Gruppe Buhmann der Demonstration und Zielscheibe für die Bullen wurden. Das ging schon frühmorgens los. Kurz vor Abfahrt wurde unser Kommunikationszentrum von Polizisten mit Hunden (8 Mannschaftswagen) umstellt, Autos aufgebrochen und durchsucht und 3 Leute festgenommen. Als einige Leute von uns noch während der Razzia diese Information über den Lautsprecherwagen auf dem Heiligen-Geistfeld bekannt geben wollten, wurde das durch die KB-Leute so verzögert, daß eine Unterstützung der Fischmarkt-Stadtteilgruppe nicht mehr möglich war. Auch jetzt noch wurde uns der Beschluß, das Material zu Hause zu lassen, nicht mitgeteilt. Als wir endlich auf dem Heiligen - Geistfeld ankamen, wurde uns von Leuten aus KB-Bussen der Schlüssel unseres LKW's geklaut und die Fahrertür eingetreten. KB-Leute sind über den Platz gelaufen, haben Demonstranten aufgefordert, uns unser Material wegzunehmen, da wir „faschistische Provokateure" wären. In der ganzen Hektik haben wir uns das nicht klar machen können, daß wir die einzige, technisch vorbereitete Gruppe waren. Sonst hätten wir natürlich unser Material zu Hause gelassen. Unsere Zweifel wurden auch dadurch ausgeräumt, daß der KB-Kontaktmann aus unserer Stadtteilgruppe uns vorlog, der KB wäre immer noch auf eine Platzbesetzung vorbereitet. Gleichzeitig filzten KB'ler ihre Busse nach Knüppeln und ähnlichem und schmissen ausgerüstete Leute raus. Dieses straff-organisierte, geplante und gezielte Vorgehen des KB gegen uns läßt die Frage aufkommen, ob der KB tatsächlich erst am Vorabend sich gegen einen Besetzungsversuch entschieden hat.

Auf der ganzen Fahrt hatten die Bullen uns, bzw. unseren LKW auf dem Kiecker. Als Vorwand für die Jagd auf uns diente das Märchen, wir hätten mit dem LKW eine Polizeisperre durchbrochen. Die „Polizeisperre" bestand aus einem Streifenwagen, dem wir die Personalienüberprüfung verweigerten, woraufhin dieser ohne weitere Diskussion weiterfuhr. Diese „kriminelle Handlung" wurde dann zum Vorwand genommen, in Horst einen bewaffneten Überfall auf uns zu machen. Von Polizisten und mobilem Einsatzkommando mit MP's und Knarren wurden einige von uns festgenommen. Durch die Masse von Demonstranten wurden Leute von uns verfolgt, ohne daß selbst einzelne Polizisten aufgehalten wurden. Nach dem Vorfall wurden dann wieder wir, nicht die Überfälle der Bullen, von umstehenden Demonstranten kritisiert. All diese Vorfälle und die Kundgebung in Wilster machten uns endlich klar, daß wir von allen anderen isoliert waren, mit unseren Schilden und Knüppeln exotische Schaustücke einer Demonstration zur Durchsetzung der demokratischen Grundrechte. Ein böses Erwachen. Wir sind keine Kamikaze-Militanten, wir haben daraufhin unsere gesamte Ausrüstung in den Autos gelassen und sind mit dem Demonstrationszug mitgetrottelt. Angekommen auf einer sumpfigen Wiese in der Dämmerung war uns natürlich auch klar, daß zu diesem Zeitpunkt eine Besetzung unmöglich gemacht worden war. Das späte Ankommen in Brokdorf ist natürlich aber auch darauf zurückzuführen, daß außer uns es kaum jemand eilig hatte, zum Bauplatz zu kommen.

Auf dem Rückweg ging die Polizeijagd gegen uns weiter. Eine organisierte und vorbereitete Aktion des MEK lief an, als wir in Wilster zu unseren Autos kamen. Wir wurden von als Demonstranten getarnten MEK'lern überfallen. Sie waren mit dicken Holzknüppeln, Maschinenpistolen und Knarren bewaffnet und sahen aus wie andere Demonstranten (Halstücher, Helme, KKW-Nee-Plakaten, usw.). Die hier Verhafteten wurden reichlich brutal behandelt.

Auf der Autobahn kurz vor Hamburg und selbst noch nachts in Hamburg griffen sie dann wieder gezielt die Fischmarkt-Autos raus. Wieder Maschinen-Pistolen. Unsere Leute wurden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

So läuft es nicht nochmal!

Der KB und viele andere werten diese Demonstration nun als einen großen Erfolg, weil so viele Menschen da waren, weil angeblich die Spaltung aufgehoben sei. Viele Menschen hätten auch in Itzehoe sein können. Die Demonstration in Brokdorf hatte keine andere Qualität. Wir wissen aber doch, daß gerade unsere entschlossene Militanz am 30.10. und 13.11. die Bewegung so stark gemacht hat, daß ein inhaltsloser Aufmarsch von noch so vielen Leuten ein Rückschritt ist, der die Bewegung aufweichen, nicht stärken wird — wenn wir so weiter machen.

Wir haben eine große Chance verpaßt, mit vielen, vielen Leuten gemeinsam das AKW-Brokdorf zu verhindern. Wir haben damit unseren eigenen Erfahrungen und Einschätzungen entgegengehandelt. Dieser Aufweichungsprozeß — weg von dem Ziel Platzbesetzung — darf jetzt nicht manifestiert werden durch Erfolgshymnen auf den 19.2. — im Gegenteil, der Fehler muß benannt und die Konsequenzen daraus gezogen werden. —

Eine erste Erscheinungsform, daß sich der Aufweichungsprozeß in der linken Szene fortsetzt (nach dem 19.2.) ist die Gerüchteküche, die zurzeit bezüglich des Fischmarktes abläuft: Mollies, Militanz, Massenfremdheit wird uns vorgeworfen, der Isolierungsversuch der Bullen klappt. Fällt doch nicht ihr auch noch rein auf dieses Bullenmanöver! Unsere Militanz ist die Militanz, die
Wir für den 19.2. für notwendig hielten um eine Bauplatzbesetzung durchzuführen.

Wenn ihr euch distanziert von unserer „Militanz", dann distanziert ihr euch von der Ziel, das KKW Brokdorf praktisch zu verhindern.

Ob dies in Zukunft auch eine Bauplatz-Besetzung oder durch andere Aktionen erreicht werden kann, das müssen wir jetzt alle gemeinsam und ausführlich diskutieren. Also: in Itzehoe und Wilster macht uns auch nicht froh.

Stadtteilgruppe St.Pauli-Fischmarkt

FANAL ZEITSCHRIFT FÜR LIBERTÄREN ANTIMILITARISMUS

FANAL erscheint jetzt bereits im 5. Jahrgang. Wir bemühen uns um die Ausarbeitung eines freiheitlichen antimilitaristischen Konzeptes. Hauptthema der neuesten Ausgabe ist die Diskussion zur Gewaltfrage. FANAL bringt Berichte und Artikel, Kurznachrichten und Diskussionsbeiträge.
Preis: DM--.6o (direktverk.)DM--.8o (Laden); Abos DM 6.--jährlich (6 x)
Überweisungen: Pkto Ffm 34782-605 (T.Eichler); Kontakt HH: 'Freiheit', Kleiner Schäferkamp 32, 2 HH 6

DER 19.2. – UND DANACH?

Die Vorgeschichte war düster: Die Spaltung der Brokdorf Initiativen in zwei etwa gleichstarke Gruppen hat dazu geführt, daß viele derjenigen, die bei den beiden ersten Demonstrationen in Brokdorf dabei waren, diesmal zu Hause blieben.

Auch wir sind nicht der Meinung, daß diese Spaltung etwas Unvermeidbares gewesen ist.

In Itzehoe sind die verschiedensten Leute aus den verschiedensten Gründen gewesen. Manche Bürgerinitiativen lehnen eine Bauplatzbesetzung in Brokdorf mittlerweile grundsätzlich ab. Andere Leute hatten schlicht Angst vor der in Brokdorf erwarteten Konfrontation mit der Polizei. Und natürlich war auch die DKP dabei, die nichts gegen AKWs in der DDR hat, aber hier versucht, aus der Bewegung für sich politisches Kapital zu schlagen. Ein großer Teil der Itzehoe-Demonstranten ist jedoch keineswegs grundsätzlich gegen eine Bauplatzbesetzung, sondern setzt entweder zunächst die Hoffnung auf gerichtliche Entscheidungen oder hält eine Besetzung nur angesichts des Baustopps für taktisch ungünstig. Die Spaltung und die vermeintliche Isolierung der „Radikalen" lieferten die Grundlage für die wüste Pressehetze und Einschüchterungskampagne, und schließlich auch für das Verbot der Demonstration.

Keine Rede mehr von Besetzung

Das Ziel von Presse und Obrigkeit lag deutlich zutage: Es ging darum, die Anti-AKW-Bewegung auf die Ebene von Verhandlungen mit Behörden, von gerichtlichen Auseinandersetzungen und friedlichen Umzügen zurückzudrängen. Der entscheidende Schritt vom Protest zum aktiven Widerstand, den Tausende in Brokdorf gegangen waren, sollte rückgängig gemacht werden.

Daß trotzdem etwa 20 - 30.000 Leute auf Brokdorf marschierten, zeigt, daß die Bemühungen, die militanten Teile der Bewegung zu isolieren, fehlgeschlagen sind. Das Bild von den Chaoten, die nur auf „blutige Krawalle" aus sind, die „mit Babys auf dem Arm" (Bild) den Bauplatz stürmen wollen, ohne dabei auf Menschenleben Rücksicht zu nehmen, erwies sich auch für eine größere Öffentlichkeit als Zerrbild, das vor allem in den Köpfen der Schreiberlinge des Springer-Konzerns existierte. Wenn unter all diesen Umständen, der 19.2. als Erfolg gerade auch dieser Teile der Brokdorf-Bewegung anzusehen ist, so darf dabei die Ausgangsituation nicht vergessen werden.

Gespalten hatte sich die Bewegung, weil ein großer Teil insbesondere der Hamburger Initiativen entschlossen war, trotz Baustopp am Platz in Brokdorf zu demonstrieren. Macht den Bauplatz wieder zur Wiese, war die Parole.

Dieses Ziel rückte jedoch in den letzten Tagen und Wochen vor dem 19.2. angesichts der Pressekampagne und vor allem aufgrund des Demonstrationsverbots immer mehr in den Hintergrund. Auch von denen, die am 19.2. in der Wilster Marsch demonstrierten, glaubte kaum noch jemand an die Möglichkeit, tatsächlich bis zum Bauplatz vorzudringen oder ihn gar zu besetzen. Im Wesentlichen ging es nur noch darum, zu zeigen, daß es trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen, trotz aller Angstmache zehntausende gibt, die sich nicht einschüchtern lassen, sondern trotzdem kommen. Dieses Ziel wurde erreicht.

Die Tatsache jedoch, daß es nicht gelang, überhaupt an den Bauplatz heranzukommen, ist ein Ausdruck der Defensive, in der sich die Brokdorf - Demonstranten befanden. An diesem Punkt hakte auch die bürgerliche Presse ein: Die Politrocker haben kapituliert, war dort zu lesen. Daß beide Demonstrationen — ob freiwillig oder nicht — weit vom Bauplatz entfernt stattfanden, stellt gleichzeitig die Spaltung der Bewegung infrage.

wie weiter?

Eine Wiederholung dieser Aktionen erscheint unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht sinnvoll oder erfolgversprechend. Denn eine Besetzung kann nur dann längerfristig erfolgreich sein, wenn die Unterstützung der Besetzer durch die Bevölkerung und der Druck, der auf die Stoltenberg und Co. ausgeübt wird, so groß ist, daß sie ernsthaft befürchten müßten, bei einer polizeilichen Räumung des Platzes ihre politische Position zu gefährden.

Erst durch die Einbeziehung eines Großteils der Leute, die am 19.2. in Itzehoe waren oder zu Hause geblieben sind, könnten solche Bedingungen geschaffen werden. Nur eine Aufhebung des Baustopps würde die Möglichkeit bieten, die Spaltung der Bewegung weitgehend aufzuheben. Jene Leute, die grundsätzlich gegen weitere Besetzungsversuche sind, wären dann in absoluter Minderheitsposition.

Der Baustopp kann allerdings unter Umständen bis zur endgültigen gerichtlichen Entscheidung der Angelegenheit noch Jahre dauern. Bis dahin die Hände in den Schoß zu legen, wäre tödlich für die Massenbewegung, die sich gegen das AKW Brokdorf entwickelt hat. Die Möglichkeit, daß der Kampf gegen AKWs in den Gerichtssälen versandet, scheint aber gering. Schon jetzt deutet sich eine Schwerpunktverlagerung der Auseinandersetzung an. In Grohnde, wo ebenfalls mit dem Bau eines AKWs begonnen wurde, lieferte die mehrstündige Platzbesetzung am 19.2. den Auftakt für zukünftige breitere Aktionen. Auch der Kampf gegen die geplante Atom - Müll - Deponie in Niedersachsen wird jetzt, nach dem Albrecht die 'Standortvorauswahl" getroffen hat, in eine neue Phase treten.

Schließlich stellt sich auch für uns Hamburger die Frage, ob es nicht ein wenig absurd ist, so zu tun, als ob vom Bau des AKW Brokdorf Leben oder Tod abhängt, während gleichzeitig direkt vor unserer Haustür ein weiteres AKW im Bau, ja sogar schon im Rohbau fertig ist. Gemeint ist das Werk Krümmel bei Geesthacht, das 1979, vielleicht auch später in Betrieb genommen werden soll.

Auch die Vorschläge etwa durch Steuerstreiks oder durch die teilweise Einbehaltung der Stromrechnungen finanziellen und politischen Druck auf Staat und Energieunternehmen auszuüben, müssen jetzt viel breiter als bislang diskutiert werden.

mgr.

GORLEBEN WILL WEITER LEBEN

Gorleben im Kreis Lüchow Dannenberg ist von der niedersächsischen Landesregierung als „möglicher Standort" für die zentrale Entsorgungsanlage bestimmt worden. Entsorgungsanlage, das heißt: Wiederaufbereitungsanlage (WAA) und Atommülldeponie.

Damit hat die Landesregierung entgegen den schon geäußerten Bedenken der Bundesregierung dem Standort an der DDR Grenze den Vorzug gegenüber anderen Orten gegeben: Lichtenmoor (Kreis Nienburg), Unterlüß (Kreis Celle), Wahn (Kreis Aschendorf - Hümmling).

Die Jetzt beschlossene Standortwahl ist auch ein taktischer Schachzug. Nicht mehr die CDU-Landesregierung trägt jetzt die Verantwortung sondern die SPD /FDP - Koalition in Bonn.

Die Bedenken der Bundesregierung: Gorleben liegt unmittelbar an der Grenze zur DDR. Radioktive Abgase würden sich von dort aus hauptsächlich über DDR-Gebiet ausbreiten.

Es spricht einiges für Gorleben als Standort für die Entsorgungsanlage, auch neben der Tatsache, daß sich der Salzstock in dem Gebiet angeblich besonders gut zur tausendjährigen Lagerung des Atommülls eignet:

1. bei dem vorherrschenden Westwinden kann sich die DDR mit den giftigen Abgasen rumplagen.
2. geringe Bevölkerungsdichte (40 Einwohner pro qkm).
3. Das Gebiet ist bei den zu erwartenden Auseinandersetzungen und bei Unfällen militärisch leicht abzuriegeln und zu kontrollieren – drei Seiten des Zipfels sind schon durch die DDR-Grenze gesichert!
4. Gorleben ist Grenzgebiet und untersteht sicherheitstechnisch dem Bundesgrenzschutz und damit dem Bundesinnenministerium.

chen Standorten Bürgerinitiativen schon länger aktiv sind und Öffentlichkeit haben, ist im Kreis Lüchow Dannenberg bisher alles relativ ruhig gelaufen.

Widerstand wird organisiert

Die Bürgerinitiative und die Einwohner im Kreis haben schnell auf den Beschluß reagiert: am Mittwoch (23.2.) wurde eine Sternfahrt im Kreis organisiert, an der schon 500 bis 1000 Leute teilnahmen. Abends gab es eine Versammlung, Resolutionen gegen die WAA und die Deponie wurden von der Gemeinde Gorleben und dem Rat der Gemeinde Gartow verabschiedet. Am Freitag (25.2.) wurde eine Traktordemonstration organisiert.

Die „ansässige" Bürgerinitiative ist noch etwas unsicher, wie mit der plötzlichen öffentlichen Diskussion umzugehen ist. Ihnen geht es vor allem darum, die Erwerbsmöglichkeiten durch Fremdenverkehr, Landwirtschaft und Handwerk zu erhalten. Viele Leute sind auch schon entschlossen, ihr Land nicht zu verkaufen. Aber fast genau so viel Angst wie vor dem Atommüll gibt es auch vor den Massen der „auswärtigen AKW-Gegner. Die Angst, die Führung des Widerstandes zu verlieren. Und auch hier hat erstmal die Hetze gegen die „Chaoten", die zuviel Unruhe bringen, gewirkt.

Der Kampf der Gorlebener gegen die WAA und die Deponie ist allerdings der zentrale Punkt im Kampf gegen die Atomenergie überhaupt. Das zeigte sich auch schon am Mittwoch, wo Vertreter der verschiedensten Bürgerinitiativen aus der BRD und besonders Norddeutschland (z.B. Lichtenmoor, Krempe, Hamburg) in Gorleben waren und genau wie Initiativen aus Dänemark den Gorlebenern ihre Unterstützung zugesagt haben.

Eine erste Großkundgebung soll am 12. März stattfinden.

WARTEN AUF... (Forts. von S.1)

Beruhigt waren wir darüber, daß keine Gruppe richtig vorbereitet war. War das politischer Realismus oder Resignation? Von vielen wurde der Beschluß beklatscht, der aufforderte, nach Brokdorf zu wandern,um an der Polizeisperre eine Abschlußkundgebung zu veranstalten; auch militante Gruppen wollten sich dieser Entscheidung beugen.

Ein tolles Bild, als es losging: Aus der Stadt zog sich der Zug dahin. Neben uns Felder, über uns Spermi-Drachen, Hubschrauber und darüber die untergehende Sonne. Ganz friedlich, ohne Parolen, ohne Spielerei. Angst, Enttäuschung und Müdigkeit hatten uns stumm gemacht. Bullen waren keine da. Die übten alle auf dem Bauplatz. Manchmal schauten wir uns um. Der Zug – bunt behelmt – verschwand in den Straßen von Wilster. Dabei waren wir nun schon 4 km gegangen. Der Bauplatz war nicht mehr weit entfernt, 2 – 3 km vielleicht, die angeblichen Straßensperren waren weiterhin Irremacherei der Presse.

Die Leute vor uns verteilten sich auf einer Wiese. War da eine Sperre? Es war in der Dämmerung nicht richtig zu erkennen, sprach sich aber schnell rum. Was nun? Würden wir oder Gruppen versuchen, die Bullen beiseite zu drängeln? Oder sollte es zur Abschlußkundgebung kommen? Wir waren 6 km marschiert. Jetzt umkehren? Ja, so kams. Die Strategie von Staat und Massenmedien sollte Lügen gestraft werden. Es sollte heißen: Nicht Chaoten, sondern 40.000 friedliche, aufrechte Bürger zeigen ihre Kritik am Bau von AKW's trotz verbotener Demo. Das sollte auch verteidigt werden: 3 Reihen kräftiger KB-Männer schützten die Bullensperre. Nicht mal richtig erkennen konnte man sie: Ein Paar Container auf der Straße wurde von Lederjacken und einem Wasserwerfer bewacht. So wenig Bullen haben wir selten in der Wilster Marsch gesehen.

Der Beschluß wurde aufrechterhalten – die Leitung hatte eine Abschlußkundgebung angekündigt, wir sollten den ganzen Demozug abwarten. In der Zwischenzeit versuchte sich einer gesanglich vor dem Mikrophon, während der KBW auf Rangeleien mit den Bullen drang, allein ausgerüstet mit leeren Satztiraden. Insgesamt ein schreckliches Bild in der anbrechenden Dämmerung. Allmählich wandelte sich unsere Einschätzung. Wir sind ängstlich losgefahren, glaubten an eine Spaltung und für uns galt, vor Ort zu diskutieren, und keine militanfen Zwischenfälle aufkommen zu lassen. Langsam dämmerte uns, daß wir eigentlich doch den Bau eines AKW verhindern wollten. Nun kniffen wir vor der ersten Sperre. Nicht einmal wurden die Bullen aufgefordert wegzugehen. Wie sollte unter diesen Umständen der Bauplatz zur Wiese werden? Und dann die Kundgebung: Vorgelesen wurde eine Rede zur Atomkraftdebatte. Die Rede war fehl am Platz. Viele interessierte im Moment allein die Diskussion um die Sperre. Uns beschlich das Gefühl, der KB hätte die Leitung von sich aus in die Hand genommen. Er demonstrierte um der Demonstrationswillen.

Die Rede hörten wir nicht mehr zu Ende. Wir gingen zurück, stiegen ins Auto und fuhren nach Hamburg.

Als in Hamburg Freunde von uns nicht eintrafen, Nachrichten von Verhaftungen berichteten, hatten wir arge Befürchtungen. Die Fischmarkt-Gruppe und einige Berliner mußten die ganze aufgebotene staatliche Gewalt allein aushalten. Als einige ihren Lastwagen bestiegen, wurden sie von als Demonstranten verkleideten MEK-Leuten überfallen, gefesselt, geschlagen, erkennungsdienstlich behandelt und erst viel später freigelassen. Auf der Autobahn kurz vor Hamburg pickten sich wiederum die Bullen Leute vom Fischmarkt aus Autos und Bussen. Ganz gezielt war dieser Einsatz auf ausgerüstete Gruppen abgestellt. Es gab weniger obwohl unmißverständlich zur Besetzung aufgerufen worden war. Woran lag das?

Am Freitagabend hatte sich ein Großteil der Delegierten ein letztes Mal zusammengesetzt, wo klar wurde, daß insbesondere K-Gruppen mehr geredet, als sich aktiv auf eine Besetzung vorbereitet hatten. Es wrude beschlossen, ohne Material nach Brokdorf zu fahren. Die Gruppen, die nichts erfuhren, hatten eben Pech. Das mit solcher Art von Beschlüssen die Bewegung scheitern wird, ist wohl klar. Wir jedenfalls haben folgendes gelernt: unsere politische Einschätzung, daß in Brokdorf eine brutale Auseinandersetzung mit den Bullen bevorstehen würde, wobei die Linke politisch – militärisch sowieso – unterliegen würde, hat sich nicht bewahrheitet. Daß eine solche Einschätzung zustandekommen konnte, liegt unter anderem daran, daß wir selbst auf die Pressekampagne, die jeden Tag mit anderen Mitteln Angst erzeugte, reingefallen sind.

Vor allen haben wir nach dieser Kampagne nicht erwartet, daß so viele nach Brokdorf kommen werden.

Das war eine klare Fehleinschätzung von uns. Wir halten das nicht allein für ein persönliches Versagen, sondern glauben, daß die Bewegung selbst an mangelnder Transparenz leidet. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist es wichtig in bestehende Stadtteilgruppen zu gehen.

Thomas u. Christoh

KEIN AKW MIT UNSEREM GELD!

Grundsatzerklärung

Wir halten es mit unserem Gewissen nicht für vereinbar, mit der Bezahlung unserer Stromrechnungen den Bau von Atomkraftwerken mit zu finanzieren. Die HEW/NWK sagen zu Unrecht auf den Schildern am Bauzaun, daß dort „Unser Kraftwerk Brokdorf" entstünde. Es ist nicht unser Kraftwerk, und dafür, daß dort mit Hilfe unseres Geldes ein AKW entstehen soll, hat die HEW/NWK nicht unser Einverständnis. Die Mitfinanzierung dieses Baues ist uns aufgezwungen. Die HEW/NWK hat die Geschäftsgrundlage verlassen, wenn sie uns Strom liefert, dessen Herstellung von uns nicht verantwortet werden kann.

Wir verweigern darum der HEW als dem für uns zuständigen Stromlieferanten die Zahlung des Teils unserer Stromrechnung, der von der HEW zur Finanzierung von Atomenergie verwandt wird. Zugleich verweigern wir den Anteil, der von der HEW zur Werbung für vermehrten Stromverbrauch ausgegeben wird. Denn eine Werbung, die für zusätzlichen Stromverbrauch wirbt, obwohl dessen Herstellung Gefahren für uns, unsere Kinder und den Gesamtzusammenhang der Natur bringt, halten wir für fahrlässig und sind wir nicht bereit zu finanzieren. Darüber hinaus: Die Werbung für vermehrten Stromverbrauch von seiten eines Unternehmens, das öffentlich die Sorge äußert, unter bestimmten Umständen würden in den 80iger Jahren die Lichter ausgehen, halten wir unverantwortlich bzw. unredlich und sind wir auch aus diesem Grunde nicht bereit zu finanzieren.

Gleichzeitig mit unserer Weigerung, die Kosten für eine solche Werbung tragen zu wollen, fordern wir die Bundesregierung und die Parteien auf, darauf hinzuwirken, daß in der Bundesrepublik Werbung für vermehrten Energieverbrauch gesetzlich verboten wird.

Als Zeichen des Widerspruchs und Protests verweigern wir 10 Prozent unseres Stromrechnungsbetrages. Diese symbolische Summe halten wir zurück bis

- die HEW ihre Werbung für erhöhten Energieverbrauch einstellt
- die HEW aufhört, mit unserem Geld AKW's zu finanzieren,
- die HEW sicherstellt, daß sie uns Strom liefert dessen Herstellung vor unserem Gewissen verantwortet werden kann.

Bis dahin überweisen wir jeweils von unserem Stromrechnungsbetrag 10 Prozent auf ein Treuhandkonto

Wann beginnen wir?

Wir haben den ersten Schritt bereits getan. Die Kündigung unserer Abbuchungsermächtigung ist am 18.2.77., dem Vorabend der Demonstrationen in Itzehoe und Brokdorf, mit der Post an die HEW hinausgegangen. Der zweite Schritt – die faktische Verweigerung – beginnt mit dem nächsten Teilzahlungstermin. Vom April an überweisen wir nur 90 Prozent an die HEW, 10 Porzent auf das Treuhandkonto.

Stromabschaltung?

Nach unserer Auffassung ist die HEW zu keinem Zeitpunkt berechtigt, uns den Strom total abzuschalten, da wir 90 Prozent des Rechnungsbetrages auch weiterhin bezahlen. Die juristische Seite ist aber nicht der eigentliche Schwerpunkt unserer Aktion. Dieser liegt für uns auf der ethischen und auf der politischen Ebene. Unserer Einschätzung nach wird es der HEW umso schwerer werden, unseren Protest und zivilen Ungehorsam mit juristischen Argumenten abtun zu können und wird sich die HEW umso eher der politischen und ethischen Verantwortung stellen müssen, je mehr Leute in gleicher Sache Widerstand leisten.

Darum bitten wir alle Gruppen, die in gleicher Sache aktiv sind oder werden wollen, mit uns Kontakt aufzunehmen, damit Erfahrungen ausgetauscht und Absprachen über gegenseitige Hilfeleistungen getroffen werden können.

Kontakt: Initiative Kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion c/o Wolfgang Hertle, Großer Schippsee 28, 2100 Hamburg 90

Hamburgs Spezialist für

STEMPEL DELOR SCHILDER

PRIVATDRUCKSACHEN

Bahrenfelderstr. 75 2 HH 50 Tel. 392098

Kommt in Uwe's Trödelladen!
Hier gibt's einfach alles!

UWE'S
TRÖDELBUDE & TRÖDELHALLE
Marktstraße 123 Laeiszstraße 16
Tel. 430 06 81
2000 Hamburg 6 (Karolinenviertel)

Impressum „Große Freiheit"
Zeitung für Hamburg und Umgebung erscheint monatlich. Herausgeber: Hamburger Zeitungsinitiative.
Auflage dieser Extra-Ausgabe: 8000

Redaktion für die Extra-Ausgabe (Beilage zur Nr. 1):C. Behnke/ S. Teicher/A. LeRoux/U. Emmenthal/ E. Becker/A. Pank.

Druck: „Die Druckerei", 2351 Hardebek
Anschrift: c/o Buchladen „Die Hälfte des Himmels", Schlüterstr. 79, 2 HH 13.
Konto: PschA Hamburg 348534-202, E. Becker.
V.i.S.d.Pg. für diese Ausgabe: E. Becker.

Die öffentliche Diskussionsveranstaltung mit der Redaktion der Hamburger Stadtzeitung „Grosse Freiheit" findet am Montag, 28. Februar, um 19 Uhr im Martin-Luther-King-Haus (Grindelallee) statt. Der Redaktionsschluß und das Erscheinungsdatum für die Nr. 2 haben sich verändert. Redaktionsschluß ist der 11. März Erscheinungsdatum: 25. März.

BUU HAMBURG

Vorschlag einiger Delegierter

Für Diskussion in den Stadtteilgruppen

Die politische Kraft, die sich im Widerstand gegen Brokdorf entwickelt hat, ist, daß so viele Tausend Menschen erkannt haben, daß ihre Forderungen

Kein AKW in Brokdorf oder anderswo

Keine Wiederaufbereitungsanlagen

nur verwirklicht werden, wenn sie sie selbst praktisch durchsetzen, z.B. durch eine Bauplatzbesetzung.

Die beiden Kundgebungen am 30.10. und 13.11. letzten Jahres haben gezeigt, daß hierzu viele Menschen auch bereit sind und sich öffentlich darauf vorbereiten. Diese Einstellung und Bereitschaft ist eine neue Qualität in der politischen Auseinandersetzung zwischen Atomindustrie und Regierung auf der einen Seite und der Bevölkerung auf der anderen. Hier wird nicht mehr nur wissenschaftlich und verbal argumentiert, Resolutionen an die Politiker gerichtet, demonstriert und auf Erörterungsterminen und Gerichtsterminen verhandelt, sondern praktisch behandelt. Die Bürgerinitiativen haben nach jahrelangen erfolglosen Kampf gegen Atomanlagen erklärt: Jeder Mensch, der erkannt hat, welche ungeheure Gefahr die Atomanlagen für unser Leben und das unserer Nachkommen bildet, hat das legitime Recht und die Pflicht, den Bau solcher Anlagen auch praktisch zu verhindern.

In diesem Sinne haben die BI's zu einer Großkundgebung am 19.2. in Brokdorf am Bauplatz aufgerufen. Da die Atomindustrie und die Regierung erkannt haben, welche ungeheure Kraft hinter dieser neuen politischen Einstellung steckt, haben sie mit allen Mitteln versucht, die BI's zu diffamieren, zu kriminalisieren, politisch – z.B. durch Berufsverbotee zu verfolgen und mit militärischer Gewaltandrohung einzuschüchtern. Dies hat dazu geführt, daß wir bei der Vorbereitung der Demonstration unsere Kraft falsch eingeschätzt haben. Wir haben nicht erwartet, daß über 40.000 Menschen (weitere 10.000 Menschen wurden bei der Anfahrt aufgehalten) bereit waren, trotz psychologischer Kriegsführung der Regierungen, trotz Gewaltandrohungen und Demonstrationsverbot nach Brokdorf zu kommen. Infolgedessen wurden die Vorbereitungen zur Bauplatzbesetzung von vielen Gruppen nicht ausreichend getroffen, fast alle Gruppen haben ihr Vorhaben, den Bauplatz zu besetzen, kurzfristig aufgegeben. So erlebten die weit über 40.000 Menschen aus allen Teilen der BRD und dem Ausland ein Kulturprogramm, auf dem immer wieder von der Notwendigkeit unseres praktischen Widerstandes geredet wurde. Viele Menschen sind enttäuscht, weil das Ziel Ihres Kommens schon im voraus kampflos aufgegeben wurde, (und wir werden jetzt Schwierigkeiten haben, unsere Glaubwürdigkeit hinsichtlich unserer politischen Aussagen wieder zu erreichen.

Erfolgreich waren die Koordinationsgespräche auf den verschiedenen Landes- und Bundeskongressen, die verhältnismäßig gut organisierte An und Abreise, die Übernachtung und Verpflegung der vielen Menschen un die ausgezeichnete Ausrüstung, mit der viele Tausend Menschen gekommen waren. Dies waren aber alles Möglichkeiten, die Bauplatzbesetzung durchzuführen, sie dürfen aber nicht zum Selbstzweck werden, sonst hat der Widerstand gegen AKW am 19.2. eine empfindliche Schlappe erlitten.

Wir erklären weiterhin:

Daß wir aufgrund unserer jahrelangen Erfahrungen im Kampf gegen Atomanlagen bereit sind, Atomanlagen auch praktisch zu verhindern, und daß wir uns auch weiterhin darauf vorbereiten.

Stör-Drachen

Wir haben den ersten Drachen am 31. Oktober mit nach Brokdorf genommen. Gar nicht um die Hubschrauber zu behindern oder den Funkverkehr zu stören. Das wäre ja sehr militant gewesen. Und das waren wir nicht. Im Gegenteil! Damals kamen uns Natodraht, der Zaun und die Hunde unüberwindlich und gefährlich vor. Und um nicht nur dröge vor dem Bauplatz zu stehen und die Kundgebung anzuhören, wollten wir irgendwas Lustiges dort anzetteln. Musikmachen können wir nicht so gut, Luftballons und Gas sie zu füllen hatten wir nicht, naja und dann fiel uns der Drachen ein, den wir immer schon mal fliegen lassen wollten. Wir haben ihn noch mit „KKW NEE" bemalt.

Etwas merkwürdig kamen wir uns schon vor, als wir ihn während der Kundgebung am Deich hoch ließen. Es klappte auch noch nicht auf Anhieb. Die anderen Parolen standen auf herkömmlichen Transparenten. Wir haben aber nur nette Bemerkungen gehört und Drachensteigen lassen bringt mehr Spaß, als im Wind auf'm Deich nur einer Kundgebung zuzuhören. Weil zwischen Deich und Bauplatz Stromleitungen sind, mußten wir den Drachen am Beginn der Demonstration einziehen. Dann waren Leute auf dem Bauplatz. Nach einiger Zeit schwebte auch der Drachen über dem besetzten Platz. Diesmal beklatscht, als er in die Luft stieg. Und außerdem fanden sich so die Leute wieder, die sich in dem Durcheinander verloren hatten. Der Drache war Treffpunkt geworden. Er flog bis zur Räumung über dem Platz. Festgebunden an eines der Zelte. Als sie von der Polizei zerstört und verbrannt wurden, wird er abgetrieben sein.

Am nächsten Tag, dem Sonntag, war der Schweigemarsch. Und für uns klar, daß wieder Drachen dabei sein sollten. Aber nicht nur einer und auch nicht als etwas Lustiges, sondern als Ausdruck von Nicht - einschüchtern - lassen. „Wir kommen wieder und dann sind wir noch mehr." Das wollten wir zeigen.

Wir konnten 3 Drachen besorgen. Ja und dann hieß es von der Polizei, die Drachen müßten eingezogen werden, sie störten den Funkverkehr. Wir haben lange überlegt, ob das gesponnen war oder nicht. Unser Spielzeug nicht nur lustig und schön, sondern auch nützlich? Inzwischen wissen wir, daß die Polizei einiges gegen Drachen hat. Für den 19.2. hatte der schleswig - holsteinische Verkehrsminister Westphal ein Drachenverbot erlassen. Aber es sind noch mehr geworden. Über 50. Die Hubschrauber in respektvollem Abstand darüber.

UNI-KLAUSE

HAMBURG 13 · GRINDELHOF 33 · TELEFON 44 77 95

FASSBIERE

Holsten-Edel	0,2 l	1,--
Holsten-Edel	0,4 l	1,80
Holsten-Pilsener	0,2 l	1,10
Holsten-Pilsener	0,4 l	2,--
Stern-Alt	0,2 l	1,--
Stern-Alt	0,4 l	1,90
Alsterwasser	0,4 l	2,--

FLASCHENBIERE

Holsten-Export	1,70
Holsten-Diät-Pils	1,80
Holsten-Pilsener	1,80

WEINE

Mosel	0,2 l	2,20
Rhein-Hessen	0,2 l	2,40
Weißherbst	0,2 l	2,50

WARME SPEISEN

Franz. Zwiebelsuppe	3,--
Mexik. Bohnensuppe	3,--
Mockturtlesuppe	3,--
Erbseneintopf mit 2 Bockwürsten	4,50
Grüne-Bohnen-Eintopf mit Rindfleisch	4,50
Schlemmerfilet mit Reis (Fisch)	4,--
Bockwurst mit Brot	2,--
Bockwurst mit Kartoffelsalat oder Pommes Frites	3,20
Curry-Wurst mit Brot	2,30
Curry-Wurst mit Kartoffelsalat oder Pommes Frites	3,50
3 Spiegeleier auf Toast	3,--
Toast Hawaii	3,50
Hamburger Toast	3,50
Croque Monsieur	4,50
Strammer Max	5,--

Grohnde: Politrocker kamen mit Blumen und Konfetti

Inder Berichterstattung über die großen Demonstrationen in der Wilster Marsch und in Itzehoe ist eine andere Aktion, zu Unrecht, etwas untergegangen: Die Bauplatzbesetzung in Grohnde bei Hameln am gleichen Tag.

Die allgemeine Unsicherheit in den Tagen vor dem 19.2. hatte auch uns gepackt. Nach Itzehoe, wo die Isolation der "Radikalen" demonstriert werden sollte, wollten wir nicht, das war klar. Daß wir an den von 6000 Bullen geschützten Bauplatz in Brokdorf höchstwahrscheinlich garnicht erst herankommen würden, war ebenfalls deutlich geworden. Und so machten wir uns denn auf nach Grohnde, als wir durch Mund-zu-Mund-Propaganda gehört hatten, daß mehrere Gruppen dort eine Bauplatzbesetzung planten.

Nach mehrstündiger Anfahrt kamen wir etwas verspätet am Platz an: Enttäuschung und Freude gleichzeitig. Enttäuschung, weil wir am Platz kaum jemand sahen; und Freude, weil uns, als Hamburgern mit Brokdorf -Erfahrung, sofort klar war, daß die Platz-Befestigung (Maschendrahtzaun und eine Rolle Nato-Draht) ein paar entschlossenen Leuten keine 5 Minuten standhalten würde. Auch die Handvoll Polizisten und ein Haufen Werkschützer wirkten nicht gerade bedrohlich.

Als wir ins Dorf hineinfuhren, kam uns die Demonstration entgegen: etwa 500 Leute, viele mit bunt bemalten Gesichtern, die artig auf dem Fußweg dem Platz entgegenstrebten. Wir schlossen uns an und merkten schnell, daß ziemliche Unklarheit herrschte: Allgemein war mit wesentlich mehr Demonstranten gerechnet worden. Ein paar Leute, die mit Megaphonen ausgerüstet waren und wohl so etwas wie eine Demonstrationsleitung bildeten, waren eifrig am Diskutieren. Die einen wollten nur ein paar Runden um den Platz drehen, andere wollten durch den Zaun, ein Dritter schlug vor, doch symbolisch die Sandkuhle auf dem Nebenfeld zu besetzen.

Einig waren sich alle darin, daß die ganze Sache gewaltfrei ablaufen sollte, aus prinzipiellen Gründen oder weil das Kräfteverhältnis klar war.

Schließlich standen wir vor einer Straße, die direkt am Platz entlang führte und von einer Polizeikette abgesperrt war. Die Leute bauten sich vor der Kette auf, diskutierten mit der Polizei und begannen, einzelnen Polizisten ein menschlicheres Aussehen zu geben, indem sie ihnen Blumen ansteckten und bunte Papierschlangen um den Hals legten. Schließlich rückten alle etwas näher und bildeten Ketten. "Wir sind alle friedlich", wurde gerufen, was uns indes nicht hinderte, gleichzeitig kräftig gegen die Polizeikette anzudrängeln.

SCHNIPP-SCHNAPP - ZÄUNE AB

Die Kette wurde gesprengt und die Polizisten zogen sich hinter einen Schlagbaum zurück, ließen dabei aber eine Lücke links am Zaun frei. Dort sammelte sich dann schnell eine Gruppe von Leuten. Wie das Leben so spielt, hatten einige zufälligerweise auch einen Bolzenschneider dabei. Die ersten Löcher entstanden. Die Polizisten standen derweil immer noch stramm am Schlagbaum ohne zu bemerken, daß da eigentlich gar nichts mehr zu bewachen war. Schließlich sprang doch einer auf den Zaun zu. Die allgemeine Friedfertigkeit hatte aber offenbar auch die Polizei angesteckt. Statt zum Knüppel zu greifen, versuchte er, dem Zaunschnippler seinen Bolzenschneider zu entringen. Das klappte natürlich nicht. Mit dem Ruf: "Wir wollen doch keine Gewalt!" wurde er von uns schnell wieder abgedrängt. Dann war das Loch groß genug und mit der guten alten Parole "SCHNIPP, SCHNAPP - ZÄUNE AB" wurde auch der Maschendrahtzaun über mehrere Meter entfernt.

Die ersten Leute gingen auf den Platz, wateten durch den Schlamm und versammelten sich rings um die Bauhütten. Viele zögerten und blieben erst mal vor dem Zaun stehen, da sie offensichtlich nichts Unrechtes tun wollten. Vom Platz aber kamen hundertfache Rufe "Reinkommen, Reinkommen", und so wurden es nach und nach immer mehr Besetzer. Aber auch mehr Bullen, die sich als schnell herangekarrte örtliche Polizei mit nagelneuer Ausrüstung und freundlich-unsicherem Blick entpuppten. Klar war, daß es im tiefen Matsch und Schlamm schwierig werden würde, weg zurennen und viele hatten wohl ein Schlammbad schon einkalkuliert.

Wieder wurden Rosen und Tulpen verteilt, wurden neue Papierschlangen um Polizeihälse gehängt. Eine Frau verfütterte Gummibärchen und diskutierte dabei eifrig mit den Ordnungshütern.

Von den Besetzern wurde dann nach einem Vertreter der Bauleitung gerufen, um zu erfahren, was in Grohnde weiter passieren soll und um der Forderung nach Baustop Nachdruck zu verleihen. Irgendwie war die Situation irre, weil mittlerweile einige Hundertschaften um uns herumstanden und das Loch im Zaun bewachten, aber nicht eingriffen und durch die Blumen im Knopfloch und an den Schlagstöcken auch viel von ihrem gefährlichen Aussehen eingebüßt hatten.

DIE BESETZER GEHEN FREIWILLIG

Die örtliche Bürgerinitiative war anfänglich nicht auf den Platz gekommen, sondern hatte uns zur Räumung aufgefordert; später kamen sie doch hinzu. Bald wurde klar, daß der Platz nicht lange zu halten war. Die meisten Besetzer kamen nicht aus der Gegend, sondern waren aus größerer Entfernung angereist und nicht auf eine längere Besetzung vorbereitet. Von den Leuten aus Grohnde kam nur wenig sichtbare Unterstützung. Inzwischen waren auch immer mehr Bullen angerückt. Das waren keine jungen Typen mehr mit freundlichen Blicken, sondern die üblichen viereckigen Feuermeldergesichter, wie wir sie von Demonstrationen kennen.

So wurde schließlich die Bitte der örtlichen Bürgerinitiative nach friedlicher Räumung des Platzes befolgt. Die Initiative rief zu einer Demonstration zusammmen mit den "Herren von der Polizei" auf und etwa 1000 Demonstranten sowie einige Polizisten gingen los. Als wir durch den Ort zogen, haben die Bewohner, hinter Gardinen versteckt, rausgeschaut. Einige Leute erzählten, daß Grohnde ein Dorf ist, in dem es schwer ist, etwas in Bewegung zu bringen. Das merkten wir auch, als wir mit unseren schlammbespritzten Stiefeln in eine Kneipe gingen und gelich wieder rausgeschmissen wurden. Andererseits haben wir uns gut mit einem Bauern unterhalten, der gerade Polizeifunk abgehört hatte und erzählte, daß noch von allen Seiten Verstärkung zum Bauplatz unterwegs sei.

Zum Abschied haben wir dann den Polizisten die "Atomkraft - Nein Danke"-Plaktten auf die Schilder geklebt, was sie sich geduldig gefallen ließen. Es Waren die nettesten Bullen, die uns je begegnet sind. Als wir uns ins Auto gesetzt hatten und nach Brokdorf losfuhren, sahen wir sie inder Ferne verschwinden: mit ihren Schilden auf dem Kopf, da es inzwischen zu regnen angefangen hatte.

Wir haben noch viile gelacht und uns über die Aktion gefreut. Mit wenig Leuten und phantasievollen Mitteln hatten wir den Platz erobert und damit eine gute Grundlage für den weiteren Kampf geschaffen. Falsch wäre es allerdings, diese Erfahrungen zu verallgemeinern. Das nächste Mal wird es in Grohnde schwieriger werden. Und auch den Bauplatz in Brokdorf werden wir ganz sicher nicht mit Gewaltlosigkeit, Blumen und Konfetti erobern. Gudula, Michael

AM 19. MÄRZ FINDET IN GROHNDE EINE GROSSKUNDGEBUNG GEGEN DAS ATOMKRAFTWERK STATT !